Antifaschistisches Blatt
info
Nr. 109 | Winter 2015 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR

WELCOME?

ZUM UMGANG MIT GEFLÜCHTETEN IN DEUTSCHLAND

www.antifainfoblatt.de



6

Deutschland 2015

Parteien und „Besorgten Bürgern“ geht es bei ihrer Forderung nach einer Obergrenze für das Recht auf Asyl darum, die Reste des Artikels 16, schon 1993 im Artikel 16a bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, endgültig auszulöschen.

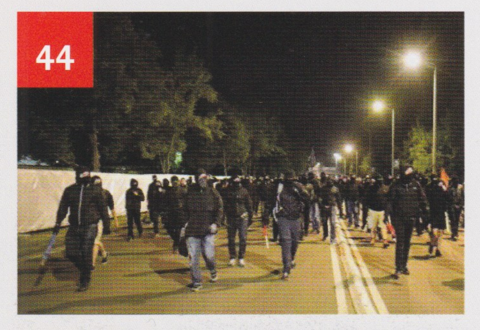


32

Foto: linksunten.indymedia.org; CC BY-NC-SA 2.0 DE

Tod eines Spitzels

Im September 2015 verstarb Roland Sokol nach schwerer Krankheit. Zahlreiche Neonazis und vor allem die Hammerskins gedachten ihm in sozialen Netzwerken mit pathetischen Nachrufen und Erinnerungsfotos. Was sie nicht wussten: Sokol arbeitete als Spitzel für den Verfassungsschutz.



44

Antifaschistische Aktion

Zuletzt verging keine Woche ohne Brandanschläge und Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Die rassistische Stimmung innerhalb der Gesellschaft wächst und Antifaschist_innen müssen sich realistische Herangehensweisen zur Intervention überlegen, bevor die Situation erneut zu eskalieren droht.



58

Militanter Neonazismus in Griechenland

Die gewalttätige Praxis der Chrysi Avgi war über Jahre hinweg der Fixpunkt für den organisierten Neonazismus in Griechenland. Deshalb wird das neonazistische Spektrum oft mit ihr gleichgesetzt, wodurch interessante Bereiche der extremen Rechten Griechenlands außer Acht bleiben.

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen,

Eine hässliche Zeit ist das. Islamisten ermorden in Paris 130 junge Leute, weil sie einen „sündhaften Lebensstil" pflegen. Keinen Monat später geht beim ersten Wahlgang der Regionalwahlen der extrem rechte Front National als stärkste Kraft hervor. Doch nicht nur in der extremen Rechten werden die Terroranschläge mit der aktuellen Debatte um Geflüchtete in Verbindung gebracht und andere Faktoren, wie bspw. die desillusionierende Situation für viele junge Franzosen in den Banlieues, um die sich der Großteil der Gesellschaft einen Dreck schert, außer Acht gelassen.

„Hässlich" ist aber auch Deutschland, egal wo man hinsieht: Nach aktuellen Recherchen der „Zeit" wurden in diesem Jahr bis Ende November 222 Flüchtlingsheime attackiert. Gezählt wurden nur Taten, die Menschen in Gefahr brachten. Demgegenüber steht die Zahl von bisher vier verurteilten Tätern. Das Projekt „Rechtes Land" zählte bis zum 7. Dezember allein 121 Brandanschläge und Sprengstoffdelikte auf geplante oder bereits bestehende Unterkünfte von Geflüchteten bundesweit.

Das Dresdner Medienmagazin „Funkturm" beschäftigte sich mit den Angriffen auf die „Lügenpresse" und kommt zu dem Ergebnis: „Im Jahr 2015 sind in Sachsen in über 25 Fällen Journalisten, Redakteure, Techniker, Fotografen, Kameraleute oder Twitter-Reporter bei Demonstrationen gegen Asylheime, bei Pegida-Demos und im Rahmen ihrer Arbeit zum Thema Asyl, Ziel von Übergriffen geworden. Ob in Dresden, Leipzig, Freital, Heidenau oder Sebnitz: es gab Beleidigungen, Rangeleien, Equipment wurde zerstört, Reporter bei ihrer Arbeit behindert oder tätlich angegriffen. In mehreren Fällen wurden Kollegen verletzt."

In diesem Jahr gab es so viele rassistische Demonstrationen und Kundgebungen in Deutschland, wie seit langem nicht mehr. In allen Teilen des Landes, in allen Schichten der Gesellschaft wird Rassismus immer offener artikuliert. Stammtisch war gestern, jetzt wird wieder auf die Straße gegangen oder nachts mit einem Benzinkanister zum Heim nebenan.

In unserem Schwerpunkt widmen wir uns angesichts dieser Situation der Frage nach antifaschistischen Handlungsmöglichkeiten. Wie können wir auf den eskalierenden Rassismus reagieren, welche praktischen Hilfsmöglichkeiten für Geflüchtete gibt es und gab es in der Vergangenheit? Und welche Fallstricke beinhaltet der Spagat zwischen humanitärer Hilfe und politischer Instrumentalisierung im Lagersystem?

Im Antifa-Ressort plädieren wir für ein mutiges und promptes Eingreifen bei rassistischen, pogromartigen Zuspitzungen vor Flüchtlingsunterkünften und stellen dazu einige Überlegungen an.

Dass bei den nahezu unzähligen Brandstiftungen, Messerattacken und Übergriffen in Deutschland noch keine Menschen umkamen, verdanken wir wohl dem Zufall. In Schweden hat die rassistische Mobilmachung jedoch bereits Opfer gefordert: In der westschwedischen Kleinstadt Trollhättan sticht am 22. Oktober 2015 ein Rassist auf Schüler_innen und Lehrer_innen einer Schule ein. Sein Auswahlkriterium: dunkle Hautfarbe. Lavin Eskandar und Ahmed Hassan sterben noch am gleichen Tag, Nazir Amso erliegt Wochen später seinen Verletzungen. Viele weitere werden zum Teil schwer verletzt.

In Buenos Aires, Argentinien, wurde am 13. Oktober die international bekannte Transsexuellen-Aktivistin Diana Sacayan in ihrer Wohnung ermordet. Sacayan war Vorstandsmitglied der Internationalen Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen-Vereinigung (ILGA) und hatte vor drei Jahren von der argentinischen Präsidentin ihren neuen Personalausweis ausgehändigt bekommen, in dem sie als Frau anerkannt wird. Sacayan war Initiatorin eines Gesetzes in der Provinz Buenos Aires, nach welchem ein Prozent der Stellen im öffentlichen Dienst von Transsexuellen und Transgender besetzt werden sollen. Knapp einen Monat vor ihrem Tod war das Gesetz einstimmig angenommen worden. •

AIB-SOLIPARTY

Am 9. Januar feiern wir in Berlin unsere mittlerweile alljährliche Party zur Finanzierung unserer Arbeit:

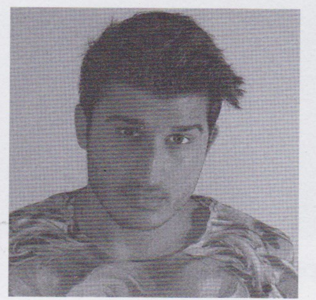
9. Januar 2016
ZGK — Scharnweberstr. 38
Berlin-Friedrichshain

Ihr seid alle herzlich eingeladen!

Am 13. Oktober 2015 wurde in Buenos Aires, Argentinien, die bekannte Transsexuellen-Aktivistin Diana Sacayan ermordet.

Ahmed Hassan (15 Jahre), Lavin Eskandar (20 Jahre) und Nazir Amso (42 Jahre), im schwedischen Trollhättan am 22. Oktober 2015 von einem Rassisten erstochen.





Brandenburg: Geistige Brandstifter bei der Feuerwehr

Unter dem Anreißer „Geistige Brandstifter bei der Brandenburger Feuerwehr" widmete sich das politische Fernsehmagazin Klartext im November 2015 den bekannt gewordenen Fällen von Neonazis, welche bei der brandenburgischen Feuerwehr tätig sind. Der Beitrag schildert: „Sieg-Heil-Rufe an der Landesfeuerwehrschule, ein NPD-Sympathisant als Oberfeuerwehrmann und ein ehemaliger führender Neonaziführer als Jugendwart. Wenn ausgerechnet Feuerwehrleute zu geistigen Brandstiftern werden, ist das vor allem in Zeiten wie diesen gefährlich". Klartext zeigt eine „Anti-Asyl-Demonstration" Anfang November 2015 in Velten, Anmelder der Demonstration ist Maik Neuber — Oberfeuerwehrmann der Freiwilligen Feuerwehr in Marwitz. Bei Facebook posiert er für die NPD, die Partei wiederum wirbt für die Feuerwehr. Neben ihm sind offenbar zwei weitere NPD-Anhänger und Neonazis im Landkreis Oberhavel als Feuerwehrmänner aktiv[1].



Für Aufsehen sorgte zudem ein Fall an der Landesfeuerwehrschule in Eisenhüttenstadt. Auszubildende hatten dort Neonazi-Musik gehört und „Sieg Heil" gerufen. Den Klartextrecherchen zufolge fungiert Reinhard Golibersuch in Freidorf bei Halbe als Jugendwart der Feuerwehr. Golibersuch war in den 1980er Jahren ein bekannter Kopf der Neonazi-Szene. Anfang der 1990er zog er nach Halbe, der Ort wurde zum Aufmarschgebiet für Neonazis, später gründete er für die NPD den Kreisverband Spreewald. Bis vor zehn Jahren war er dessen Vorsitzender. Auf seinen Parkplatz hatte er seinerzeit Hakenkreuze gepflastert. 2011 wurde er zum Jugendwart gewählt. Der Stellvertreter des Jugendwarts, Eckhard L., postete auf Facebook antisemitische Kommentare. Wie das brandenburgische Amt Schenkenländchen auf dessen Homepage stolz verkündet, belegten beim „Berlin Firefighter Stairrun" im April 2015 Ulli Boldt und Reinhard Golibersuch den 241-igsten Platz für die Freiwillige Feuerwehr Halbe. Ulli Boldt ist ebenfalls kein Unbekannter, das Nachrichtenmagazin „Focus" berichtete bereits 1997: „Boldt machte sich im braunen Lager als Betreiber des Nationalen Infotelefons Berlin einen Namen. An der Spitze der Berliner Kulturgemeinschaft Preußen brachte er es sogar zu einem Eintrag im Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministers"[2]. Für Horst Mahler, der eigentlich eine zehnjährige Haftstrafe wegen Volksverhetzung und Holocaust-Leugnung abzusitzen hat, jedoch aus gesundheitlichen Gründen in Freiheit ist, fungiert der Berliner Rechtsanwalt Boldt aktuell als Rechtsbeistand. Auch in der Ortswehrführung der Freiwilligen Feuerwehr Fahrland (Potsdam) finden sich — laut dem Blog der Antifaschistischen Recherche_Potsdam/Umland — zwei einschlägig bekannte Namen: Paul E. wird als „Jugendwart" sowie „Hauptfeuerwehrmann" geführt und Sascha Li. als „Löschmeister". Der zuständige Stadtsprecher erklärte auf Nachfrage der Potsdamer Neuesten Nachrichten hierzu lediglich: „Zu keiner Zeit hat es bei der Jugendausbildung oder anderen Ausbildungen Vorfälle rechtsradikaler Art oder Gesinnung gegeben." Offenbar folgenlos blieb auch die offen neonationalsozialistische Gesinnung von Dennis K. aus dem brandenburgischen Schönwalde-Glien bei Nauen, welcher sich für den Förderverein Freiwillige Feuerwehr Grünefeld betätigt. Bereits 2013 wurde er am „Feuerwehr-Stand" auf dem Musikfestival „NATION of GONDWANA" auffällig, seitdem wurde er mehrmals vom Veranstalter des Geländes verwiesen, da er verbotene Neonazisymbolik — darunter einen SS-Totenkopf, ein Hakenkreuz und die sog. Odalsrune auf seine Unterarme tätowiert hat. Bedenkt man, unter welchen — oft sehr zufälligen Umständen — die Beispiele an die Öffentlichkeit gelangten, drängt sich der Eindruck eines viel weitergehenden Problems bei der Feuerwehr auf. •



REINHARD GOLIBERSUCH (1983)

1 bnr.de: „Abendspaziergänger" sind zurück, 10.11.2015
2 FOCUS Magazin | Nr. 44 (1997)

Polizist mit Verbindungen nach Rechtsaußen

■ Gegen den Polizisten Norman Wollenzien wird seit Oktober 2015 in Zusammenhang mit einer PEGIDA-Demonstration dienstrechtlich ermittelt. Bei einem Aufmarsch des Brandenburger PEGIDA-Ablegers „Bramm" im Januar 2015 hatte der Rathenower ein Schild mit folgender Aufschrift hochgehalten: „Antirassismus, Weltoffenheit, Vielfalt sind Kennwörter für weißen Genozid — Europa den Europäern". Nun, ein Dreivierteljahr später, prüft die Berliner Polizei, bei der Wollenzien arbeitet, ob dieser Auftritt dienstliche Konsequenzen haben wird. Wollenzien ist politisch bei der AfD engagiert. 2013 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisverbandes Havelland gewählt. Mittlerweile ist er noch Beisitzer im Kreisvorstand. AfD-Kreisvorsitzender Kai Gersch reagierte auf das Ermittlungsverfahren gegen seinen Parteikollegen mit der Mitteilung, dass Wollenzien in den letzten Monaten nicht mehr zu Sitzungen erschienen sei. Bereits Monate vor der Bramm-Demonstration hatten Antifas darauf hingewiesen, dass der AfD-Politiker sich mit Autoaufklebern zu verschiedenen extrem rechten Organisationen bekannte. Das Heck seines PKW waren mit Aufklebern der „Identitären Bewegung" und der neonazistischen Organisation „Europäische Aktion" versehen.

Der Fall Wollenzien reiht sich ein in eine ganze Reihe von jüngst bekannt gewordenen Verstrickungen Brandenburger Polizeibeamter in den Neonazismus. Eine Polizistin im Führungsdienst der Inspektion Uckermark ist die Schwester eines Neonazikaders aus Mecklenburg-Vorpommern und mit einem Neonazi verheiratet. Es gibt Fotos von ihrer Hochzeit, bei der der Ehemann mit Hakenkreuzbinde und Hitlergruß posiert. Diese persönliche Nähe verhinderte nicht, dass die Polizistin befördert wurde. Mittlerweile ist die Beamtin vom Dienst suspendiert. Gegen den für die Beförderung zuständigen Vorgesetzten läuft selbst ein Disziplinarverfahren und er wurde von seinen Aufgaben entbunden. Er wusste nicht nur von den Verbindungen seiner Untergebenen, sondern hatte den Spruch „Nachricht von der Ostfront" als Klingelton für sein Mobiltelefon eingestellt. Gegen einen weiteren Polizeibeamten wird wegen möglicher Strafvereitelung im Amt ermittelt. Der Polizist hatte darauf verzichtet, die Personalien mehrerer Verdächtiger aufzunehmen, die „Sieg-Heil" gebrüllt hatten. Der gleiche Polizist war in der Vergangenheit bei Aufmärschen in Halbe und Seelow — und zwar als Teilnehmer dieser Neonazidemonstrationen. •

Kein Freund und Helfer

■ Die frühere PEGIDA-Frontfrau Kathrin Oertel (37) hat Ende November 2015 in Radebeul mit ihrem Ex-Mann Frank Oertel (43) vor einer Flüchtlingsunterkunft gegen den Einzug von Flüchtlingen protestiert. Dabei gaben Beide dem Online-Portal Mopo24 Interviews. „Wir wurden erst am Mittwochabend darüber informiert, dass am Donnerstag hier bis zu zwölf Flüchtlinge einziehen sollen. Wir wissen auch nicht, wo diese Leute herkommen und ob sie sich überhaupt eine Gesundheitsprüfung unterzogen haben", erklärt Kathrin Oertel. Sie forderte eine räumliche Trennung von den Flüchtlingen. Bei Frau Oertel kaum verwunderlich, bei Herrn Oertel hingegen ein weiteres Kapitel in punkto „sächsische Demokratie": Oertels früherer Ehemann arbeitet beim Landeskriminalamt Sachsen in der Spezialabteilung für „extremistischen Islamismus". Allein die private Verbindung zwischen (Ex)-PEGIDA und LKA müsste eigentlich problematisiert werden, doch nicht mal der öffentliche Auftritt stört offenbar. Der Landeskriminalamts-Sprecher Tom Bernhardt erklärte: Herr Oertel habe sich in den Videos lediglich privat geäußert. Seine Aussagen stünden in keinem Zusammenhang mit seinem Job. Deshalb sehe das LKA derzeit keinen Grund zu intervenieren.

Die „Antifaschistische Gruppe Südthüringen" (AGST) veröffentlichte Ende November 2015 das Foto eines eingesetzten Bereitschaftspolizisten bei einer Neonazidemonstration am 28. November 2015 in Gotha, zu der das „Bündnis Zukunft Landkreis Gotha" aufgerufen hatte. Auf dessen Schlagstock waren die Reste eines regional bekannten rassistischen Aufklebers mit den Worten: „Bitte flüchten Sie weiter! Hier gibt es nichts zu wohnen! Refugees not welcome!" zu erkennen. Dieser Aufkleber kommt den Recherchen der Antifa-Gruppe nach aus dem Sortiment von „Druck 18", einem vom Neonazi-Funktionär Tommy Frenck betriebenen Onlineversand. Der Internet-Blog „thueringenrechtsaussen" dokumentierte Anfang Dezember 2015 zudem den Fall des in Nordhausen wohnenden Christian H. Dieser präsentierte sich auf seinem Facebook-Profil als (Paintball)-Waffenfan und Polizei-Uniformträger. Seine vierzehn „Gefällt mir"-Angaben sind in diesem Kontext problematisch: Sie enthalten nur ein einziges Personen-Profil. Es gehört „Christian Hehl" aus Mannheim, einem NPD-Politiker aus der Rhein-Neckar Region, der bereits Aktivist der verbotenen FAP, der Nationalistischen Front (NF) und des Neonazi-Netzwerks Blood & Honour war. Ein Landrichter bescheinigte ihm 1997 „menschenverachtende Gesinnung und Brutalität", weil er einen Antifaschisten mit einem Schlagstock auf den Schädel geschlagen hatte. Ob hier tatsächlich eine persönliche Bekanntschaft zwischen einem Polizeibeamten und Christian Hehl besteht, bleibt offen. Doch allein die Außendarstellung von Christian H. bei Facebook ist eindeutig. So erklärte er in einem Kommentar: „(...)wir werden erwachen, die bundesregierung hat uns zu nazis erhoben, nun handeln wir so !!!". Wer an dieser Stelle mit dem Mauscursor über Christian H.'s Namen fährt, bekommt nicht nur ein verkleinertes Foto von ihm angezeigt, sondern auch seinen Arbeitsort: „Beamter bei Landespolizei Thüringen". Das Christian H. auch Mitglied in der Facebook Gruppe „NPÖ — Nationale Partei Österreichs" ist, schien dort bisher niemanden zu stören. •

TITEL

„Es gibt keinen Platz mehr in Deutschland – es können nicht alle kommen!“

Von Flensburg bis Passau: Das Volk der Deutschen macht wieder mobil. Dabei wäre eigentlich noch das ein oder andere Milliönchen Geflüchteter notwendig, um auch nur den Bevölkerungsstand von 2002 wieder zu erreichen. Auch wenn alle 60 Millionen weltweit (!) vom UNHCR registrierten Geflüchteten und Vertriebenen kämen – käme lediglich die Bevölkerungsdichte von Holland langsam in Sicht (und man wäre immer noch weit unter derjenigen von Südkorea, Bangladesch oder Mauritius). So viel zu den „dramatischen“ Zahlen.

Deutschland 2015

■ Hinter dem populistischen Geschrei aus allen Parteien und von „besorgten Bürgern“ nach einer Obergrenze für das Recht auf Asyl verbirgt sich die Forderung nach einem erinnerungsbereinigten Grundgesetz. Es geht darum, die Reste des Artikels 16, schon 1993 im Artikel 16a bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, endgültig auszulöschen. Die Forderungen nach Begrenzung der Zahl der Geflüchteten hat keine „juristische“ Wirkung. Denn: Rechte haben ihrem Wesen nach keine zahlenmäßige Begrenzung, deshalb würde jede Beschränkung umgehend vom Bundesgerichtshof kassiert werden. Will man juristisch die Grenze betonieren, bleibt nur die komplette Abschaffung jenes Grundgesetzartikels, der Gesetz gewordenen Konsequenz aus der Flucht von Millionen vor der deutschen Vernichtungsmaschine von 1933 bis 1945.

Weil deutsche Grundgesetzexperimente international aus historischen Gründen auf wenig Begeisterung stoßen, macht derzeit ein zunächst unverdächtiger Begriff erneut Karriere: der des „Kontingentflüchtlings“. Er bietet die Möglichkeit, handverlesene Qualität zur marktkonformen Lösung des deutschen Demographieproblems zu importieren. „Kontingentflüchtlinge“ durchlaufen weder Asyl- noch sonstige Anerkennungsverfahren, sondern erhalten direkt eine Aufenthaltserlaubnis, da sie auf Grund einer Übernahmeerklärung des Innenministeriums kommen dürfen. Es ist bisher die einzige Chance, einen Aufenthalt zu bekommen. Denn für alle derzeitig in der Bundesrepublik eintreffenden und eingetroffenen Geflüchteten besteht nach Dublin III oder Artikel 16a des Grundgesetzes keine Chance auf einen Aufenthaltstitel. Damit ist die derzeitige Debatte genau betrachtet surreal, wären nicht die politischen Schäfchen, die dabei ins Trockene gebracht werden sollen — und dass es braune sind, zeigt die Flexibilität der Schmuddelgrenzen bürgerlicher Parteien.

Die aktuelle Debatte hat aber nicht nur die altbewährte Variante der täuschenden Zahlen, sondern auch die der drakonischen Maßnahmen. Hier rückt das „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ mit dem „Entlastungsbeschleunigungsgesetz“ ins Zentrum, das quer durch fast alle Fraktionen des Bundestags huldvolle Würdigung fand. Es störte im völkischen Eifer so gut wie keine/n Parlamentarier/in, dass die im Grundgesetz garantierte Menschenwürde, nämlich die „Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums“ auch für Geflüchtete gilt, selbst wenn ihre Abschiebung bevorsteht — wie das Bundesverfassungsgericht 2012 in einem Grundsatzurteil feststellte. Seit Monaten verletzen insbesondere die Landes- und Bundesbehörden konsequent das Gesetz und arbeiten an der Perfektionierung des menschenunwürdigen Lagersystems — scheinlegalisiert nur durch eilfertig und juristisch zweifelhafte Rahmengesetze, die Zwangsaufenthalt mit Arbeitsverbot, Residenzpflicht, Sachleistungen und Leistungskürzungen in den sogenannten „Erstaufnahmeeinrichtungen“ von drei auf sechs Monate verlängern. Diese gezielt herbeigeführten katastrophalen Lagerzustände produzieren Entmenschlichung und Entkulturalisierung der Geflüchteten. Auf diese Weise entwürdigt werden sie zu Reizobjekten der rassistischen Volksseele. So läuft die zuverlässige Produktion von Brandherden von „oben“ auf Hochtouren. „Ehrenamtler“ werden mit ihrem humanitären Engagement dazu missbraucht, kostengünstig Lagerleben aufrechtzuerhalten.

Politisch gedeutet ist es das alte Dilemma der humanitär und/oder antirassistisch Engagierten. Denn nach geltendem Recht erfüllt ja im Prinzip keine/r der Geflüchteten die Voraussetzungen für einen Aufenthaltstitel. Prinzipiell ist jede Partizipation oder Mitarbeit an staatlich koordinierten oder organisierten Handlungen eine Mitarbeit am Lager- und Abschiebungssystem. Somit füttert jede/r, der bei Registrierung und Versorgung mitwirkt, nur die Abschiebemaschinerie. Dass aber zum humanitären Engagement keine Alternative bleibt, liegt an den politisch gewollten Zuständen. Ohne das humanitäre Engagement würden die Geflüchteten schlichtweg ‚gegen die Wand laufen'. Was allerdings die mittelfristige Perspektive für alle bietet, die sich nicht in die Illegalität begeben, ist am Beispiel des Schicksals der Beteiligten am Geflüchtetencamp auf dem Berliner Oranienplatz zu studieren. Die ‚friedliche' Räumung ist gera-



Foto: Freedom House (PD)

demal eineinhalb Jahre vorbei, doch inzwischen wurden so gut wie alle Anträge auf Aufenthalt abgelehnt.

Damit selbstorganisierte Protestcamps nicht erst entstehen können, sollen Geflüchtete zukünftig möglichst fernab Deutschlands entsorgt werden. Ein Vorschlag sind „Transitzonen", die zwar noch auf nationalem Gebiet liegen, jedoch als „exterritoriales Gebiet" deklariert werden und aus denen wie im „Flughafenverfahren" die Geflüchteten auch gleich wieder abgeschoben werden können. Da sie ja noch nicht in die Bundesrepublik eingereist sind, konnten sie auch keinen Asylantrag stellen. Selbstverständlich haben die zuständigen Beamten die Aufgabe, zu prüfen, ob ein Antrag „offensichtlich unbegründet" ist, bevor die „beschleunigte Abschiebung" in die „sicheren Herkunftsländer" erfolgt.[1] Diese Abschiebung erfolgt nach von der EU-Kommission herausgegebenen Handbüchern[2], die auch brutale Abschiebungen für Behörden legitimieren. Sie enthalten aber immerhin noch das Feigenblatt, dass im Extremfall „nach dem Grundsatz, keine Rückführung um jeden Preis"[3] — also wenn am Zielort nur noch eine Leiche ankäme — „abzubrechen" sei.

Damit jedoch solche aufwändigen Maßnahmen möglichst vermieden werden können, tendiert man zu größerer geographischer Entfernung als ein probates Mittel. Die früher diskutierten „Auffanglager" feiern nun unter der Bezeichnung „Hotspot" Wiederauferstehung. Im Zentrum dieser Bemühungen steht momentan die Türkei, deren Verfolgung oder auch Ermordung von Oppositionellen, Kurd_innen oder lästigen Journalist_innen irrelevant werden angesichts der Chance, für wenig Geld dort Lager eingerichtet zu bekommen. Die Geflüchteten können so problemlos in das demnächst „sichere Herkunftsland" Türkei abgeschoben werden. Es wurde auch schnell Einigkeit darüber erzielt, dass die türkische Armee nun in Syrien einmarschieren darf, um „vor Ort" eine so genannte Schutzzone einzurichten — mitten im kurdischen Gebiet.

Flankierende Maßnahmen werden dann nur noch für den Seeweg als Fluchtroute notwendig. Mittel der Wahl ist ein konsequentes Schiffeversenken — am besten noch in deren Heimathafen, was die „Mittelmeer-Mission" der Bundesmarine auch vorsieht. Dass dies ausschließlich der Unterbindung von Fluchtmöglichkeiten dient, wird inzwischen nicht einmal mehr bestritten.

Resümee: Der Anteil des Rassismus in der Bevölkerung hat vermutlich kaum zugenommen, er war schon immer sehr hoch. Aber es hat sich etwas geändert. Dank der „Tabubrecher" in Politik und Gesellschaft und der gehypten Mediendiskurse à la Sarrazin zeigt er sich offener. Und das verschiebt die gesellschaftlichen Grenzen gezielt in Richtung Akzeptanz von Bedrohung, Brandstiftung, Mord und Totschlag. •

1 Das ist wohl der Grund, warum dies nicht direkt den Befehlsempfängern der Bundeswehr übertragen werden kann.
2 „Handbuch zu den europarechtlichen Grundlagen im Bereich Asyl, Grenzen und Migration" 3 Rückkehr-Handbuch, S. 50

TITEL

Fluchthilfe in Dänemark

Die ersten Flüchtlinge trafen am Morgen des 6. Septembers 2013 in der dänischen Grenz- und Hafenstadt Rødbyhavn ein. Die dänische Polizei fing die Menschen ab und bestand auf einer Registrierung in Dänemark. Da dies einem Asylantrag in Dänemark gleichgekommen wäre und die sehr harten Asylregeln dieses Landes bekannt sind, verweigerten sich die allermeisten Flüchtlinge dieser Forderung. Es kam zu chaotischen Szenen. Die Polizei versuchte die Menschen in einer Sporthalle in Rødbyhavn zu sammeln und zu registrieren. Der Widerstand der Flüchtlinge dagegen war jedoch groß und Vielen gelang es sich dieser Maßnahme zu entziehen, indem sie sich versteckten oder auf Umwegen versuchten, weiterzukommen. Einige machten sich sogar zu Fuß auf den Weg nach Kopenhagen. Das eigentliche Ziel hieß Schweden. Die dänische Polizei war überhaupt nicht vorbereitet, agierte kopflos und widersprüchlich. Die ersten Bilder von verzweifelten aber auch wehrhaften Flüchtlingen verbreiteten sich in Windeseile über die sozialen Medien. Diese Bilder waren der Startschuss für eine aktive Fluchthilfe, wie sie seit Ende des zweiten Weltkrieges in Dänemark nicht mehr vorgekommen ist. Asylaktivist Daniel beschreibt den 6. September so: „Es wurde klar, dass die Flüchtlinge nach Schweden wollten und sich aus diesem Grund dem Zugriff der Polizei entziehen mussten. Da wollten, nein, da mussten wir helfen. Wir fuhren ganz spontan mit zwei Autos nach Rødbyhavn. Der Ort war von der Polizei abgeriegelt. Aber wir fanden einen Schleichweg und sehr schnell wurde klar, dass wir nicht die einzigen waren, die sich auf den Weg gemacht hatten. Zwei bis drei dutzend Autos fuhren langsam im Ort und der näheren Umgebung umher und suchten nach Menschen. An vielen Stellen lagen zurückgelassene Kleidung, Essensreste und leere Getränkeflaschen. Schließlich fanden wir Menschen in einem Gebüsch zusammengekauert. Wir luden sie ein, umfuhren die Absperrungen der Polizei und verschwanden glücklich in der Nacht."

In den darauffolgenden Tagen folgten immer mehr Menschen Daniels Beispiel und fuhren in die deutsch/dänischen Grenzorte. Gleichzeitig wurden Wohnungen in Kopenhagen organisiert, ein Melder_innensystem auf die Beine gestellt, Telefonnummern öffentlich gemacht und Kontakte in die Grenzorte nach Deutschland und Schweden organisiert. Flüchtlinge, die es geschafft hatten per Zug nach Kopenhagen zu reisen wurden am Bahnhof empfangen, an der Polizei vorbeigeschleust und mit Fahrkarten ausgestattet in die Züge und Fähren nach Schweden gesetzt. In einigen Fällen wurden Personen in privaten Booten über den wenige Kilometer breiten Fluss Øresund ins Nachbarland gesegelt. Welch großes Ausmaß die Fluchthilfe plötzlich annahm, zeigt, dass verschiedene Netzwerke parallell und unabhängig von einander aktiv wurden. Es war also nicht nur die radikale Linke, sondern auch Netzwerke der NGOs und über Facebook Vernetzte, ansonsten unorganisierte Menschen wurden aktiv. Sehr viele der Personen, die sich spontan zur Hilfe entschlossen hatten, waren in Dänemark lebende Menschen mit Migrationshintergrund.

Das Agieren der Polizei wurde immer chaotischer und willkürlicher. Einige Menschen wurden mit Gewalt festgesetzt, während Andere sich, zum Teil relativ ungehindert, dem Zugriff der Polizei entziehen konnten. Die Fluchthilfe wurde mittlerweile auch immer organisierter und offener. Über die sozialen Medien meldeten sich vielfach Leute, die bereit waren, Flüchtlinge zu fahren. Teilweise wurden Menschen vor den Augen der Polizei in bereitstehende Autos gesetzt und weggefahren. An einem Mittwochmorgen erreichte das Chaos bei der dänischen Polizei seinen Höhepunkt. Es wurde verkündet, dass ein Zug mit Flüchtlingen aus Rødbyhavn nach Kopenhagen und dann weiter nach Schweden fahren darf. Einige Stunden später wurde diese Meldung wieder dementiert. Hunderte Flüchtlinge harrten lange im Zug aus. Nach über zwölf Stunden Wartezeit wurde es einigen zuviel und sie setzten sich über die Gleise in einen naheligenden Wald ab. Die Polizei machte nur halbherzige Versuche, dies zu unterbinden. Als dann am Abend endgültig klar wurde, dass der Zug nicht abfahren würde, brachen alle Dämme. Jetzt geschah die Fluchthilfe ganz offensichtlich. Alle Menschen verließen den Zug und stiegen in die ca. 60 bereitstehenden PKWs, die sich im Laufe des Tages neben den Schienen versammelt hatten. Die Polizei beschränkte sich aufs Beobachten und zog sich zum Schluss sogar ganz zurück. Innerhalb kurzer Zeit war der Zug leer und die Menschen weg.

Am Tag darauf verkündeten die Behörden, dass die Flüchtlinge freies Geleit erhalten. Die Fluchthilfestrukturen formierten sich schnell zur sogenannten Willkommenskultur.

Die illegalisierte Fluchthilfe in Dänemark hatte in den ersten Septembertagen einen enormen Umfang erreicht. Mitte September verkündeten die dänischen Behörden, dass von den ersten 800 Personen, die in Dänemark angekommen waren, innerhalb von vier Tagen 600 wieder „verschwanden".

Diese Zahl zeigt, dass es den spontanen Strukturen durchaus gelungen ist, den Menschen auf ihrem Weg nach Schweden zu helfen. Sehr viele Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft waren zum Gesetzesbruch bereit und drückten somit auch ihren Protest gegen die sehr strikte Asylpolitik und den generellen Rechtsruck des Landes aus.

Das freie Geleit für die Flüchtlinge und die damit auch stark abnehmende mediale Präsenz des Themas sorgte leider auch für ein markantes Abnehmen in der Hilfsbereitschaft. Jetzt, zwei Monate später, ist Asylarbeit wieder das politische Thema einiger weniger politischen Aktivist_innen. Die Nachhaltigkeit der Fluchthilfe ist damit versandet. •

INTERVIEW

„Als radikale Linke wollen wir die Menschen in ihrer Bewegungsfreiheit unterstützen“

Du bist/warst Teil einer Potsdamer Gruppe, die Geflüchteten die Weiterreise ermöglicht hat. Erzähl mal kurz, wie es dazu kam.

Als wir uns darauf vorbereitet haben, dass die Unterkunft geöffnet wird, war für uns schon klar, dass es sowas geben muss. Auch weil wir wussten, dass die Leute nicht registriert sein würden, da es eine Erstaufnahme sein sollte. Als radikale Linke wollen wir die Menschen natürlich in ihrer Bewegungsfreiheit unterstützen. Wir hatten vorher geplant Leute anzusprechen, die Möglichkeit konkret anzubieten. Das haben wir teilweise gemacht, es war dann aber gar nicht nötig, weil am Ende sehr viele Leute von allein auf uns zugekommen sind. Das Ganze wurde schnell zum Selbstläufer.

Normalerweise werden Geflüchtete sofort registriert und werden, wenn sie außerhalb des Registrierungslandkreises aufgegriffen werden, dahin zurückgeschickt. Warum war das in Potsdam anders?

Viele kennen das ja aus den Medien, dass es diese großen Ströme gab, welche verwaltungstechnisch nicht so schnell bearbeitet werden konnten. Die ankommenden Leute konnten wohl nicht so schnell sortiert werden, wie das sonst üblich ist. Es gab die riesigen Gruppen, die von München in den Norden gebracht worden sind. Davon kamen sehr viele hierher, ohne vorher registriert worden zu sein, so dass es im Prinzip so eine Grauzone gab. Die Leute waren zwar irgendwo namentlich aufgetaucht, offiziell registriert waren sie aber nicht. Dementsprechend war es also nicht problematisch einfach weiterzureisen.

Hatten die Menschen immer ein klares Ziel vor Augen, also Familie in anderen Städten oder Ländern? Habt ihr allen geholfen und wenn nein, wem nicht?

Also ganz am Anfang haben wir allen geholfen, die gefragt haben! Das war zum Teil auch sehr anstrengend, weil wir Teil der Entscheidungsfindung für ein Ziel geworden sind. Viele haben Familie irgendwo, Freunde oder andere Kontakte. Viele sind aus diesem Grund nach Schweden gereist, aber auch in andere Städte in Deutschland. Nach ungefähr einer Woche haben wir gemerkt, dass es nicht funktioniert alle, die wollen, irgendwo hinzubringen, weil wir vor dem Problem standen, dass wir Leute irgendwo hingeschickt hätten wo es vielleicht gar nicht besser ist als in Potsdam. Wir haben dann Leute gefragt, wohin und warum sie dorthin wollen. Es stellte sich oft raus, dass sie nur gehört hatten, dass es im Westen, z.B. Hamburg oder Bremen, besser sei und nach Gesprächen und etwas Bedenkzeit sind einige, die zuerst weiter wollten, letztendlich in Potsdam geblieben. Klar war, wenn Leute unbedingt weiter wollten, dass wir sie auch dabei unterstützt haben.

Habt ihr die Leute einfach in den Bus oder Zug gesetzt, oder seid ihr auch selbst gefahren? Gibt es eine Vernetzung mit anderen Städten, konntet ihr die Menschen an ihrem Ziel (oder auf dem Weg dahin) an ähnliche Gruppen, wie eure, übergeben?

Wir haben verschiedene Sachen gemacht. Wir haben zum Beispiel Geld gesammelt und davon Zugtickets gekauft. Wir haben dann konkret die Verbindungen rausgesucht, auch mit dem Fokus große Bahnhöfe wegen Kontrollen zu vermeiden. Wir haben die Leute bis zum Bahnhof, wenn nötig auch nach Berlin begleitet. Nach einiger Zeit sind wir dann auch selbst mit dem Auto gefahren, z.B., wenn es über Nacht passieren musste, es weit war oder es viele Kinder in den Gruppen gab. Oft bot sich die Gelegenheit, weil Fahrer_innen und Autos vorhanden waren. Teilweise sind wir auch selbst gefahren, wenn uns die Menschen sehr erschöpft vorkamen. Busse haben wir vermieden, weil es immer noch heißt, dass die regelmäßig kontrolliert werden und es Tickets teilweise nur gegen Angabe des Namens gibt. Wir hatten schnell ein ziemlich großes Netzwerk von Fahrer_innen, die die Geflüchteten auch begleitet haben. Die haben sich dann um Proviant gekümmert, wenn nötig um Spielzeug für die Kinder usw. Das hat recht schnell alles sehr gut funktioniert. Durch Vernetzung mit anderen Städten oder direkte Verbindungen zu Verwandten konnten wir die Menschen fast immer irgendwo vorbeibringen und mussten niemanden in der Pampa oder ohne direkte Perspektive zurücklassen. Nach Hamburg und Rostock gibt es Beziehungen zu ähnlichen Strukturen, die sehr gut organisiert sind und Leute z.B. direkt zur Fähre bringen. Wir haben dort angerufen und Bescheid gesagt, wie viele Leute kommen werden, damit die abgeholt werden können, einen Schlafplatz haben und vor allem niemand auf der Strecke bleibt. Wir haben sicher gestellt, dass wir die Leute nicht ins Nichts schicken, das hat auch immer geklappt.

Warum findest du es wichtig, Geflüchteten dabei zu helfen, weiter zu reisen, auch wenn sie in Potsdam an einem vermeintlich sicheren Ort angekommen sind?

Erstmal ist in Europa im Vergleich zu den Orten, von wo die meisten kommen, alles sicher. Die Menschen haben sich ja ohne Aufforderung und Erlaubnis auf den Weg gemacht und ihre Freiheit zum Reisen quasi erkämpft. In dem Augenblick, wenn sie in Deutschland ankommen, werden sie verteilt und ihre erkämpfte Freiheit wird mit der Registrierung beendet, sie werden im Grunde festgesetzt. Das ist total absurd, wenn man bedenkt, dass Menschen zwangsweise in Potsdam registriert werden sollen, aber vielleicht in Frankfurt, Bremen oder Schweden Freunde und Verwandte haben, zu denen sie weiterreisen wollen. Ich finde als Refugee-Aktivist_in ist es eine Kernaufgabe, erkämpfte Selbstbestimmung mitzuerhalten und die Menschen in dem zu unterstützen, was sie machen wollen. Rein menschlich ist es natürlich total behämmert, wie das System der Registrierung funktioniert. Logisch, dass wir da auf der anderen Seite stehen. •

TITEL

Mit der Gründung der Erstaufnahmeeinrichtung in der Heinrich-Mann-Allee sieht sich auch die Potsdamer Linke im Zwiespalt zwischen einer Kritik an der staatlichen Asylpolitik und dem System „Lager“ einerseits und der eigenen Beteiligung am Aufbau und Betrieb eines solchen.

Solidarität im Zwiespalt der Realität(en)

In den 90er Jahren war das Land Brandenburg berüchtigt für seine sogenannten „Dschungelheime“: Asylsuchende wurden vorzugsweise in alten Kasernen, Ferienlagern und ähnlichen Orten untergebracht; fernab der und nicht selten ohne infrastrukturelle Anbindung an die dünn gesäten größeren Städte. Im Zuge der aufgrund der europäischen Abschottungspolitik sinkenden Asylberwerber_innenzahlen einerseits und antirassistischer Kämpfe andererseits, wurden seit Ende der 90er viele dieser Heime geschlossen und in einem Teil der Kommunen angefangen, Flüchtlinge dezentral unterzubringen. Obwohl das Land Brandenburg seit mindestens 2012 über eine steigende Geflüchtetenzahl informiert worden war, trafen weder Land noch Kommunen dafür Vorsorge. Mit der Öffnung der deutschen Grenze für die Flüchtlinge der Balkanroute setzte dementsprechend bei staatlichen Stellen hektische Aktivität ein, um kurzfristig die benötigten Quartiere auftreiben.

Die Erstaufnahmeeinrichtung in der Heinrich-Mann-Allee

Am Abend des 13. September 2015 wurde in Potsdam bekannt, dass in Kürze mehrere hundert Geflüchtete in Gebäuden auf einem Gelände des Innenministeriums in der Heinrich-Mann-Allee (HMA) untergebracht werden sollten. Träger dieser spontan eingerichteten Unterkunft wurde das Deutsche Rote Kreuz (DRK). Eiligst wurde, v. a. über die Netzwerke der linken Szene zu einem Treffen mobilisiert, auf dem Möglichkeiten der Unterstützung für die Ankommenden besprochen werden sollten. Diesem Aufruf folgten 150 – 200 Menschen, die sich einig waren, dass es dabei nicht um eine bloße Willkommensgeste, sondern um tatsächliche praktische Hilfe gehen müsse. Dank der guten Vernetzung und der bis in die Zeit der Hausbesetzer_innenbewegung der 1990er Jahre zurückreichenden Verankerung der Szene in der Stadt war es möglich, schnell und effektiv koordinierende Strukturen (Arbeitsgruppen, Plena) einzurichten und tatsächlich binnen Kürze die Gebäude bezugsfertig zu machen. Denn dazu waren zu diesem Zeitpunkt weder das DRK noch die staatlichen Strukturen in der Lage. Da der formale Betreiber der Unterkunft dringend auf ehrenamtliche Hilfe angewiesen war, gelang es den Helfer_innen, eine Vielzahl von Aufgaben zu übernehmen und sogar ein eigenes Koordinationsbüro in der Unterkunft einzurichten. Natürlich kamen nicht alle Helfenden aus der linken Szene, es gab ebenso engagierte Bürger_innen, aber die linke Szene gab dem Ganzen Struktur und Koordination. Mehrere Tage lang agierte die linksalternative Szene der Stadt auf diese Art und Weise faktisch als Trägerin einer Flüchtlingsunterkunft.

Diese Erfahrung stützte durchaus das Selbstbewusstsein der Beteiligten: Als bekannt wurde, dass das Innenministerium und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge planten, die gerade in Potsdam angekommenen Flüchtlinge zur Registrierung und Unterbringung in die für ihre menschenunwürdigen Zustände berüchtigte Erstaufnahmeeinrichtung Eisenhüttenstadt zu bringen, um sie anschließend von dort aus auf die Kommunen zu verteilen, erklärten die Helfer_innen: „Zur Zeit übernehmen und tragen wir klar sozialstaatliche Aufgaben. Die Unterkunft in der Heinrich-Mann-Allee funktioniert und bietet aufgrund unseres Engagements eine Herberge für mehr als 250 Personen. Wir werden mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln durchsetzen, dass die von staatlicher Seite als notwendig erachtete Registrierung der Flüchtlinge in Potsdam erfolgt. Unsere Strukturen sind zur Zeit bestens aufgestellt und schnell mobilisierbar. Wir warnen hiermit alle zuständigen Stellen uns herauszufordern!“

Tatsächlich konnte durchgesetzt werden, dass die Flüchtlinge zwar in Bussen zur Registrierung nach Eisenhüttenstadt gebracht wurden, aber jene, die wollten anschließend nach Potsdam zurückgefahren wurden. Zudem wurde jeder Bus von einer Vertrauensperson aus der Helfer_innenstruktur begleitet. Allerdings konnte nicht verhindert werden, dass die Flüchtlinge von Potsdam aus auf die Kommunen des Landes verteilt werden, da die Unterkunft in der HMA ebenfalls den Status einer Erstaufnahmeeinrichtung hat. Dieser erste Konflikt beeinflusste das öffentliche Klima durchaus. Hatte die lokale Presse bis dahin die Helfenden durchweg gefeiert, begann jetzt die Lokalzeitung „Potsdamer Neueste Nachrichten (PNN) eine Hetzkampagne gegen die linken Strukturen, die die Nothilfe für die Geflüchteten trugen. Diese setzte sich fort in einem Feldzug gegen das soziokulturelle Zentrum freiLand, als sich dieses kritisch zur geplanten Unterbringung von Geflüchteten in sogenannten Leichtbauhallen auf dem eigenen Gelände

aussprach. Obwohl viele der dort Engagierten auch aktiv in der Helfer_innenkoordination in der HMA mitarbeiteten, titelte die Zeitung zunächst mit „'Freiland' will keine Flüchtlinge als Nachbarn" und ignorierte damit, dass die Kritik des freiLandes vor allem auf die geplante Unterbringung in Leichtbauhallen abzielte. Weiterhin wurde die in einem Nebensatz geäußerte Forderung auch weiterhin kulturelle Veranstaltungen auf dem Gelände durchführen zu können als völlig inhuman und unangemessen dargestellt.



Ein richtiges Lager im falschen?!

Im gleichen Zeitraum fing das DRK an, als Heimleitung die Kontrolle über das Geschehen vor Ort zu übernehmen. So wurde als eine der ersten Maßnahmen der Zugang zum Gelände für Helfende, aber auch für Besucher_innen der dort Untergebrachten erschwert bzw. verunmöglicht: Menschen, die ehrenamtliche Hilfe leisten wollten, mussten sich unter Vorlage eines Personalausweises registrieren lassen, allen anderen wurde der Zutritt verwehrt. An dieser Stelle wurde vielen Beteiligten klar, dass man bei allem Bemühen darum, menschenwürdige Bedingungen für die Flüchtlinge in der HMA herzustellen, letztlich an der Einrichtung und dem Betrieb eines Asylbewerber_innenheimes, eines „Lagers" mitwirkte. In Reaktion darauf zog sich ein Teil der Aktiven aus der unmittelbaren Arbeit vor Ort zurück und begann mit dem Versuch, die entstandene Situation zu reflektieren, um gerade auch unter dem Eindruck der zeitgleich stattfindenden Asylrechtsverschärfungen politisch weiter handlungsfähig zu bleiben. Ein anderer Teil der Helfenden blieb in der Unterkunft aktiv. Für diese Entscheidung sprach, dass es tatsächlich gelungen war, in der HMA Standards zu etablieren wie beispielsweise eine unabhängige Asylrechtsberatung, um die in der Erstaufnahme in Eisenhüttenstadt seit Jahren vergeblich gekämpft wird. Zusätzlich entwickelten sich autonom agierende Arbeitsgruppen, die sich beispielsweise um Kinderbetreuungsangebote, Deutschunterricht oder die Sortierung und Bereitstellung von Spenden kümmern, auch ein SIM-Karten-Laden ist zurzeit im Aufbau. An einigen Punkten wurde und wird zudem versucht auch die Bewohner_innen der HMA in diese Strukturen einzubinden. Zudem bleibt die Hoffnung, dass die Anwesenheit der Helfer_innenstruktur in der HMA eine Kontrollfunktion gegenüber dem Handeln des Heimbetreibers darstellt. Ob diese Hoffnung berechtigt ist, wird die Zukunft zeigen. Der Zwiespalt zwischen realer kleinteiliger Verbesserung von Lebensbedingungen und radikaler Kritik am „Großen und Ganzen" ist nicht neu für antirassistisch Engagierte, neu ist jedoch auf welchem Niveau diese in Potsdam damit konfrontiert sind: So nah wie hier dürften Linke den Mechanismen des Heimsystems selten gekommen sein. Dazu kommt, dass auch die Masse der dort aktiven Linken über wenig Erfahrungen und Wissen bezüglich der flüchtlingspolitischen Kämpfe der letzten 25 Jahre verfügt. Neben einer teilweise stark praktizistischen Orientierung der Helfenden erschwert dies die durchaus stattfindende politische Diskussion um das weitere Vorgehen.

Solidarische Perspektiven schaffen

Der Widerspruch zwischen einer umfassenden Lager-Kritik und der Mitarbeit in der HMA ist nicht auflösbar: ein kompletter Rückzug aus der HMA würde bedeuten, wenn nicht eine Kontroll-, dann zumindest eine Beobachtungsfunktion und bereits erkämpfte Handlungsspielräume aufzugeben. Trotzdem ist auch ein Lager mit menschenwürdigeren Bedingungen noch immer ein Lager. Im besten Falle könnte die Anwesenheit vor Ort als Vermittlung zwischen Neuankommenden in der HMA und bereits bestehenden oder noch zu entwickelnden Initiativen außerhalb dieser fungieren. Gleichzeitig sollte gerade in Erstaufnahmeeinrichtungen wie der HMA ein Fokus auf der Netzwerkbildung liegen, da die dort ankommenden Menschen nach ihrem (kurzen) Aufenthalt auf das ganze Bundesland verteilt werden. Wenn es gelingt in Potsdam geknüpfte Kontakte auch nach der Verteilung der Geflüchteten aufrechtzuerhalten, besteht die Möglichkeit einer brandenburgweiten Vernetzung zwischen Geflüchteten, aber auch Helfenden.

Um Möglichkeiten zu schaffen aus der Position der akuten Nothilfe herauszukommen und stattdessen politische Perspektiven zu erarbeiten, müssen Geflüchtete als Subjekte politischer Kämpfe anerkannt werden und es darf auf gar keinen Fall versucht werden auf ihrem Rücken politische Ziele durchzusetzen. Eine Möglichkeit bietet sich in der Verknüpfung des Kampfes für die Wohnungsunterbringung von Geflüchteten mit sozialen Protesten, zum Beispiel im Rahmen der „Recht auf Stadt"-Bewegungen. Auch (die Androhung von) Hausbesetzungen für die Unterbringung von Geflüchteten (wie z. B. in Göttingen, Lübeck und Berlin) können hier legitime Mittel sein. Aber auch die Auseinandersetzung mit bereits bestehenden Erfahrungen von Refugee- und Antira-Aktivist_innen sind von zentraler Bedeutung. Inwieweit politische Aktionen der Linken jedoch an Erschöpfung, Überforderung und begrenzten Ressourcen in Folge der geleisteten Ersthilfe scheitern, wird sich zeigen. •

TITEL

Antiziganismus in den Debatten um Flucht aus Staaten des ehemaligen Jugoslawiens

MARKUS END

■ Die derzeitige Debatte um Flucht und Asyl wimmelt nur so von Ressentiments aller Art. Unterschiedliche Rassismen werden bedient, Chauvinismus und Klassismus geschürt, alter und neuer Nationalismus zeigt sich in deutscher Schuldabwehr, in der Verharmlosung von Rassismus, in der Verdrängung des Mordens im Mittelmeer sowie in einem daraus resultierenden deutschen Willkommenspatriotismus. Im Folgenden möchte ich schildern, inwiefern diese gegenwärtigen Debatten auch von Antiziganismus geprägt sind und welche Kontexte es hierbei zu beachten gilt. Meine Perspektive ist dabei die eines nicht persönlich von Antiziganismus oder Abschiebedrohung Betroffenen mit deutschem Pass, der folglich — im Gegensatz zu den Betroffenen — über das Privileg verfügt, sich entscheiden zu können, ob er sich mit diesem Themenfeld beschäftigen möchte oder nicht.

Geschichte der Bleiberechtskämpfe

Zunächst muss festgehalten werden, dass die Debatten um Flucht und Asyl von Rom_nja aus Jugoslawien, bzw. den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens bereits sehr viel älter sind, als in den Medien, aber auch in innerlinken Debatten zumeist bedacht wird. Bleiberechtsproteste jugoslawischer Rom_nja reichen bis mindestens zum Ende der 1980er Jahre zurück. Die nationalistischen Spannungen in Jugoslawien, aber auch in Polen, Rumänien und Bulgarien nahmen zu, Rom_nja gehörten zu den ersten, die von den verschiedenen sich ethnisierenden Konfliktparteien attackiert wurden. Viele Rom_nja aus diesen Ländern flohen in die Bundesrepublik Deutschland und waren nach kurzer Frist von Abschiebung bedroht, weil die Behörden annahmen, „sie seien in ihren Herkunftsländern Jugoslawien und Polen politisch nicht verfolgt worden" (Spiegel Nr 46/1989). Aus Protest gegen die Abschiebungen formierte sich in der Bundesrepublik Ende der 1980er Jahre eine gut vernetzte und entschlossene Protestbewegung von Rom_nja aus unterschiedlichen Ländern, die sich gegen die Abschiebungen einsetzte und mit Verweis auf die nationalsozialistische Verfolgung der Rom_nja und Sinti_ze durch die volksvergemeinschafteten ‚Deutschen' ein Aufenthaltsrecht in der BRD forderte. So traten im Februar 1989 zwanzig von Abschiebung bedrohte jugoslawische Roma in Hamburg im Dokumentenhaus der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in einen unbefristeten Hungerstreik, der zwei Wochen anhielt. Im August des gleichen Jahres errichteten Rom_nja aus Jugoslawien und Polen zusammen mit Unterstützer_innen ein Protestcamp auf dem Gelände des ehemaligen KZ.

Durch ihre Aktionen und den damit einhergehenden öffentlichen Druck konnten sie letztendlich erreichen, dass ca. 1500 Rom_nja aus verschiedenen Ländern ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht in Hamburg erhielten.

Dies kann nur als kleines Schlaglicht verstanden werden, auf eine häufig unbeachtete Geschichte, die das Potential hat, die Perspektive auf gegenwärtige Bleiberechtsproteste zu erweitern. Denn in vielerlei Hinsicht gleicht sich die Situation. Die bundesweite Initiative „alle bleiben" kämpft seit Jahren gegen Abschiebungen von Rom_nja in die Staaten des ehemaligen Jugoslawiens. Seit September 2015 unterstützt sie bspw. die Besetzung des Hamburger Michels durch Rom_nja aus verschiedenen Staaten des ehemaligen Jugoslawiens, die damit gegen ihre drohenden Abschiebungen protestieren und ein Bleiberecht einfordern.

Die Debatte in der Mehrheitsgesellschaft

Doch auch die Argumente der Regierungspolitik, mit denen ein Bleiberecht verwehrt wird, gleichen sich: Es gäbe keine politische Verfolgung, sondern ‚nur' Diskriminierung, einer historischen Verantwortung werde Deutschland seit Jahren gerecht, man könne nicht alle aufnehmen und brauche die knappen Mittel für die ‚wirklich' Verfolgten, alles altbekannt.

Immer wieder sind diese Argumente durch antiziganistische Logiken geprägt. Insbesondere die Vorannahme, Rom_nja verließen ihre Heimatorte nur, weil es in Deutschland finanzielle Rückkehrhilfen (2010) oder durch ein Verfassungsgerichtsurteil angehobene Leistungen für Menschen im Asylverfahren (2012) gebe, wird erst vor dem Hintergrund des antiziganistischen Stereotyps der ‚Zigeuner', die schon immer danach strebten, auf Kosten der ‚Deutschen' zu leben, wirklich plausibel. Auch die häufig



geäußerte Angst, wenn es ein generelles Bleiberecht gäbe, dann würden ‚Alle zu uns' kommen, wird bestärkt durch das Stereotyp einer bei ‚Roma' verbreiteten Bereitschaft zu Migration und Wanderschaft. So wird mittels antiziganistischer Argumentationsmuster die Debatte ethnisiert und auf Basis dieser Ethnisierung eine Unterteilung in die guten — weil ‚wirklich verfolgten' — ‚Flüchtlinge aus Syrien' und die abzulehnenden ‚Wirtschaftsflüchtlinge' aus den ‚Westbalkanstaaten' vorgenommen.

Besonders perfide ist die weit verbreitete Argumentation, dass das Verständnis und die Aufnahmebereitschaft ‚der Deutschen' für Geflüchtete nicht überstrapaziert werden dürfe. So äußerte sich im Rahmen der Debatte um die Verschärfung der Asylgesetze 2014 eine Politikerin der Regierungsfraktion im Bundestag: „Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Akzeptanz des Asylrechts in der Bevölkerung ist es wichtig, dass Asyl den tatsächlich Schutzbedürftigen vorbehalten bleibt." Eine solche Argumentation macht die Geflüchteten für den Rassismus verantwortlich und legitimiert so die Verschärfung des Asylrechts. Entstehungsbedingung und Wirkung von Rassismus werden vertauscht, dass Teile der Bundesregierung in dieser Frage selbst seit Jahren „ein Stück weit Hetze" (Romani Rose) betreiben, fällt unter den Tisch.

Ausblendungen

Überhaupt ist es derzeit aufschlussreicher zu rekonstruieren, worüber nicht gesprochen wird, obwohl es nahe läge. So wird selbst von jenen, die sich gegen die Einführung ‚sicherer Herkunftsstaaten' aussprechen, häufig lediglich auf ‚schlechte Lebensbedingungen in den Herkunftsländern' hingewiesen, während rassistische Polizeigewalt oder staatlich angeordnete Zwangsräumungen bspw. in Serbien häufig kaum thematisiert werden. Dass viele nach Deutschland geflohene serbische Rom_nja Opfer der wochenlangen Pogrome waren, die 1999 unter den Augen der KFOR-Soldaten und unter Beteiligung von UÇK-Einheiten stattfanden, bleibt ebenfalls meist unthematisiert. Diese systematischen Vertreibungen, die mit Brandschatzungen, Vergewaltigungen und Morden einhergingen, wurden bis heute nicht aufgearbeitet, die Täter_innen sind heute im Kosovo teils in Amt und Würden.

Auch die als Reaktion unter anderem auf deutschen Druck in Serbien und Mazedonien erfolgte Einführung eines Straftatbestand des ‚Asylmissbrauchs' wird in der politischen und medialen Debatte so gut wie nicht kritisiert. Dabei hat sogar das Verwaltungsgericht Stuttgart 2014 festgestellt: „Das Gericht ist auch davon überzeugt, dass die neuen serbischen Ausreise- und Grenzkontrollbestimmungen ausdrücklich dazu bestimmt sind und auch dazu eingesetzt werden, Angehörige [sic] von Minderheiten — insbesondere die [sic] Angehörigen der Roma — die Ausreise aus Serbien zu erschweren oder diese unmöglich zu machen." Es sieht dies als „schwerwiegende Verletzung der grundlegenden Menschenrechte" an.

Auch die in der Berliner Republik und auch in der gegenwärtigen Debatte immer wieder beschworene ‚historische Verantwortung' Deutschlands bleibt ein Lippenbekenntnis. Zumeist wird es so abstrakt formuliert, dass es auf die konkrete Situation keinerlei Auswirkungen hat. Demgegenüber wäre zu realisieren, dass die überwiegende Zahl der Rom_nja aus Staaten des ehemaligen Jugoslawiens Überlebende oder Nachfahren von Überlebenden des von den Deutschen und ihren kroatischen Verbündeten der Ustascha auch auf dem Balkan durchgeführten Genozids an den Rom_nja sind; die von deutschen Polizist_innen in ‚Balkanzentren' eingesperrt oder nach Belgrad oder Skopje abgeschoben werden sollen. Doch diese Perspektive wird von der Berliner Republik verdrängt oder aggressiv zurückgewiesen.

Fazit

Die Debatten um Flucht und Asyl sind seit Jahrzehnten immer wieder antiziganistisch aufgeladen. Auch die gegenwärtige Debatte, die im Kern bereits seit 2010 geführt wird, macht dabei keine Ausnahme. Eine ‚weiße' kritische Perspektive muss einerseits die antiziganistischen Gehalte dieser Debatte kritisieren und sollte andererseits die vielen ausgeblendeten aber umso relevanteren Kontexte beleuchten und rekonstruieren. Praktisch muss es darum gehen, die Selbstorganisation und die Proteste der Betroffenen anzuerkennen, ihre Positionen ernstzunehmen und ihre Kämpfe für Bleiberecht und gegen Abschiebung wo gewünscht zu unterstützen. •

TITEL

Wer nichts mehr hat, bringt auch Profit

Wie findige Geschäftsleute mit der Not der Geflüchteten Profit machen

PETER SONNTAG

■ Die Zahl der Menschen, die in der Europäischen Union Schutz vor Krieg, Vertreibung, Folter und Tod suchen, steigt. Damit steigt nicht nur die Zahl der benötigten Unterkünfte und Schlafplätze. Es kommen auch eine Menge potenzielle neue Kundinnen und Kunden ins Land. Und damit finden sich diejenigen ein, die aus der Not von Geflüchteten Profit schlagen wollen. Fälle gibt es bundesweit, eine Gesamtschau würde den Rahmen dieses Textes deutlich sprengen. Der zwangsläufig unvollständige Überblick beginnt in Berlin.

Für Schlagzeilen sorgte schon im Sommer ein Vermieter, der eine Vier-Zimmer-Wohnung für schlappe 10.500 Euro im Monat vermietete. Sieben Menschen waren dort untergebracht. Aber auch ein anderes Modell weckt den Ideenreichtum von Geschäftemacher*innen: In Berlin werden Geflüchtete auch mit Gutscheinen für Hostels versorgt. Mit diesen gehen sie zu ihrer Unterkunft, die Rechnung geht an den Bezirk oder das Land Berlin. Rund 1.500 Menschen waren im September nach Angaben des „Tagesspiegel" in Berliner Hostels untergebracht. Während es auf der einen Seite Hostelbetreiber*innen gibt, die Geflüchtete nicht mehr oder nur noch widerwillig aufnehmen, sehen andere in den 50-Euro-Gutscheinen das lukrativere Geschäft: für Obdachlose bekommen die Betreiber*innen weniger Geld. Die Schwächsten werden so in Konkurrenz zueinander gesetzt. Eine Hostelbetreiberin zeigte sich dagegen äußerst aufnahmefreudig und bot der Stadt im September laut dem Nachrichtenmagazin „Stern" an, ihre Bettenzahl von 450 auf 870 zu erhöhen, um noch mehr Geflüchtete unterbringen zu können — für 25 Euro pro Nacht. So viel Menschenfreundlichkeit zahlt sich aus — aus Steuergeldern.

Die Nachfrage bei knappem Angebot treibt die Preise in die Höhe. So ist das im Kapitalismus. Beispielsweise in Duisburg wurde ein leerstehendes Bürogebäude bislang für sieben Euro pro Quadratmeter angeboten. Dann wollte es ein Investor kaufen und der Stadt für das Doppelte, 15,25 Euro pro Quadratmeter kalt, vermieten. Auch das berichtete der „Stern" und zitierte den Grünen-Politiker Gerhard Schwemm: „Das ist für mich moralisch nicht in Ordnung." Ein anderes Beispiel aus Nordrhein-Westfalen ist der Marktführer bei der Unterbringung und Rundum-Betreuung von Geflüchteten, European Homecare aus der Ruhrmetropole Essen. Das Unternehmen betreibt Erstaufnahmeeinrichtungen, Gemeinschaftsunterkünfte und Wohnungen für Flüchtlinge, neuerdings auch — Innovation muss sein — sogenannte Mobilheime, die man als bessere Zelte oder schlechtere Container interpretieren kann. 50 Einrichtungen sind es insgesamt, Tendenz steigend. European Homecare bietet auch Kantinenverpflegung an, ferner soziale und medizinische Betreuung, gerne auch kurz vor der Abschiebung. Bei all dem inszeniert sich European Homecare als der „ALDI unter den Anbietern". Eine Folge des Billigheimer-Ansatzes: Das Wachpersonal verdient so schlecht, dass es Wohngeld beantragen muss, wie im „Handelsblatt" zu lesen war. Der Staat bezahlt und subventioniert in einem zweiten Schritt also den Billiglohn, der das private Unternehmen besonders konkurrenzfähig macht.

European Homecare — war da nicht was? Richtig, der Skandal über vom Wachpersonal misshandelte Geflüchtete, der im September 2014 für bundesweite Schlagzeilen und manchen Flüchtlingsgipfel sorgte. Die beiden beschuldigten Wachleute wurden unlängst freigesprochen — es galt der Rechtsgrundsatz im Zweifel für den Angeklagten. Aussagen von Flüchtlingen und Polizei hatten sich widersprochen. Neonazis im Wachschutz? Keine Einzelfälle. In Brandenburg fand der Verfassungsschutz heraus, dass von 1.100 registrierten Rechten jeder zehnte im Wachgewerbe arbeitete, berichtete das ZDF-Magazin Frontal21 und fand Fälle in mehreren Bundesländern, bei denen Neonazis in Flüchtlingsheimen arbeiten und die Bewohner*innen vor Neonazis schützen sollen.

Bei European Homecare hat man sich zwischenzeitlich einen Profi für die PR geholt: Klaus Kocks kommunizierte zuvor für Großkonzerne wie VW oder die Ruhrkohle AG. Auf der Webseite fallen nun Begriffe, die Sympathie wecken sollen: „Familienunternehmen", „qualitativ beste Leistung", „effizient", „schlanke Verwaltung", „besonders sorgfältige Auswahl seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter" und so weiter. „Wir helfen der Politik in ganz praktischer Hinsicht", behauptet das Unternehmen, das laut



„Die Zeit" dank der Flüchtlingskrise aus den roten Zahlen kam. So soll European Homecare 2013 — also vor dem ganz großen Boom — 1,4 Millionen Euro Gewinn gemacht haben.

Der Blick schweift weiter durch die Republik und hält im hohen Norden. Hier geht es einmal nicht um Wohngelegenheiten für Geflüchtete. Abzocken und das Ausnutzen beispielsweise mangelnder Sprachkenntnisse oder von fehlendem Wissen über Tarife weckt die Kreativität. Die Hamburger Verbraucherzentrale (vzhh) beobachtet laut einem Bericht der Zeitung „neues deutschland" mit Sorge, dass Asylbewerber*innen zunehmend bei den für sie so wichtigen Mobilfunkverträgen oder auch Versicherungen über den Tisch gezogen werden. „Drücker wollen ihnen Handyverträge verkaufen, Banken verweigern ihnen ein Girokonto, ihre Rechte als Patienten kennen sie nicht", heißt es auf der Homepage der vzhh. Der NDR hatte im Juni von einem Fall aus Bremen berichtet, bei dem ein Anbieter die mangelnden Sprachkenntnisse eines Syrers ausnutzte, um ihm statt dem gewünschten günstigen Handyvertrag gleich zwei überteuerte Mobilfunkverträge ohne Kostenbremse anzudrehen. Er stand plötzlich mit einer Rechnung von 700 Euro da und wusste nicht, wie er sie bezahlen soll. Die vzhh hat eine Reihe sinnvoller Informationen zu Mobilfunk, Haftpflichtversicherungen oder zur Befreiung vom Rundfunkbeitrag für Geflüchtete zusammengetragen — auf deutsch, aber das Wissen hilft auch Unterstützer*innen weiter.

Wir blicken uns weiter um. Da hinten liegt Sachsen, der Freistaat, der seit langem durch eine hohe Zahl von Angriffen, Übergriffen und Brandanschlägen auffällt. Nur ein Beispiel: Mitte Juli 2015 griffen bislang Unbekannte zwei Nächte hintereinander das Apart-Hotel in Böhlen, Landkreis Leipzig an, in dem zu der Zeit rund 150 Asylsuchende untergebracht waren. Etliche Scheiben gingen zu Bruch, von Schüssen auf das Gebäude war die Rede. Das Hotel ging jedoch schon im Februar 2015 durch die Medien, als bekannt wurde, dass der Besitzer der Berliner Unternehmer Wolfgang Seifert ist. Jener extrem rechte Seifert, der als früherer Funktionär der Partei „Die Republikaner" bekannt ist und der in der Vergangenheit eher durch seine Sorge um das deutsche Volk, als durch seine Hilfsbereitschaft für Geflüchtete aufgefallen war. Seiferts Firma „Allround Service GmbH & Co. KG" soll nach Informationen eines NPD-Insiders als „Quartiermacher" für den Bundesparteitag der NPD in Berlin-Reinickendorf 2009 gedient haben. Heute vermietet Seifert seine Räumlichkeiten an das Land Sachsen. Beim Geld hört die politisch Gesinnung anscheinend auf. Dies ist jdoch kein Einzelfall. So mietete der sächsische Landkreis Meißen eine Unterkunft von Lars Seidensticker, ehemaliger Geschäftsführer der rechten Partei „Pro Deutschland" und seit Jahren in der rechten Szene bekannt. Mit 21 trat er den Republikanern bei, war Mitglied der extrem rechten DVU, ist außerdem Präsident des revisionistischen „Eigentümerverband Ost". Der bekennt sich auf seiner Homepage zur „demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes" und sieht als seine Hauptaufgabe „die juristische Verwirklichung der Eigentumsansprüche der Heimatvertriebenen und deren Nachfahren!" Und wenn man mit Flucht Geld verdienen kann, umso besser. Einen Widerspruch sieht Seidensticker nicht. „Präsident eines Vertriebenenverbandes und Asylheimvermieter — das passt doch wunderbar", zitierte die Zeitung „Die Welt" den 39-jährigen, der nach einem tätlichen Angriff auf einen 17-jährigen bei einer „Pro Deutschland"-Demonstration im Jahr 2013 wegen Körperverletzung zu einer Geldstrafe verurteilt worden war. Es war nicht das erste Mal, dass der Vermieter einer Meißener Asylunterkunft mit dem Gesetz in Konflikt kam.

Die Liste ließe sich fortsetzen. Im Ergebnis zeigt sich: Auch mit denen die so gut wie nichts mehr haben, lässt sich ein Euro machen. Auch das ist die Willkommenskultur in Deutschland. •

TITEL

Seitdem die Bundesregierung Mitte September 2015 nach Art. 23 des Schengener Grenzkodex die Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen beschlossen hat, ist die Zahl der Strafverfahren gegen sog. Schleuser_innen so drastisch gestiegen, dass in Bayern die Gefängnisse überfüllt sind und die Amtsgerichte Bewährungsstrafen im Viertelstundentakt verhängen.

„Schlepper“, „Schleuser“, „Menschenschmuggler“

Über die Kriminalisierung der Fluchthilfe und Strategien der Justiz

VON MICHAEL PLÖSE

Während selbst aus Polizeikreisen eine Entkriminalisierung der unerlaubten Einreise und der Beihilfe hierzu gefordert wird, verschärft die Bundesregierung die Strafandrohung für Fluchthilfe auf eine Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis. Die „Bekämpfung“ von „Schleppern“ ist in Europa Staatsraison und soll vom politischen Versagen bei der Organisation der Flüchtlingshilfe ablenken. Dabei richtet sich die Kriminalisierung immer öfter auch gegen solidarische Fluchthilfeaktionen und kollidiert bewusst mit dem Wohlfühlgewissen der Willkommenskultur.

3.601 Flüchtende haben 2015 im Mittelmeer bei dem Versuch, ihr Leben zu retten, ihr Leben gelassen. Die Bilder von ertrunkenen Menschen an Europas Stränden und die 71 Leichen in einem LKW südlich von Wien erzeugen Betroffenheit und provozieren die Suche nach Verantwortlichen. Die unverhohlene Scheinheiligkeit, mit der die zuständigen Innenminister die Folgen ihrer martialischen Abschottungs- und Abschreckungspolitik den kommerziellen und solidarischen, in jedem Fall aber kriminalisierten Fluchthilfenetzwerken zuschieben, wenn sie Betroffenheit heucheln und von „schamlosen Menschenschmugglern“ schwadronieren, appelliert nicht umsonst an die rassistischen und stigmatisierenden Vorstellungen von den „ausländischen Schlepperbanden“, die schon in den 1990er Jahren unter dem Kampfbegriff der „Organisierte Kriminalität“ die Fluchthilfe in einem Atemzug mit „Menschenhandel“, Zwangsprostitution und Kindesmissbrauch nannten. Dabei wird oft vergessen, dass auch der illegalisierte Markt wie jeder andere nach den Mechanismen von Angebot und Nachfrage funktioniert und dass die militarisierte Aufrüstung an den Außengrenzen ebenso wie die Intensivierung der Migrationskontrolle im Inland für die Flüchtenden die Inanspruchnahme gut vernetzter Fluchthilfestrukturen geradezu notwendig macht und damit den Preis für die begehrte Dienstleistung in die Höhe treibt. Wer immer diesen Preis nicht zahlen kann, setzt sich einem erhöhten Risiko aus, auf unsichere Strukturen vertrauen zu müssen oder sich tatsächlich krimineller Ausbeutung auszusetzen. Um es zynisch auszudrücken: Qualität hat ihren Preis.

Migration und Strafverfolgung

Mehr als 280.000 Menschen wurden 2014 beim nicht erlaubten Grenzübertritt festgestellt; in den ersten acht Monaten des Jahres 2015 waren es mehr als 500.000. Die Bundesregierung beziffert die Anzahl der 2015 bis September in die BRD geschleusten Personen auf 14.811, überwiegend aus Syrien (6.610), Afghanistan (2.358), dem Irak (1.944), Kosovo (909) und aus Pakistan (418). Die in Folge der Zunahme militärischer Kriegshandlungen deutlich steigende Zahl von Asylsuchenden in diesem Jahr schlägt sich auch in der Anzahl der wegen „Einschleusens von Ausländern“ (§ 96 AufenthG) eingeleiteten Strafverfahren nieder: Bis zur Wiedereinführung der Binnengrenzkontrollen in der Nacht des 13. September 2015 stellten die Grenzbehörden insgesamt 2.653 tatverdächtige Schleuser_innen fest - fast doppelt so viele wie im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Fast die Hälfte der Strafverfahren (1.323) wird in Bayern geführt; anders als in den übrigen Bundesländern ordnen die Haftrichter_innen hier jedoch auch Untersuchungshaft für die Verdächtigen an. Zeitweise saßen in den Sommermonaten bis zu 800 Verdächtige in den völlig überfüllten Vollzugsanstalten ein. Allein in Passau wurden 350 Menschen auf 75 Haftplätzen untergebracht. Aber auch die Herkunft der Fluchthelfer_innen hat sich ge-



ändert: Waren es 2014 an erster Stelle deutsche Staatsbürger_innen (insgesamt 18 Prozent) oder mit dauerhaftem Aufenthalt in Deutschland lebende Nicht-Deutsche, die ihre Verwandten und Bekannten bei der — legal nicht möglichen — Einreise in die BRD unterstützten, richten sich die Strafverfahren 2015 überwiegend gegen Tatverdächtige aus Ungarn (335), Rumänien (306), Syrien (238) und Bulgarien (138). 135 Strafverfahren sind aktuell gegen Deutsche anhängig (5 Prozent), 97 gegen Österreicher_innen (3,6 Prozent).

Angesichts dieser im Allgemeinen als Überforderung der Justiz thematisierten Problematik verwundert es nicht, wenn an den bayerischen Amtsgerichten gegen die zumeist schlecht oder gar nicht verteidigten Tatverdächtigen Bewährungsstrafen im Viertelstundentakt verhängt werden. Dabei entsteht der Eindruck, insbesondere die über Tage oder Wochen in Untersuchungshaft gehaltenen Tatverdächtigen aus Osteuropa, die zumeist ohne Vorstrafen sind, seien von der Staatsanwaltschaft schon im Vorfeld der Verhandlung auf folgendes Szenario eingeschworen worden: Kassiere die Bewährungsstrafe und ein Einreiseverbot für die BRD und wir schieben dich sofort nach Hause ab. Anders lässt sich der Verzicht auf die Möglichkeit einer Geldstrafe bei nicht vorbestraften Angeklagten kaum erklären. Tatfahrzeuge werden nicht selten eingezogen und versteigert oder zerstört.

Schengen bedeutet Kriminalisierung

Die europäische Richtlinie 2002/90/EG verpflichtet die Mitgliedsstaaten der EU zur Verhängung „wirksamer, angemessener und abschreckender" Sanktionen gegen Menschen, „die einer Person, die nicht Angehörige eines Mitgliedsstaates ist, vorsätzlich dabei helfen, in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedsstaats unter Verletzung der Rechtsvorschriften des betreffenden Staates über die Einreise oder die Durchreise von Ausländern einzureisen oder durch dessen Hoheitsgebiet zu reisen" oder dieser „zu Gewinnzwecken vorsätzlich dabei helfen, sich im Hoheitsgebiet [unerlaubt] aufzuhalten". Lediglich, „wenn das Ziel der Handlungen die humanitäre Unterstützung der betroffenen Person ist", ist den Mitgliedsstaaten erlaubt, von einer Strafe abzusehen.

Selbst wenn die Strafverfolgungspraxis weit hinter der gesetzlichen Kriminalisierung zurückbleibt, hat die Bundesrepublik hiervon praktisch keinen Gebrauch gemacht. Ziel der Repression ist dabei weniger der Schutz von Menschen auf der Flucht - hierzu würden ja schon die üblichen Vorschriften des Strafgesetzbuches gegen (fahrlässige) Tötung, Körperverletzung, Freiheitsberaubung, Nötigung oder „Menschenhandel" genügen. Vielmehr geht es um die Stabilisierung bürokratischer Ordnungs- und Ausschließungssysteme zur Migrationskontrolle. Aus diesem Grund steht hinter fast jeder verwaltungsrechtlichen Mitwirkungspflicht im Asylverfahren für den Fall der Nichtbefolgung oder Nichtberücksichtigung eine Strafdrohung (z.B. für falsche oder unvollständige Angaben bei der Asylantragstellung oder das unerlaubte Verlassen eines zugewiesenen Verwaltungsbezirks). Damit wird zugleich jede Unterstützungshandlung nach den allgemeinen Regeln der Anstiftung und Beihilfe (§§26, 27 StGB) unter Strafe gestellt. Spezielle Strafnormen verstecken sich mithin im Aufenthaltsgesetz (§§95-97 AufenthG), im Asylverfahrensgesetz (§84-85 AsylVfG) und im Freizügigkeitsgesetz (§9 FreizügG/EU).

Legale Einreise nicht vorgesehen

Die Einreise von Asylsuchenden aus sog. „Drittstaaten", die nicht über ein gültiges Visum oder einen sonstigen Aufenthaltstitel verfügen, ist nach §14 Abs. 2 AufenthG unerlaubt und wird durch §95 Abs.1 Nr.3 AufenthG mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bedroht. Auch der weitere Aufenthalt ohne entsprechende Papiere ist unter Strafe gestellt. Nicht strafbar macht sich lediglich, wer direkt an der Grenze um Asyl nachsucht; muss dann aber davon ausgehen, dass ihm/ihr die Einreise verweigert wird, da er/sie regelmäßig aus einem der sicheren Drittstaaten im Sinne von §26a AsylVfG einreisen wird, von denen die BRD umgeben ist. Damit ist es praktisch ausgeschlossen, ohne fremde Hilfe legal auf dem Land-, Luft- oder Seeweg einzureisen. Wer

dennoch Unterstützung leistet oder dazu anstiftet, ohne selbst davon einen Nutzen zu haben, wird als Teilnehmer der vorsätzlichen Haupttat bestraft (§ 95 Abs.1 Nr.3 AufenthG i.V.m. §§26, 27 StGB).

Wann immer der/die Fluchthelfer_in sich einen Vorteil versprechen lässt, wiederholt oder (!) zugunsten von mehreren Illegalisierten handelt, wird die Unterstützungstat durch §96 AufenthG als qualifizierte Beihilfe seit dem 24. Oktober 2015 mit drei Monaten bis fünf Jahren Freiheitsstrafe geahndet. Die Bundesregierung hatte die Strafschärfung im „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz" damit begründet, dass „jegliche Schleusungsaktivitäten" das Ziel, „die aktuelle Flüchtlingsbewegung nach Möglichkeit zu steuern und organisatorisch zu bewältigen" gefährdeten und diese „besonders sozialschädliche Form kriminellen Verhaltens mit allen verfügbaren Mitteln zurückzudrängen" sei. Lediglich in „minder schweren Fällen" können ausnahmsweise auch Geldstrafen verhängt werden. Von solchen Fällen ist nach der Gesetzesbegründung (BT-Drs. 446/15, S. 69) auszugehen, „wenn ein altruistischer Schleuser eine erst- bzw. einmalige Schleusung ohne kommerzielle Gewinninteressen durchführt, z.B. in dem er mit seinem Privatfahrzeug zwei Ausländer über die Grenze transportiert."

Besonders teuer wird es jedoch, wenn Fluchthelfer_innen wiederholt („gewerbsmäßig"), gemeinschaftlich, womöglich organisiert agieren (Stichwort: „Bande"), Waffen (auch ohne konkrete Verwendungsabsicht) bei sich führen oder die geschleusten Personen erniedrigend bzw. lebensgefährdend behandeln (§96 Abs. 2 AufenthG: Mindeststrafe sechs Monate).

Eigentlich können sich Asylsuchende spätestens im Moment ihrer Antragstellung (vorübergehend) legalisieren, weil sie einerseits zur Durchführung des Asylverfahrens gem. § 55 Abs. 1 Satz 1 AsylVfG von Gesetzes wegen eine Aufenthaltsgestattung erlangen und damit von der Passpflicht des § 3 Abs. 1 AufenthG befreit werden (vgl. § 64 Abs. 1 AsylVfG), andererseits mit Art.31 Abs.1 der Genfer Flüchtlingskonvention (GK) ein persönlicher Strafausschließungsgrund für sie streitet, der ihnen Straflosigkeit ab dem Zeitpunkt der Einreise gewährt. Damit



fällt jedoch die rechtswidrige Haupttat weg und die Fluchthelfer_innen bleiben straffrei. Wegen der Konstruktion „sicherer Drittstaaten" in Art.16a Abs. 2 GG und §26a Abs. 1 AsylVfG können sich die meisten Asylsuchenden aber nicht auf ihr Asylrecht aus Art.16a Abs.1 GG berufen, weil sie nicht „unmittelbar aus einem Gebiet kommen, in dem ihr Leben oder ihre Freiheit bedroht ist". Vielmehr können sie im Rahmen der Dublin-Verordnungen in den EU-Mitgliedsstaat zurückgeschickt werden, den sie zuerst betreten haben. Konsequenz für die Fluchthelfer_innen: Ihre Strafbarkeit lebt wieder auf, denn die generelle Straffreiheit der Asylsuchenden wird bei denen, die keinen Zugang zum Asylverfahren haben, nur zu einem persönlichen Strafaufhebungsgrund. Daher bleibt die Einreise unerlaubt, der/die Einreisende straffrei, die Fluchthilfe aber strafbar.

„Schlepper ist, wer am Steuer sitzt"

Auf einen besonderen Tatbeitrag kommt es kaum an, um sich als Fluchthelfer_in strafbar oder verdächtig zu machen. Es genügt jegliches Unterstützen der Einreise (§§96 Abs.1 Nr. 1 i.V.m. 95 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG), z.B. durch eine grenzquerende Mitnahme im Fahrzeug oder deren Vermittlung, die Aushändigung eines Tickets zur Reise in die BRD oder durch finanzielle oder organisatorische Hilfestellung, z.B. Dolmetschen. Voraussetzung ist allerdings ein Für-Möglich-Halten, dass der flüchtenden Person die Einreise nicht gestattet ist, ohne dass dazu vertiefte Kenntnisse im Aufenthaltsrecht verlangt würden.

In der Praxis leitete die Bundespolizei allerdings auch Verfahren gegen Menschen ein, die ihre Mitreisenden auf Empfehlung der österreichischen Polizei bereits vor der deutschen Grenze aussteigen ließen oder die in einem Zug auf Sitzen angetroffen wurden, unter denen sich Geflüchtete verbargen. Einer in Deutschland lebenden Familie, die ihre Angehörigen aus der Türkei abgeholt hatte und an der Grenze zur EU von den griechischen Beamten die Auskunft erhielt, deren Reisepapiere würden zur Einreise ins Schengenland genügen, wurden an der deutschen Grenze bereits erwartet und in Haft genommen: Zwei an die griechische Grenze beorderte Polizisten hatten die Dokumente für nicht ausreichend gehalten und einen entsprechenden Funkspruch abgesetzt.

Immer wieder sind auch Taxifahrer_innen von Strafverfahren betroffen. Eigentlich gilt für diese eine Beförderungspflicht, sie sind zur Kontrolle von Ausweisdokumenten nicht berechtigt und ihnen verbietet das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) die Verdachtskontrolle von Reisepässen aufgrund äußerer Merkmale oder Zuschreibungen. Dennoch erlaubt §63 Abs.1 AufenthG den Beförderungsunternehmer_innen nur dann die Fahrt von Nicht-Deutschen ins Bundesgebiet, „wenn sie im Besitz eines erforderlichen Passes und eines erforderlichen Aufenthaltstitels sind". So verurteilte das Amtsgericht Zittau am 20. März 1997 einen Taxifahrer zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 4 Monaten ohne Bewährung, der sich zwar die Pässe seiner Fahrgäste für die Fahrt von Zittau nach Bautzen hatte zeigen lassen, aber nicht das Vorliegen eines gül-

tigen Visums kontrolliert hatte. In der Folgezeit weigerten sich zahlreiche Taxiunternehmen, vermeintliche Nicht-Deutsche zu befördern, was es für die Asylsuchenden in den abgelegen brandenburgischen Aufnahmeeinrichtungen nahezu unmöglich machte, ihre Termine wahrzunehmen. Auch 2014 noch wurde ein westdeutscher Taxifahrer vom AG Frankfurt an der Oder zu einer Bewährungsstrafe verurteilt,.weil er zwei Verwandte ins Inland verbracht hatte.

Doch Taxifahrer_innen sind nicht nur in der BRD gefährdet: 2008 wurde der Flensburger Taxifahrer Jörg Ridder von einem dänischen Gericht zu 50 Tagen Haft ohne Bewährung verurteilt, weil er die Reisepapiere seiner Fahrgäste nicht auf ihre Einreiseberechtigung geprüft hatte. In Reaktion darauf hatten am 10. Januar 2008 über 50 deutsche und dänische Kolleg_innen mit ihren Taxen den Grenzübergang Padberg dicht gemacht und die Abschaffung der Kontrollen verlangt.

Dabei ist es keinesfalls strafbar, Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus im Inland zu transportieren — lediglich die Grenzfahrt ist unter Strafe gestellt. Vorteilhaft wäre es natürlich, wenn im Falle einer polizeilichen Befragung als Fahrtziel eine Registrierungs- oder Polizeidienststelle angegeben wird, wie es Art.31 Abs.1 GK verlangt.

Generell lässt sich wohl sagen, dass die günstigste Chance in einem „Schleuserverfahren" davonzukommen, die Einstellung des Verfahrens wegen Geringfügigkeit nach §153 StPO darstellt. Alles andere muss konfliktreich durch die Instanzen verteidigt werden. Was generell in Strafverfahren klar sein sollte: „Anna und Arthur halten's Maul!", stellt sich bei der Fluchthilfe jedoch als problematisch heraus. Denn die Asylsuchenden sind im Antragsverfahren unter Strafandrohung verpflichtet, über ihre Identität und den Reiseweg wahrheitsgemäß Auskunft zu geben. Strafverteidiger_innen fordern daher aus dem Verbot des Zwangs zur Selbstbelastung ein Verwertungsverbot der Angaben aus dem Asylverfahren für den Strafprozess.

Verfolgungsaufwand

Zwei französische Taxifahrer und ein Pizzalieferant aus Freiburg saßen schließlich 2014 am Rande der Anklagebank, als das Landgericht Essen in einem groß aufgedunsenen Strafverfahren wegen gewerbs- und bandenmäßigen Einschleusens von insgesamt 270 syrischen Staatsangehörigen verhandelte. Die Geschleusten, die mit den Hauptangeklagten teils verwandt oder diesen als ehemalige Nachbar_innen persönlich bekannt waren, alle Asyl beantragten und überwiegend auch erhielten, aber wegen der restriktiven Kontingentregelung 2011 keine Chance zur legalen Einreise in die BRD hatten, bedankten sich in der Verhandlung bei den Angeklagten für ihre Rettung. Obwohl viel Geld geflossen war, konnte das Gericht lediglich 300 Euro feststellen, die nicht unmittelbar für die Flucht aufgewendet wurden. Es nutzte nichts: Am Ende des sechswöchigen Prozesses wurde ein Teil der Angeklagten zu Haftstrafen von jeweils drei Jahren verurteilt, drei weitere erhielten Bewährungsstrafen und Geldauflagen (in einem Fall 110.000 Euro). Der Bundesgerichtshof hielt das Urteil, obwohl das Bundesverfassungsgericht in einem anderen Fall die strafbefreiende „notstandsähnliche Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit, angesichts einer bestehenden Verfolgungssituation die für die Einreise erforderlichen Formalität zu erfüllen," für anerkennungsfähig gehalten hatte. Nun muss es selbst entscheiden — mehrere Verfassungsbeschwerden wurden anhängig gemacht.

Mehr noch als juristischen Argumentationsstoff aber offenbarte das Verfahren das tatsächliche Ausmaß der gegen die Staatsbedrohung von Fluchthelfer_innen in Stellung gebrachten Überwachungstechnologie: Ab 2011 hatte die Unterabteilung Terrorismus des BND im Auftrag der Bundespolizei im Rahmen der strategischen Fernmeldeaufklärung die Telefon- und Internetverbindungen zahlreicher Verdächtiger abgehört und damit Kosten zwischen 4.000 und 10.000 Euro pro Person verursacht, die den Beschuldigten als Verfahrenskosten auferlegt wurden.

Tatsächlich dürfte der Einsatz von Telefonüberwachung und anderen verdeckten Aufklärungsmaßnahmen zum üblichen Strafverfolgungsinstrumentarium gegen Schleuser_innen gehören, denn nach §§100a Abs.2 Nr.4 und 5 sowie 100c Abs.2 Nr. 2 und 3 StPO gehören die Straftatbestände der Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung (§§84 Abs.3 und 84a Abs.1 AslyVfG) sowie des Einschleusens von Ausländern (§§96 Abs.2, 97 AufenthG) zum Erlaubniskatalog, der den Einsatz von Telekommunikations- und Wohnraumüberwachung ebenso rechtfertigt wie den Einsatz von Verdeckten Ermittlungspersonen oder IMSI-Catchern.

BGH: „billigenswerte, ja edle Motive"

Während an den deutschen Binnengrenzen wieder verstärkt Grenzschützer_innen patrouillieren werden vom Berliner Unterwelten e.V. Fluchthelfer_innen geehrt, deren Image besser nicht sein könnte. Dabei geht es allerdings um Menschen, die zwischen 1961 und 1984 insgesamt 300 DDR-Bürger_innen durch Tunnelanlagen zur Flucht nach Westberlin verhalfen. Zu einer Zeit, als die Bundesrepublik bei der Beschaffung von Passfälschungen assistierte und die Kosten westdeutscher Fluchthilfe von der Steuer abgesetzt werden konnten, hielt es der BGH in einem Urteil vom 19. September 1977 keinesfalls für sittenwidrig, wenn sich die Fluchthelfer_innen für ihr Risiko bezahlen ließen: Es sei nicht in jedem Fall anstößig, eine Hilfeleistung, „selbst für einen Menschen in einer Notlage, von einer Vergütung abhängig zu machen." — In der Regel belief diese sich auf 13.000 bis 20.000 DM. In dem 2014 vor dem Landgericht Essen verhandelten Fall waren es nur 300 Euro gewesen, was als notwendiges Indiz für die Unterstellung von Gewinnabsichten herhalten musste.

Die inzwischen selbst von der Strafverfolgung wegen des öffentlichen Aufrufs zu Straftaten betroffenen Kunst-Aktivist_innen des Berliner „Peng! Kollektiv", die mit Plakaten und Mobi-Videos für private Fluchthilfe werben, lassen einen dieser Fluchthelfer zu Wort kommen. Der Mann heißt Dr. Burkhart Veigel, erhielt für seine Fluchthilfetätigkeit das Bundesverdienstkreuz am Bande und macht deutlich, worauf es ankommt: „Was der Staat sagt, wäre mir sowas von egal! [...] Ich finde auch diese ganzen Dublin-Gesetze völlig blödsinnig. [...] Wir haben uns damals überhaupt nicht darum gekümmert, ob es legal war, was wir tun."•

TITEL

Im September 2015 trafen sich die Innenminister der EU zu einer Sondersitzung zum Thema Flüchtlingspolitik. Die dort diskutierten Vorschläge der EU-Kommission zur Verteilung von Asylsuchenden in Europa sind realitätsfern und menschenrechtlich höchst problematisch.

EU-Flüchtlingspolitik

Kommission drängt auf „Hot Spots" und Zwangsverteilung

PRO ASYL

Am Sonntag, den 13. September 2015, beschloss die Bundesregierung, innereuropäische Grenzkontrollen an den südlichen Grenzen einzuführen, um aus Ungarn und Österreich nach Deutschland reisende Flüchtlinge abzuwehren. Damit sollte vor dem Treffen der EU-Innenminister Druck auf andere EU-Staaten ausgeübt werden, damit diese die von der EU-Kommission vorgeschlagenen, von Deutschland unterstützten asylpolitischen Maßnahmen akzeptieren — auf dem Rücken der Betroffenen.

Die Pläne der Kommission im Überblick

Die EU-Kommission schlägt den Mitgliedsstaaten aktuell vor, in den EU-Randstaaten so genannte Hot-Spot-Zentren festzusetzen. In diesen „Brennpunkten" sollen ankommende Flüchtlinge festgesetzt, registriert und einem Screening unterzogen werden. Beamte von Frontex und dem Europäischen Asylunterstützungsbüro EASO sollen die Behörden vor Ort bei der Identitätsfeststellung unterstützen. Der Kommission zufolge stehen die „operativen Planungen" für Italien und Griechenland kurz vor dem Abschluss: die beiden ersten Hotspot-Systeme sollen in Kürze betriebsbereit sein.

Aus Sicht der Kommission dienen die Hot-Spots als eine Art Verteilungsstation zur Umsiedlung von Flüchtlingen in weitere EU-Staaten. Während Flüchtlinge bislang im Rahmen des Dublin-Systems in dem EU-Randstaat, in dem sie angekommen sind, bleiben müssen, sieht das von der Kommission vorgeschlagene Konzept vor, dass zumindest ein Teil der Flüchtlinge in andere EU-Staaten weiterverteilt wird. Das klingt angesichts der katastrophalen Situation in Griechenland, Ungarn oder Italien nicht gänzlich unvernünftig.

Realitätsfernes und unmenschliches Konzept

Tatsächlich ist das Konzept jedoch realitätsfern und menschenrechtlich höchst problematisch. Realitätsfern, da nicht absehbar ist, dass die Kommission ihr Modell, Flüchtlinge gemäß einer Quotenregelung auf die EU-Staaten zu verteilen, gegenüber den Mitgliedsstaaten überhaupt durchsetzen kann. Schon der Vorschlag, insgesamt 40.000 Schutzsuchende aus Italien und Griechenland auf die anderen EU-Staaten zu verteilen, erntete massiven Widerspruch einiger EU-Staaten, die nicht bereit waren, mehr Flüchtlinge als bisher aufzunehmen. Nach ernüchternden Verhandlungen zeigten sich die Mitgliedstaaten bereit, auf freiwilliger Basis rund 32.000 Flüchtlingen Relocation-Plätze anzubieten.

Dass die Kommission jetzt insgesamt eine Notumsiedlung von 120.000 Flüchtlingen aus Griechenland, Ungarn und Italien vorschlägt, ist daher ambitioniert. Großbritannien und osteuropäische Länder, allen voran Ungarn, haben bereits ihre Ablehnung kundgetan. Zugleich ist die angepeilte Zahl von 120.000 Relocation-Plätzen lächerlich gering: In Griechenland sind bis Ende August über 250.000 Menschen angekommen — nach den Plänen der EU-Kommission sollen nur 50.400 von ihnen auf andere EU-Staaten verteilt werden. In Ungarn sind mehr als 150.000 angekommen — 54.000 sollen verteilt werden.

Internierungslager in den EU-Randstaaten?

Unmenschlich ist das Konzept aus mehreren Gründen. Zum einen dürfte es dazu führen, dass Flüchtlinge in EU-Randstaaten unter menschenunwürdigen Bedingungen in großen Lagern interniert werden. Denn ganz offensichtlich sollen die Hot-Spots der Flüchtlingsabwehr dienen — wie das Dublin-System dürften sie dafür sorgen, dass Flüchtlinge am Rande der EU ausharren müssen, sodass sich die EU-Randstaaten motiviert sehen, Schutzsuchende an ihren Grenzen brutal abzuwehren.

Aus den Hot-Spots in andere EU-Staaten umgesiedelt werden sollen lediglich Schutzsuchende aus Ländern mit einer durchschnittlichen EU-weiten Anerkennungsquote von 75 Prozent. Aktuell beträfe das syrische, eritreische und irakische Flüchtlinge. Menschen, die aus Afghanistan fliehen, wo sich die Sicherheitslage zunehmend verschlechtert, wären von der Umsiedlung bereits ausgenommen. Ein großer Teil der in den Hot Spots internierten wird daher keine Chance haben, die Hot-Spot-Zentren

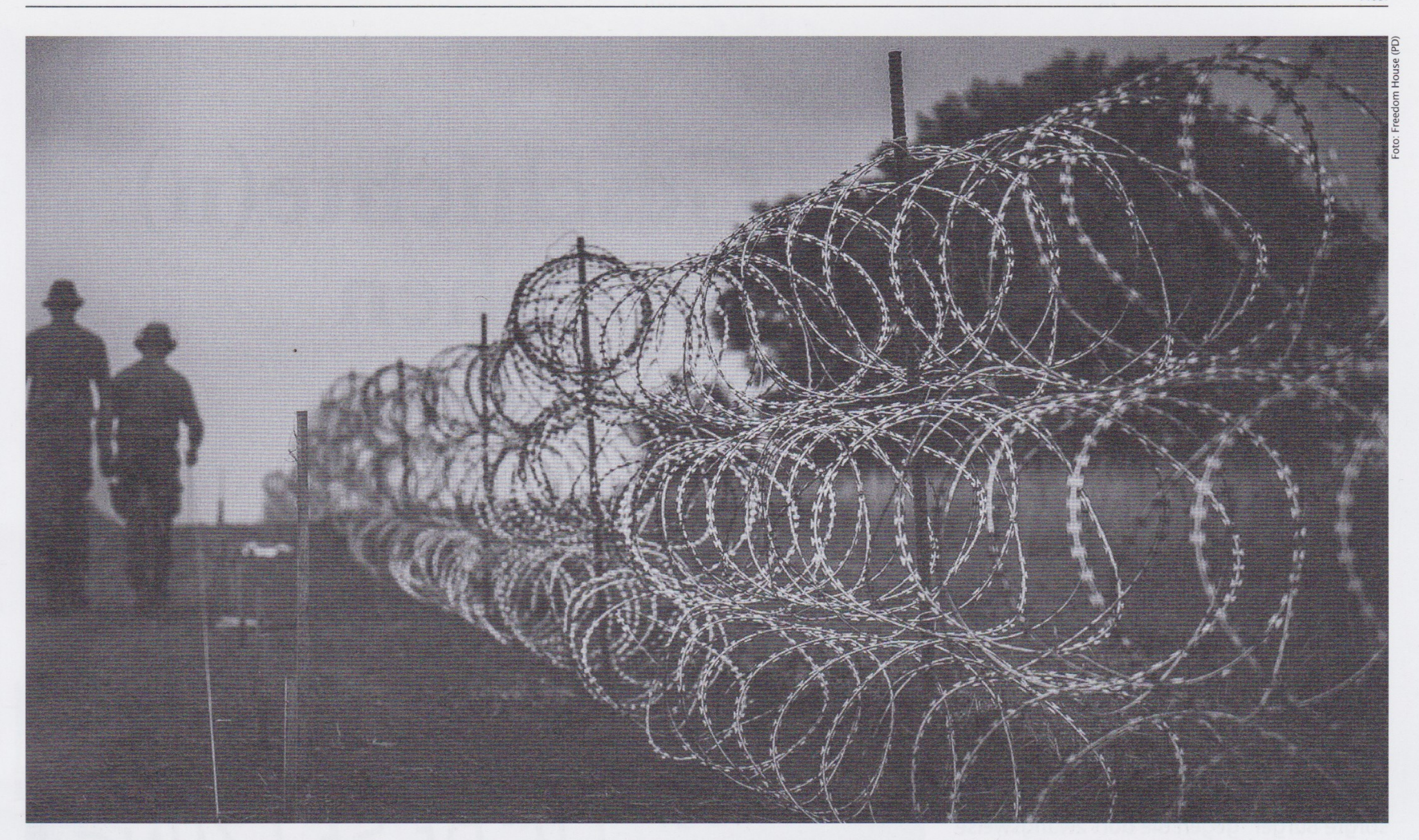


Foto: Freedom House (PD)

zu verlassen — es sei denn im Rahmen einer „Rückführung".

Forcierte „Rückführungspolitik"

Wer keine Chance auf eine Umsiedlung hat, soll möglichst schnell abgeschoben werden. Das soll eine EU-weite Liste „sicherer Herkunftsländer" erleichtern, um im Schnellverfahren Asylanträge ablehnen und Abschiebungen anordnen zu können. Zunächst schlägt die Kommission vor, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien in eine solche Liste aufzunehmen, auch die Türkei war bereits im Gespräch. Bedroht ist damit der Kern des Flüchtlingsrechts, die Einzelfallprüfung im Asylverfahren. Zugleich soll die „Rückführungspolitik" auf EU-Ebene forciert werden. Denn für die Hot Spots gilt: Es „soll verhindert werden, dass Antragsteller, bei denen unwahrscheinlich ist, dass ihr Antrag auf Asyl genehmigt wird, umgesiedelt werden und dass sich auf diese Weise ihr Aufenthalt in der EU verlängert", so die Kommission. Zudem soll das Mandat von Frontex für Rückführungseinsätze gestärkt werden. Unter anderem werde die Schaffung von „Frontex-Schnelleingreifteams für Rückführungen" in Erwägung gezogen.

Zwangsverteilung ist keine Lösung!

Selbst diejenigen Flüchtlinge, die auf Umsiedlung hoffen können, werden im Rahmen des Konzepts in Massenlagern unter menschenunwürdigen Bedingungen ausharren müssen, bis das Auswahlverfahren abgeschlossen und die Überstellung in einen Mitgliedstaat erfolgt ist. Zwar wird ihnen durch die Umsiedlung die gefährliche Fluchtroute über die Balkanstaaten erspart — auf die Frage, in welchen Mitgliedstaat sie verteilt werden, werden die Betroffenen aller Voraussicht nach keinen Einfluss nehmen können.

Daher ist weiterhin damit zu rechnen, dass Flüchtlinge ihr legitimes Interesse, dort Schutz zu suchen, wo sie soziale Anknüpfungspunkte und gute Integrationschancen haben, nur durch illegalisierte Weiterflucht verfolgen können. Die Zwangsverteilung aus den Hot Spots heraus auf andere Mitgliedstaaten wird daher dazu führen, dass Flüchtlinge in Europa weiterhin an den Binnengrenzen der Union auf brutale Abwehr stoßen, Opfer von Schleppern werden, von den EU-Staaten wie Stückgut hin- und hergeschoben werden und immer wieder in menschenunwürdigen Verhältnissen landen. Auch der Konflikt zwischen den EU-Staaten, die jeweils versuchen, die Verantwortung für Flüchtlinge auf jeweils andere EU-Länder abzuwälzen, wird daher kaum entschärft werden.

Free Choice! Für die freie Wahl des Asyllandes

PRO ASYL tritt mit der Diakonie Deutschland, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, der Arbeiterwohlfahrt, dem Jesuiten-Flüchtlingsdienst, dem Deutschen Anwaltsverein, dem Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein, der Neuen Richtervereinigung und der Rechtsberaterkonferenz daher für eine Regelung ein, die es den Flüchtlingen ermöglicht, ihren Asylantrag im Land ihrer Wahl zu stellen (Erstes Memorandum von 2013, Neuauflage 2015).

So wichtig eine solidarische Regelung auch ist, die alle Mitgliedstaaten gemäß ihrer Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft in die Pflicht nimmt: Ungleichgewichte zwischen den EU-Staaten müssen endlich durch Finanztransfers ausgeglichen werden — nicht durch das zwangsweise Hin- und Herschieben von Menschen. •

TITEL

Vergessene Geschichte(n) antirassistischen Widerstands

HEIKE KLEFFNER

24. August 2015 in Leipzig: Während vor dem zur Flüchtlingsunterkunft umfunktionierten Baumarkt in Heidenau in der zweiten Nacht in Folge Neonazis und „besorgte Bürger" gegen die dort zwangsweise untergebrachten Geflüchteten aufmarschieren, weigern sich 150 Flüchtlinge in Leipzig-Connewitz, in Busse zu steigen, mit denen sie nach Heidenau umverteilt werden sollen. Solidarische Unterstützer_innen blockieren die Abfahrt der Busse so lange, bis die Verhandlungen zwischen Polizei, Landesdirektion und Landtagsabgeordneten im Sinne der Geflüchteten ein erfolgreiches Ergebnis haben. Drei Tage lang bleiben die Geflüchteten in der baufälligen HTKW-Turnhalle in Leipzig-Connewitz, Unterstützer_innen errichten mit der Initiative „Refugees Welcome" ein Protestcamp auf dem Gelände und begleiten auch den weiteren Protest der Geflüchteten, die auf eine menschenwürdige Unterbringung beharren und sich deshalb auch weigern, in eine Massenunterkunft innerhalb Leipzigs verlegt zu werden. Am Ende einer Woche voll Widerstand können dreißig Geflüchtete aus der Turnhalle in ein ehemaliges Lehrlingswohnheim nach Dölitz umziehen. Seitdem werden einige von ihnen weiter von solidarischen Gruppen begleitet.

5. November 2015 in Göttingen: „Refugees Welcome"-Transparente am ehemaligen DGB-Haus an der Oberen Maschstraße machen die Forderungen der Besetzer_innen schon deutlich: Menschenwürdigen Wohnraum für Geflüchtete und andere von Wohnungsnot Betroffene zu schaffen und den Protest gegen die Verschärfung der Asylgesetzgebung an die Öffentlichkeit zu tragen. Während an anderen Orten antirassistische Besetzungen schnell wieder geräumt wurden — mit Ausnahme der seit Ende 2012 von Geflüchteten besetzten Schule in der Ohlauer Straße in Berlin-Kreuzberg — scheint die strategische Wahl eines DGB-Objekts den Besetzer_innen in Göttingen zumindest etwas mehr Spielraum zu verschaffen.



Foto: Umbruch Bildarchiv

Der Protest der Geflüchteten in Leipzig, die Besetzung der #OHM10 in Göttingen sind keine Einzelfälle: Widerstand bestimmt den Alltag der Geflüchteten: in den Herkunftsländern, auf den Fluchtrouten und im Alltag in Deutschland.

Die Unterstützung dieses Widerstands prägte — ähnlich wie heute — den Alltag vieler Menschen in antifaschistischen und antirassistischen Zusammenhängen. Doch die Formen antirassistischer und antifaschistischer Solidarität mit dem Widerstand von Geflüchteten in den frühen 1990ern

Jahren sind im Kanon der Erzählung autonomer antifaschistischer Geschichte nicht verankert.

Ein Blick zurück: Das „Antirassistische Zentrum" in Berlin 1991

Das riesige Transparent an der gläsernen Außenfassade der Technischen Universität (TU) Berlin fiel schon von weitem auf: „Antirassistisches Zentrum" und „Keine Zwangsverteilung von Flüchtlingen" lauteten die Botschaften. Im Oktober 1991 besetzten Aktivist_innen aus autonomen antirassistischen und antifaschistischen Gruppen den dritten Stock des Mathegebäudes der TU und gründeten dort ein Antirassistisches Zentrum.

Dessen Ziele: Einerseits einen konkreten Schutzraum für alle Asylsuchenden zu schaffen, die aus Angst vor rassistischen Angriffen aus den damals noch sehr neuen Bundesländern nach Berlin flohen. Und andererseits durch die Besetzung so viel politischen Druck wie möglich zu erzeugen, um das System der Zwangsverteilungen und Residenzpflicht zu stoppen.

Die Besetzung des Antirassistischen Zentrums in Berlin oder der Shalom-Kirche in Norderstedt, die politischen Forderungen der Flüchtlinge und das faktische Scheitern dieses Versuchs, durch Flüchtlingswiderstand eine Bresche in das deutsche Asylregime zu schlagen, liegen inzwischen knapp 25 Jahre zurück. Die Parallelen zu den Kämpfen der Geflüchteten heute zeigen eine erschreckende Kontinuität: wie Asylsuchende seit zwei Jahrzehnten durch das ordnungspolitische Festhalten an einem System von Abwehr und Exklusion, von Entrechtung, Zwangsverteilung, Residenzpflicht und Asylbewerberleistungsgesetz zu Unerwünschten im rechtlichen und geografischen Niemandsland erklärt werden. Und auch die Vorgeschichte des Antirassistischen Zentrums hat aktuelle Parallelen: die rassistische Mobilisierung gegen Flüchtlinge in den frühen 1990er Jahren.

Die Vorgeschichte des Antirassistischen Zentrums

Der Kern der autonomen Besetzer_innen des Antirassistischen Zentrums in Berlin hatte sich im August 1991 durch die Unterstützung von Flüchtlingen und ehemaligen Vertragsarbeiter_innen aus Hoyerswerda zusammengefunden. Nach den ersten Berichten über die beginnende Pogromstimmung in Hoyerswerda Mitte August 1991[1] vor dem Heim der mosambikanischen Vertragsarbeiter_innen war ein erster Konvoi autonomer Antifaschist_innen und antirassistischer Aktivist_innen in die sächsische Kreisstadt gefahren.

Es gab einige Gespräche mit Vertragsarbeiter_innen und Flüchtlingen, die deutlich machten, dass sie nicht länger in Hoyerswerda bleiben wollten. Konfrontationen mit dem rassistischen Mob fanden allerdings nicht statt. Und genau darin lag eine Schwäche der gesamten Mobilisierung. Bürgerliche und kirchliche Bündnisse sowie einige überregionale Medien appellierten stattdessen an die Polizei und politisch Verantwortlichen in Sachsen, die rassistischen Angriffe zu unterbinden. Und auch viele antifaschistische und antirassistische Aktivist_innen gaben sich zu diesem Zeitpunkt noch der Illusion hin, dass die Exekutive tatsächlich im Sinne der Angegriffenen handeln würde. Erst nach der Vertreibung der Flüchtlinge und Vertragsarbeiter_innen zwischen dem 19. bis 21. September 1991 aus Hoyerswerda, machten sich autonome Aktivist_innen aus Berlin wieder auf den Weg nach Sachsen, um die Flüchtlinge, die von Polizeibeamten in völlig abgelegenen Unterkünften in Weißwasser und Meißen zum Teil gegen ihren erklärten Widerstand einfach abgeladen worden waren, zu suchen und ihnen Unterstützung anzubieten. Innerhalb von zwei Tagen nutzten 48 Flüchtlinge diese Angebote, um Sachsen zu verlassen und nach Berlin zu fliehen — wo sie in autonomen Hausprojekten und besetzten Häusern eine erste Unterkunft fanden.

Im Oktober 1991 besetzten dann Aktivist_innen der „Koordination Autonomer Flüchtlingsgruppen" die Passionskirche am Marheinekeplatz in Berlin-Kreuzberg. Die Forderungen: eine sofortige Aufnahmegarantie für die Geflohenen in Berlin und Sozialleistungen an ihrem aktuellen Aufenthaltsort. Bis zu einer politischen Entscheidung des Berliner Senats sollte die evangelische Kirche den Flüchtlingen eine gemeinsame Unterbringung ohne Zersplitterung der Gruppe gewährleisten. Die Hoffnung der Besetzer_innen: mit Hilfe der Kirchen und bürgerlicher Bündnispartner_innen diese Forderungen durchzusetzen. Tatsächlich bot die evangelische Landeskirchenleitung eine Woche später den Geflüchteten aus Hoyerswerda die Villa des verstorbenen Bischofs Kurt Scharf in Dahlem als Unterkunft an. Die Nachbar_innen in Dahlem gründeten daraufhin erst einmal eine Bürgerinitiative gegen die Flüchtlinge. Es bleibt unklar, ob der Druck der Bürgerinitiative oder die zähen Verhandlungen der Geflüchteten mit Kirchen- und Senatsvertretern Ausschlag gebend waren. Jedenfalls verließen die Binnenflüchtlinge nach nur drei Wochen Aufenthalt die bischöfliche Villa in Dahlem wieder: Sie hatten vom Berliner Senat eine auf zunächst zwei Monate befristete „vorläufige Aufenthaltsgenehmigung" in Berlin erhalten und wurden nach Herkunftsländern aufgeteilt in Gruppen in mehreren Flüchtlingsheimen in innerstädtischen Bezirken untergebracht.

Der rassistische Flächenbrand nach Hoyerswerda und die Kämpfe der Binnenflüchtlinge

Die Botschaft von Hoyerswerda, dass es keinerlei staatlichen Schutz für Flüchtlinge und Migrant_innen geben würde und damit verbunden auch keinerlei Strafverfolgung für rassistische Täter_innen, breitete sich wie ein Flächenbrand aus: 1.483 „rechtsextreme Gewalttaten" registrierte das Bundeskriminalamt (BKA) am Ende des Jahres 1991, 1992 stieg die Zahl um mehr als das Doppelte auf 2.584. Angesichts der massiven Dunkelfelder bei rechten Gewalttaten in den frühen 1990er Jahren muss man davon ausgehen, dass diese Zahlen nur einen winzigen Ausschnitt der Realität widerspiegeln.

Rassistische Gelegenheitstäter_innen und organisierte Neonazis griffen an jedem Wochenende Flüchtlingsunterkünfte an und entsprechend leisteten Flüchtlinge aus westdeutschen Sammelunterkünften häufig schon bei ihrer erzwungenen Abfahrt in ostdeutsche „Dschungelheime" kollektiven Widerstand gegen die Zwangsumverteilung. Gleichzeitig flohen mehr und mehr Zwangsverteilte aus den ostdeutschen Heimen auf eigene Faust nach Berlin und suchten dort



Foto: Umbruch Bildarchiv

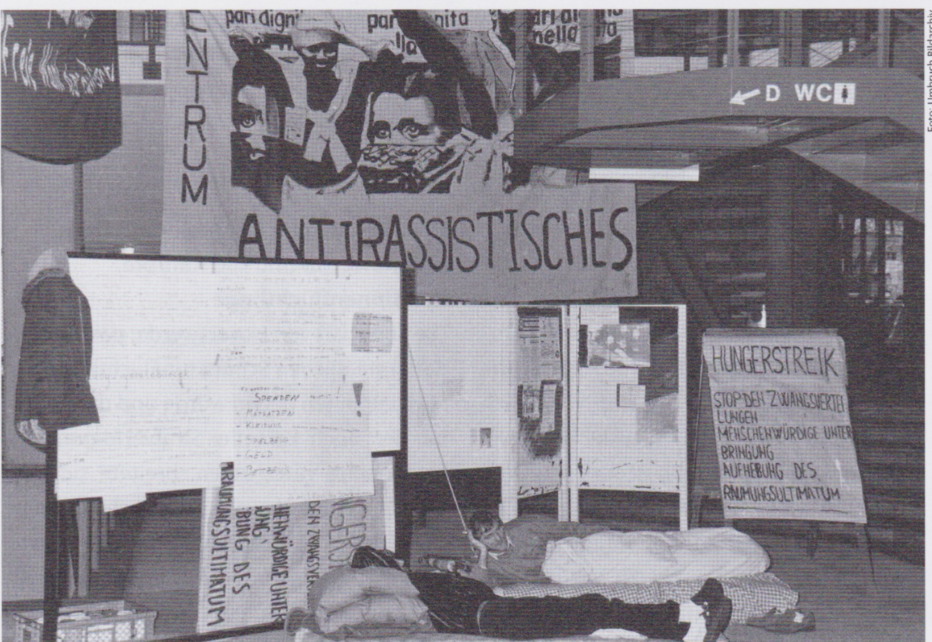


Foto: Umbruch Bildarchiv

Kontakt zu der Gruppe der Hoyerswerda-Flüchtlinge und ihren autonomen Unterstützer_innen. Um auf die rechtlich und materiell völlig prekäre Situation dieser Doppel- oder Binnenflüchtlinge aufmerksam zu machen und gleichzeitig tatsächliche Schutzräume zu schaffen, kam es schlussendlich zur Besetzung in der TU Berlin und der Gründung des „Antirassistischen Zentrums" (ARZ). An der Besetzung waren von Anfang an kurdische, türkische, iranische und palästinensische Migrant_innenorganisationen ebenso beteiligt wie autonome Aktivist_innen aus der unabhängigen Antifa-Bewegung und aus antirassistischen Gruppen.

Innerhalb weniger Wochen wuchs die Zahl der Geflüchteten, die im ARZ Schutz suchten auf mehr als einhundert Frauen, Männer und Kinder. Sie kamen vor allem aus den damaligen Krisen- und Bürgerkriegsstaaten, aus Militärdiktaturen oder flohen vor Folter und Haft in der Türkei wie viele kurdische Aktivist_innen der frühen 1990er. Oder sie hofften, in Deutschland als Roma der Diskriminierung, rassistischen Gewalt und den Pogromen in Bulgarien und Rumänien der Nachwendezeit zu entkommen. Trotz vieler Differenzen — in Sprachen, Geschlecht, Alter, persönlichen Gründen für die Flucht nach Deutschland, politischer Organisierung im Herkunftsland und in Deutschland — gelang es, durch ein tägliches Plenum mit vielen Dolmetscher_innen unterschiedlichster Herkunft einen gemeinsamen Entscheidungsraum für alle Bewohner_innen zu schaffen. Hier wurden auch die politischen Aktionen der Folgemonate entschieden. „In den Flüchtlingsheimen, aus denen wir geflohen sind, gab es keine Sicherheit. Jeden Tag haben wir mit der Angst gelebt, den Tag nicht zu überleben. Wir sind aus unseren Ländern vor dem Tod geflohen. Hier haben wir erst Recht keine Lust zu sterben" erklärten die Besetzer_innen. „Hier in der TU glauben wir endlich einen Ort gefunden zu haben, von wo aus wir unsere Stimme an die Öffentlichkeit richten können."[2]

Solidarität und Abwehr

Innerhalb der Universität waren die Reaktionen sehr unterschiedlich: Materielle und politische Unterstützung kam fast ausschließlich vom Asta. Das Studentenwerk, das anfangs täglich eine kostenlose Mahlzeit für 25 Besetzer_innen anbot, beendete die Unterstützung nach einem knappen Monat. Dennoch gelang es durch Spenden knapp sechs Monate lang, die Versorgung der zeitweise mehr als 150 Bewohner_innen zu sichern, die in elf Seminarräumen lebten — aufgeteilt nach Familienzusammenhängen, Herkunftsländern und Sprachräumen.

Aber auch 25 Hochschullehrer_innen solidarisierten sich in einer namentlichen Erklärung und forderten vom CDU/SPD-Senat ein Bleiberecht für die Besetzer_innen in Berlin. Ambivalenter war die Haltung des TU-Präsidiums gegenüber den Besetzer_innen: „Die Leitung der Technischen Universität hat den Senat der Stadt aufgefordert, sich um eine angemessene und sichere Unterbringung der rund 60 auf dem Campus der Hochschule lebenden Flüchtlinge zu kümmern. Die TU selbst könne die Situation nicht grundlegend ändern, hieß es in einer am Dienstag verbreiteten Pressemitteilung" berichtet die taz beispielsweise knapp einen Monat nach Beginn der Besetzung.[3] Gleichzeitig versuchte das TU-Präsidium aber auch wiederholt unter Verweis auf die „unhaltbaren Zustände" und mit der Androhung einer polizeilichen Räumung, die Besetzer_innen zum Auszug aus dem

Mathegebäude zu bewegen. 44 Flüchtlinge reagierten auf das Ultimatum des TU-Präsidiums und die Verweigerungshaltung des Berliner Senats im November 1991 mit einem zunächst befristeten Hungerstreik und konnten so eine Räumung verhindern. Schlussendlich verzichtete das TU-Präsidium auf eine Räumung, die Verhandlungen um alternative Räume innerhalb der TU blieben aber erfolglos.



Foto: Umbruch Bildarchiv

Schwierige Verhältnisse

Die Hoffnungen der Besetzer_innen und ihrer Unterstützer_innen auf eine schnelle politische Lösung wurden ebenso schnell enttäuscht. Der Stress, auf engem Raum mit vielen unterschiedlichen Menschen zu leben — von denen lediglich eine Minderheit Erfahrung in politischen Organisationen hatte — und die Ungewissheit, wie ihre Zukunft aussehen würde, zehrten an den Nerven aller Beteiligten. Autonome Gruppen, die sich nicht an dem Unterstützungsnetzwerk beteiligten, kritisierten zudem, dass innerhalb weniger Wochen ein „autonomes Flüchtlingsheim" entstanden sei, dessen politische Forderungen von Woche zu Woche in einer breiten Öffentlichkeit weniger Gehör fanden. Die Konflikte im Inneren des ARZ eskalierten zum Jahreswechsel 1991/1992 nach einer Vergewaltigung bei einer Sylvesterparty.

Danach teilte sich das zuvor gendergemischte Flüchtlings- und Unterstützer_innen-Plenum in ein Frauen-Plenum, ein Männer-Plenum und ein gemischtes Plenum und die Besetzer_innen und ihre Unterstützer_innen intensivierten ihre Suche nach einer „Exit"-Strategie — immer noch in der Hoffnung auf eine angemessene Lösung für alle. So wurde schließlich im Februar durch die Besetzung der SPD-Parteizentrale ein Gespräch mit dem damaligen SPD-Landesvorsitzenden Walter Momper, weiteren Vertreter_innen der SPD-Führung und der damaligen Integrationsbeauftragten des Senats, Barbara John (CDU), durchgesetzt. Mit zweifelhaftem Ergebnis: Momper warf den Flüchtlingen vor, sie „inszenierten eine Schau für die Öffentlichkeit", ihre Forderungen seien „unseriös" und „ein bisschen hohl".[4] Wenige Tage später betonte Sozialsenatorin Ingrid Stahmer (SPD), sie lehne ein generelles Bleiberecht für die im ARZ lebenden Flüchtlinge ab. »Eine freie Ortswahl für Asylbewerber kann es nicht geben« erklärte die SPD-Politikerin weiterhin.[5]

Zersplitterung am Schluss

Knapp vier Monate nach Beginn der Besetzung nahmen 40 vor allem aus Bulgarien und Rumänien stammende Besetzer_innen mit ihren Familien ein Angebot der evangelischen Kirche an und zogen als Gruppe in ein Flüchtlingsheim nach Rangsdorf, einem brandenburgischen Dorf. Die Mehrheit der Besetzer_innen hatte das Angebot energisch als „Spaltungsangebot" abgelehnt.

Am Ende waren es eine Besetzung des Roten Rathauses durch rund 70 Flüchtlingsfrauen, -kinder und Unterstützer_innen des ARZ sowie Solidaritätsaktionen im Bundesgebiet, die Mitte März 1992 schließlich zur letzten Verhandlungsrunde mit dem Berliner Senat führten. Sichtlich zermürbt gingen die letzten 100 Besetzer_innen schließlich auf die Forderung des Innensenats ein, individuelle Einzelanträge auf eine Aufnahme ins Asylverfahren in Berlin zu stellen — um dann in kleineren Gruppen in Berliner und Brandenburger Flüchtlingsheimen untergebracht zu werden.

Ein kollektives Happy End gab es für die Gruppe aus Hoyerswerda und für die ARZ-Besetzer_innen trotz zahlreicher Unterstützungs-Aktionen[6] nicht. Vielen aus der Gruppe aus Hoyerswerda und einigen Flüchtlingen aus der Kerngruppe des ARZ gelang es aber — auch aufgrund ihrer Freundschaften zu autonomen Untersützer_innen — sich eine Zukunft in Deutschland oder in anderen EU-Staaten zu sichern. Einige wanderten weiter. Gemeinsam sei ihnen allen gewesen, erinnerte sich Emmanuel N. aus Ghana vor fünf Jahren anlässlich eines Besuchs in Hoyerswerda mit ehemaligen Unterstützer_innen und Freund_innen, dass „wir uns unser Leben nicht haben aus der Hand nehmen lassen." •

Eine Langfassung des Textes findet sich unter: www.antifainfoblatt.de

1 Erst Monate später stellte sich heraus, dass sich schon am 1. Mai 1990 mosambikanische Vertragsarbeiter in Hoyerswerda über hundert Angreifern gegenüber sahen, die zwei Mosambikaner schwer verletzten. Am 3. Oktober 1990 kam es dann zum ersten Angriff auf ein Wohnheim der Vertragsarbeiter. **2** Antirassistisches Zentrum, Reader zum Städtetreffen, „Redebeitrag der Flüchtlinge auf der Bündnis-Demo am 9. November 1991", S. 6 **3** „TU fordert Senat zum Handeln auf", die taz Berlin lokal vom 21.11.1991 **4** Jeannette Goddar, „SPD hat keine Lösung für TU-Besetzung", taz Berlin vom 1.2.1992 **5** TU Besetzung: Eine Lösung muss her; taz Berlin vom 4.2.1992 **6** Nachzulesen in der Dokumentation „6 Monate Flüchtlinge in der TU Berlin — Materialien zur Auswertung und Diskussion" (Hg. Antirassistisches Zentrum)"

NS-SZENE

„Thor Steinar“ mit Millionenumsatz

Vom Kleinunternehmen aus Brandenburg zum internationalen Firmennetz.

VON FLORIAN OSUCH UND MORITZ ELUEK

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt expandiert die bei Neonazis weiterhin beliebte Modemarke „Thor Steinar“ und erwirtschaftet sechsstellige Gewinne. In Deutschland gibt es derzeit in elf Städten eigene Geschäfte. Der in Rostock ansässige Laden „Haugesund“ muss bis Ende des Jahres 2015 ausziehen. „Haugesund“ und der kürzlich geschlossene Laden in Hannover wurden von der Thor-Steinar-Outlet-Firma „Skytec Outlets GmbH“ betrieben.

Der Trend geht jedoch nach Osteuropa. Allein in der Millionenmetropole Moskau gibt es 13 eigene Thor-Steinar-Läden und selbst im fernöstlichen Kamtschatka hat die brandenburgische Firma einen Shop eröffnet. Weitere Läden gibt es unter anderem in Bratislava, Helsinki, Kiew, London, Prag, Rom, Sankt Petersburg und Split.

Thor Steinar zählt nach Angaben von Antifaschist_innen „zu den wichtigsten identifikationsstiftenden Marken der neonazistischen Szene“, wie es in einer Infobroschüre zu Protesten gegen eine Niederlassung in Berlin-Weißensee heißt. Auch der Verfassungsschutz und zivilgesellschaftliche Organisationen sehen in „Thor Steinar“ ein Erkennungsmerkmal der rechten Szene. In einigen öffentlichen Gebäuden, an Universitäten, Schulen und in vielen Fußballstadien ist das Tragen der Marke zumindest offiziell untersagt.

Die Kleidung ist bei Neonazis unter anderem deshalb beliebt, weil die Motive nicht eindeutig als solche der rechten Szene auszumachen sind. Germanische Schriftzeichen, Wikingerästhetik oder Runenmotive sind nicht in jedem Fall rechte Merkmale. Mittlerweile verkauft die Firma Hosen, Shirts, Sportkleidung, Badesachen, Schuhe und Accessoires für Männer und Frauen. In den letzten Katalogen verzichtete die Firma erneut weitgehend auf Motive, die an rechtes Gedankengut erinnern.

Arabischer Investor

Nach Recherchen des Antifaschistischen Infoblatt ließ sich Axel Kopelke aus Königs Wusterhausen am 9. Oktober 2002 die Marke „Thor Steinar“ und ein dazugehöriges Runenlogo international registrieren. Im April 2003 wurde die „MediaTex GmbH“ mit einem Stammkapital von 25.000 Euro gegründet. Geschäftsführer wurden Axel Kopelke und Uwe Meusel. Kopelke wurden von lokalen Antifagruppen Verbindungen zur rechten Szene nachgesagt. Zur Anmietung von Ladengeschäften wurde dann die selbständige „ProTex GmbH“ gegründet, deren Geschäftsführer ebenfalls Uwe Meusel ist.

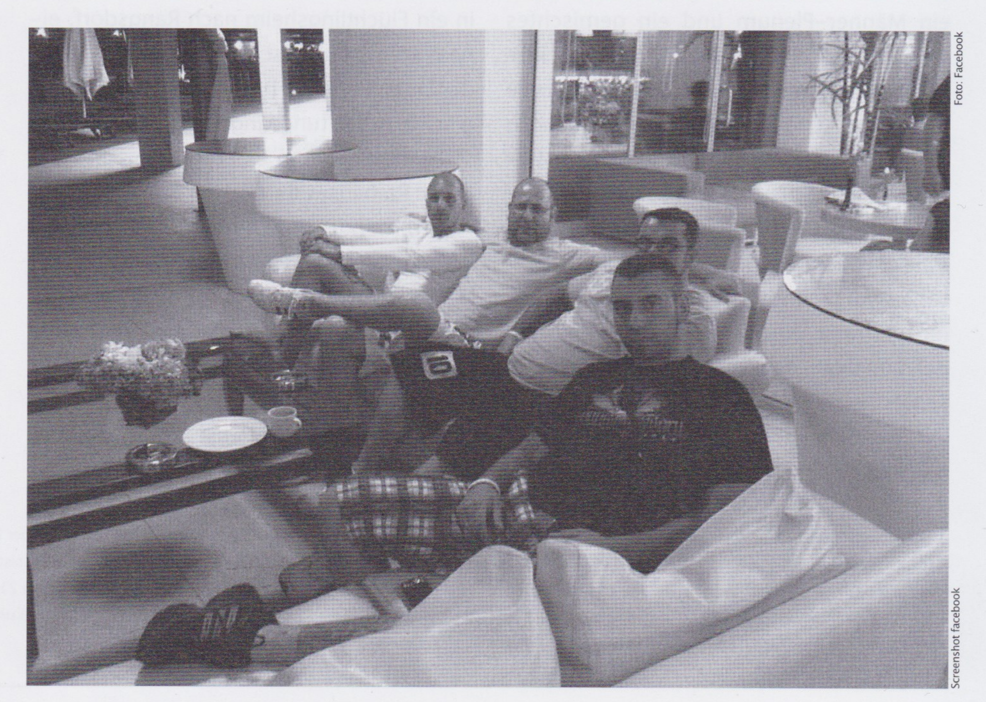


Foto: Facebook

Screenshot facebook

Udo Siegmund (2.v.l.) präsentierte sich 2011 mit Teilen der Band „Kategorie C“ in Trikala (Griechenland).



Der „Thor Steinar"-Laden in Prag

Das Thor-Steinar-Outlet-Geschäft betreibt die Firma „Skytec Outlets GmbH" von Michael Meißner. Alle drei Gesellschaften geben ihren Firmensitz in einem Gewerbegebiet in Mittenwalde bei Königs Wusterhausen im südlichen Umland von Berlin an.

Im Jahr 2009 übernahm für anderthalb Jahre eine arabische Investorengruppe die „MediaTex GmbH". Als Geschäftsführer firmierte Mohammed Aweidah von der Firma Al Zarooni Tureva. Dass zeitweilig die Gesellschaft „International Brands General Trading" (IBGT) von Faisal al Zarooni mit Sitz in Dubai Klamotten mit nordischen Bezeichnungen wie „Holmgard" (Polohemd), „Ragna" (Hose) oder „Wernulf" (Jacke) verkaufte, sorgte für Boykottaufrufe von Neonazis, auch weil die Kleidung teilweise als überteuert galt.

Mitte Januar 2010 wechselte die Firma dann wieder in einheimischen Besitz. Seitdem führt der Schweizer Marco Wäspe zusammen mit Meusel die Geschäfte der MediaTex von Mittenwalde aus. Zwar gab es keine explizite Distanzierung von der rechten Szene, wohl aber einen leichten ästhetischen Wechsel. Die neuen Designer entwarfen nur noch wenige Motive, die die rechte Kundschaft besonders ansprechen dürften. In diese Kategorie können die Kapuzenjacke „Drødning" mit der Aufschrift „Division Thor Steinar" oder die mit Runen verzierten Jacken „Runes" und „Osrun" klassifiziert werden.

Millionen Euro Umsatz

Das Geschäft mit den bei Rechten beliebten Klamotten läuft trotzdem sehr gut. Aus der Zwei-Mann-Firma ist schnell ein äußerst profitables Unternehmen erwachsen, das in den letzten Jahren zumeist einen sechsstelligen Jahresüberschuss abgeworfen hat. Den Durchbruch erlebte die MediaTex etwa in den Jahren 2007—2009. Damals stieg die Bilanzsumme von ehemals 1,3 Millionen Euro (2003) auf den bisherigen Höchstwert von 7,2 Millionen Euro im Jahr 2008. Nach einem Rückgang überschritt die MediaTex im Jahr 2013 wieder die Marke von fünf Millionen Euro.

Allein die MediaTex erwirtschaftete in den Geschäftsjahren 2005 bis 2013 insgesamt einen Gewinn in Höhe von 3,1 Millionen Euro. Der deutliche Gewinnrückgang in den Jahren 2011 und 2012 ist unter anderem mit hohen Rückstellungen zu erklären, die das Unternehmen bildete. Darüber hinaus muss erwähnt werden, dass die MediaTex inzwischen zusätzlich einen Gewinnvortrag in Höhe von knapp 2,7 Millionen Euro vor sich herschiebt. Gewinnvortrag ist ein Posten in der Bilanz, der übrig bleibt, wenn der Gewinn eines Unternehmens verteilt worden ist. Es ist Gewinn, der nicht ausgeschüttet wurde, sondern zunächst im Unternehmen verbleibt, quasi als finanzielles Polster für erwartete Ausgaben in der Zukunft. Im Fall von „Thor Steinar" wächst der Betrag von Jahr zu Jahr.

Bis zu 160 Beschäftigte sollen mittlerweile allein für die MediaTex GmbH arbeiten. Wegen des unübersichtlichen Firmengeflechts und der regelmäßigen Neueröffnungen bzw. Schließungen von Filialen sind exakte Zahlen schwer zu recherchieren.

Insbesondere in der Bundesrepublik gab es rund um die Geschäfte von „Thor Steinar" immer wieder Proteste, mehrfach demolierten Antifaschist_innen einzelne Läden. Der umstrittene Laden in Chemnitz, den die Inhaber aufgrund seiner namentlichen Ähnlichkeit zum rechten Massenmörder Anders Breivik von „Brevik" in „Tönsberg" umbenennen mussten, brannte in diesem Jahr aus. Der rechte Mob tobte in den sozialen Netzwerken, man wolle sich rächen, denn es wäre schließlich „ein Angriff auf uns". Bedeutet dies, dass sich Neonazis wieder mit der Marke identifizieren, entgegen den Boykottaufrufen?

Auch die Reaktion auf einen Angriff auf ein Ladengeschäft im sächsischen Plauen im letzten Monat kann als positive Bezugnahme auf die wachsende rechte Stimmung und deren Inhalte verstanden werden. So schreibt „Thor Steinar", dass „gewisse Gutmenschen wieder zugeschlagen haben" und dass „die permanente Desinformation 'des staatlichen Propagandaministeriums' deutliche Wirkungen bei ihren verwirrten Opfern zeigen." Sehr viel anders klingen die Reden bei PEGIDA und Co nicht, vor allem in der Wortwahl. Das Wort „Gutmensch" beispielsweise wurde bereits 2011 zum „Unwort des Jahres" erklärt, da es das ethische Ideal des „guten Menschen" in hämischer Weise aufgreift, um Andersdenkende pauschal und ohne Betrachtung ihrer Argumente zu diffamieren und als naiv abzuwerten. Der Begriff widerspricht nach Ansicht der „Unwort des Jahres"-Jury den Grundprinzipien der Demokratie, zu denen die notwendige Orientierung politischen Handelns an ethischen Prinzipien und das Ideal der Aushandlung gemeinsamer gesellschaftlicher Wertorientierungen in rationalen Diskussionen gehören.

Viele Jahre wurde auch juristisch gestritten, ob ein erstes „Thor-Steinar"-Logo we-

gen Ähnlichkeiten zu NS-Symbolen verboten werden könne. Im November 2004 waren sogar Textilien am damaligen Firmensitz in Königs Wusterhausen beschlagnahmt worden. Das Logo verschwand aus dem Sortiment. Mehrere Grundsatzentscheidungen, unter anderem des Kammergerichts Berlin (2006) und des Oberlandesgerichts Dresden (2008) erkannten jedoch keine Strafbarkeit des alten Runenlogos. Seitdem hält das Motiv wieder Einzug in die Designs von Jacken, Hosen und Gürteln und bietet auch Kunden außerhalb Deutschlands eine Produktvielfalt.

35 eigene Läden in Finnland, Großbritannien, Italien, Kroatien, Russland, der Slowakei, Tschechien und in der Ukraine betreibt die Marke, darüber hinaus gibt es in Frankreich, den Niederlanden, Dänemark und Schweden internationale Vertretungen. Niederlassungen in Österreich, Polen und Spanien wurden inzwischen wieder aufgegeben.

Von und für Neonazis?

Nicht nur ein Teil des Kundenstammes lässt sich im neonazistischen Milieu finden, auch die Personen hinter den einzelnen Läden führen in einigen Fällen ohne große Umwege in die rechte Szene. So gehören die auf der offiziellen Thor Steinar-Website beworbenen Läden in Brno, Prag und Plzeň der „IRMINSUL s.r.o.", vertreten durch Tomáš Marek, welcher gemeinsam mit Robert Fürych der RechtsRock-Band „Conflict 88" angehörte. Fürych von der „IRMINSUL s.r.o" ist ebenso Mitautor des Buches „Deset tisíc extremistù" (dt. „10 000 Extremisten"), in dem durch Interviews mit populären Personen versucht wird, „Thor Steinar" aus der rechten Ecke zu holen und RechtsRock als Form der freien Meinungsäußerung zu legitimieren. Bekanntester Interview-Partner Fürychs war Ladislav Jakl, Sekretär von Václav Klaus, der bis 2013 tschechischer Staatspräsident war. Ein kleiner Skandal, denn in Bezug auf RechtsRock-Bands äußerte Jakl sinngemäß, dass es keinen Grund gäbe, deren Texte zu überwachen, egal ob sie „gefährlich oder fehlerhaft seien".

Dass „Thor Steinar" kurzzeitig in den tschechischen Mainstream gelangte, dürfte zum einen der Unwissenheit, aber auch der fehlenden Sensibilisierung geschuldet sein. Dies mündete in absurden Anekdoten, wie dass Spieler des „FC Viktoria Plzeň" auf einer Fashion-Show 2012 die aktuelle Kollektion präsentierten oder dass der Telefon-Anbieter O2 ein Jahr später seinen Kunden 20 Prozent auf „Thor Steinar"-Kleidung anbot. Ebenfalls führt auch eine in diesem Jahr stattgefundene „Yakuza & Thor Steinar"-Fashionshow in der rechts-offenen „Coco-Bar" in Prag auf den „Original Store" der "Irminsul s.r.o." zurück, sowie eine zurückliegende Promotion-Aktion des tschechischen Vertriebs, bei der Robert Rosenberg in seinen pornographischen Filmen T-Shirts der Marke zur Schau stellte.

Einen dauerhaften Partner fand die Marke allerdings im tschechischen Kampfsport, welcher besonders in Brno durch Neonazis unterwandert ist. So sponsert „Thor Steinar" das Jetsaam-Gym in Brno, wie auch das Mixed-Martial-Arts-Event „GCF Challenge" 2014 in Prag. Der Neonazi und Kampfsportler Petr Beránek dürfte in dem Fall die Schlüsselperson sein.

2008 organisierte Tomáš Marek unter dem Label „Irminsul Crew" — zur Erinnerung, Thor Steinar wie auch Yakuza wird durch die „Irminsul s.r.o." vertrieben — Konzerte unter anderen mit „Blitzkrieg" (Chemnitz) und „Saga" (Schweden). Die „Irminsul Crew" wurde dann durch die „Barrister Crew" abgelöst, welche wiederum 2012 ein Konzert mit „Kategorie C" (Bremen) und „Pitbull Farm" (Schweden) veranstalteten, auf dem Beránek Teil der Security war. Dieser war 2008 auch Kandidat der neonazistischen Partei „Dělnická strana" (DS), an deren 1. Mai-Demonstration im gleichen Jahr Robert Fürych und Tomáš Marek teilnahmen.

Zudem stieg Beránek für das Jetsaam-Gym bei der „GCF-Challenge" in den Ring und ist in der rechten Hooligan-Gruppe „Johny Kentus Gang" in Brno aktiv.

Konkurrenz bekommt Thor Steinar in Osteuropa durch die polnische Marke Dobermans Aggressive. Deren Motive sind zum Teil deckungsgleich mit dem Design von „Thor Steinar", wobei die klareren Bezüge zum Neonazismus bei Dobermans Aggressive zusätzlich attraktiv wirken dürf-



Screenshot facebook

Erik & Sons Lager von rechts nach links: Udo Siegmund, René Koza, Hannes Ostendorf

ten. Denn neben martialisch anmutenden Wikinger-Motiven findet man auch Shirts mit dem Schriftzug „Luger 08 parabellum", in Anlehnung an die deutsche Nahkampf-Pistole des Dritten Reichs. Unterlegt wird die Schrift mit dem Symbol der „Schwarzen Sonne", ein esoterisches Zeichen der Waffen-SS.

Auch der „Thor Steinar"-Shop in Italien führt direkt in faschistische Kreise. Unter dem Namen „Badabing-Shop" vertreibt Chiara di Fiacco in Rom allerdings nicht nur Klamotten des brandenburgischen Labels, sondern auch Bekleidung des extrem rechten „Zentropa"-Netzwerkes. Di Fiacco, welche 2013 als Kandidatin für die faschistische Partei CasaPound antrat, stellt durch ihre Ladenpräsenz einen wichtigen Anlaufpunkt innerhalb des Viertels dar, in dem auch der Hauptsitz der Partei liegt. Außerdem betreiben CasaPound-Kader diverse Kneipen und den Buchladen „La Testa di Ferro" in der unmittelbaren Umgebung.

Seit neuestem singt Di Fiacco in der faschistischen Band „Pussy'n'Destroy", deren Logo die Doppel-Sigrune zur Schau stellt. Die MusikerInnen gehören dem Umfeld der CasaPound-Hausband „ZetaZeroAlfa" an.

Die Konkurrenz schläft nicht

Innerhalb des damaligen Firmengeflechts um „Thor Steinar" tauchte auch der Name Udo Siegmund auf. Siegmund, der damals Teile des Versands und die Webseite betreute, gründete 2007 sein eigenes Label: „Erik & Sons". Nach einigen Startschwierigkeiten im Vertrieb — denn „Erik & Sons" bedient mit seinen Runen und zweideutigen Motiven einen ähnlichen Kundenstamm wie „Thor Steinar" — hat die Marke nach acht Jahren ihren Platz im Geschäft mit rechtem Lifestyle gefunden.

Zusammen mit Markeninhaber René Koza unterhält Siegmund ein Lager in Storkow und ein Gartengrundstück — das „Erik & Sons"-Hauptquartier — in Niederlehme bei Königs Wusterhausen. Beide im rechten Milieu des Berliner Fußball Clubs (BFC) zu Hause, bedienen sie genau diese Klientel.

Zwischen Shirts und Pullovern auf denen Wikinger abgebildet sind finden sich ebenso Klamotten mit Schriftzügen wie „Ultraintolerant", „ My favorite color is white" oder „the early bird", verziert mit einem Reichsadler. Noch einschlägiger trifft es die Marke „Mauljucken", welche auch von Koza registriert wurde. Ein Banner dieser mit den einfallsreichen Worten „Keep cool, Stay hool" prangte über den „Hooligans gegen Salafisten" (HoGeSa) am 15. November 2014 und auch zum diesjährigen „Eichsfeldtag" der NPD im thüringischen Leinefelde wurde ein Transparent zu Schau gestellt. Nicht verwunderlich, denn „Erik & Sons" unterhielt einen Verkaufsstand auf dem RechtsRock-Event.

Bereits 2006 berichtete das Antifaschistische Infoblatt über die Teilnahme von Udo Siegmund an einem Neonazi-Konzert der „Nationalsocialistisk Front" (NSF) im schwedischen Tråvad. Wie weit er immer noch in der rechten Szene steckt belegen Bilder, auf denen Siegmund zusammen mit Mitgliedern der rechten Hooligan-Band „Kategorie C" zu sehen ist. Diese entstanden 2011 im Zuge eines Konzerts im „Skinhouse Hellas" in Trikala, welches der „Blood & Honour"-Sektion Griechenland zugerechnet werden kann. Ein fruchtbarer Boden entstand, so scheint es, denn die Bremer Band und das „Viking Brand" von „Erik and Sons" designten erst kürzlich ein neues Shirt, welches sowohl den Bandnamen, als auch den „Erik & Sons"-Schriftzug präsentiert. Des weiteren finden sich CDs und andere band-bezogene Artikel im Vertrieb von „Erik & Sons".

Um den rechten Hooligans aus der Hansestadt in nichts nach zustehen, wirbt auch Sacha Korn, nationalistischer Rockmusiker aus Teltow, mit den Marken um Koza und Siegmund. Schon 2014 ließ er sich einen Auftritt in Dresden von „Mauljucken" präsentieren. Eine Wiederholung wird für den Dezember 2015 in Dresden und Berlin angekündigt, für die das Firmengeflecht aus Brandenburg Konzerttickets verkaufte. Der „100% politisch unkorrekte" Rocker, wie er sich selbst beschreibt, lässt ebenfalls Teile seines Merchandise über die Firma auf den Markt bringen. Dass er 2011 drei Lieder für eine „NPD-Schulhof CD" beisteuerte, passt da gut ins Bild.

(K)Ein Ende in Sicht

Wie auch immer sich die Marken auf dem freien Markt entwickeln werden, sei es im Falle von „Thor Steinar" als biedere Marke des rechtsoffenen Mainstreams, bei „Erik & Sons" als das billigere authentischer wirkende Pendant, bei „Dobermans Aggressive" als Insider der osteuropäischen Hooligans und Neonazis oder bei der aus Patrick Schröders Firmen-Netz stammenden Marke „Ansgar Aryan" als klar-neonazistisches Modevehikel: Das Geschäft um rechten Lifestyle boomt weltweit und bietet durch seine Fülle alles, was der oder die Neonazi-AktivistIn braucht. Fernab vom klassischen Bomberjacken-Look werden identitätsstiftende Modemarken produziert, die sowohl leger unauffällig als auch politisch provokant sind. Verstärkt durch ein verruchtes Image finden die Marken schnellsten Zugang zum Kleiderschrank und von dort in den Alltag. Der Kreislauf wird dann geschlossen, wenn die ersten Gratis-CDs von „Frontalkraft" oder „Kategorie C" der Bestellung beiliegen und der Vertrieb der Klamotten sich nicht viel mehr vom x-beliebigen extrem rechten Versandhaus unterscheidet.



Das alte Runenlogo von „Thor Steinar" hält wieder Einzug in das Sortiment.

Diesen Kreislauf hat in gewissen Teilen auch das Label „Thor Steinar" zu verantworten, denn es eröffnete 2002 eine rechte Modewelt, die nun eine eigenständige Dynamik entwickelt hat, ohne dabei auf etablierte Marken wie Fred Perry oder Lonsdale zurück greifen und diese umdeuten zu müssen. •

NS-SZENE

Rassistische Demonstrationen, Blockaden von Flüchtlingsunterkünften, Brandanschläge und Angriffe auf Flüchtlingshelfer/innen. Im zweiten Halbjahr ist die rechte Gewalt eskaliert. Nach welchen Mustern vollzieht sich rassistische Mobilisierung?

Brandursache Rassismus

Aspekte rassistischer Mobilisierung

Nach jedem Wochenende gleichen sich die Bilder: Eine brennende Flüchtlingsunterkunft hier, Angriffe auf Asylsuchende dort. Von einem rapiden Anstieg der Zahl der rechten Angriffe sprechen selbst Sicherheitsbehörden, die nicht gerade für Alarmismus in Sachen rassistischer Gewalt bekannt sind. Dass bislang kaum ein Täter gefasst, geschweige denn vor Gericht gestellt wurde, begründen Polizei und Justiz damit, dass diese offenkundig nicht im einschlägig bekannten rechten Milieu zu finden seien. Vielmehr handle es sich um Ersttäter, die bislang in keinem strafrechtlichen Kontext auftraten.

Der neue Tätertypus ist also der sprichwörtliche Biedermann, der zum Brandstifter wird. Haupttätergruppe der Brandanschläge, so hieß es in einem BKA Papier im Herbst 2015 seien Menschen aus der Nachbarschaft künftiger Flüchtlingsunterkünfte. Der breite gesellschaftliche Diskurs jener, die vor einer „Flüchtlingsflut" warnen, trägt Bestätigungs- und Ermutigungscharakter für jene, die ihre rassistischen Ressentiments erstmals in die Tat umsetzen. Was für das Täterprofil nächtlicher Brandanschläge gelten mag, muss für Formen und Ansätze rassistischer Massengewalt wie in Heidenau nicht zutreffen.

Deren Akteure sind im Milieu rechter Hooligans und Neonazis zu suchen. Diese weisen nicht nur eine Affinität zur Ausübung von Gewalt auf, sondern verfügen über reale Erfahrungen gewaltförmiger Auseinandersetzungen mit politischen Gegner_innen und der Polizei, unter anderem aus dem Kontext Fußball, welche sie in die Inszenierung gewalttätiger Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte einzubringen wissen. Die Ausübung rassistischer Gruppengewalt wird mithin nicht von neuen Gewaltmilieus getragen, sondern von jenen, die als „Generation Hoyerswerda" bereits in den 1990er Jahren bei der Ausübung rassistischer Gewalt aktiv waren oder von der Erzählung zehren, wie es damals mancherorts gelang mittels Gewalt die Vertreibung von Flüchtlingen durchzusetzen. Diese Gruppe agiert aus einem Umfeld, in welchem die Debatte um Flüchtlinge zur zentralen Projektionsfolie ihres Rassismus, ihrer Repräsentationsdefizite, ihrer Ohnmachtsgefühle und Abstiegsängste geworden ist. Die Ethnisierung sozialer Widersprüche, also das Muster eines Ausspielens der Kosten der Unterbringung von Flüchtlingen etwa gegen jene für Jugendarbeit und soziale Infrastruktur ist in vollem Gange.

Alsbald werden Flüchtlinge mit den Empfänger_innen von Hartz IV-Leistungen um den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum oder die Versorgung durch die Tafeln konkurrieren. Die dadurch in Gang gesetzten Rückwirkungseffekte für die Mobilisierung von Rassismus sind absehbar. Die seit Jahren durch die Sozialwissenschaft gemessene Polarisierung der Gesellschaft und die gestiegene Zustimmungsbereitschaft zu rechten und autoritären Krisenlösungskonzepten spiegeln sich nunmehr in der Mobilisierung gegen Flüchtlinge auf der Straße.

Der explosive Anstieg der rechts- und rassistisch motivierten Gewalttaten ist jedoch nur ein Faktor im Gesamtbild rassistischer Mobilisierung. Montag für Montag geht der Blick der Medien nach Dresden, wo seit mehr als einem Jahr PEGIDA aufmarschiert. Demgegenüber fährt die Politik einen Zickzack-Kurs. Dialogangebote an die Pegidisten wechseln mit moralischer Abwertung der Teilnehmenden. Eine Strategie zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit den von PEGIDA artikulierten Gemisch aus Ressentiments und rechten Krislösungsmodellen gibt es nicht.

Der diagnostizierte Prozess der Radikalisierung

Über die mediale Omnipräsenz PEGIDAs gerät aus dem Blick, dass rassistische Mobilisierungen keine sächsische Spezialität sind. Die von der AfD initiierten Demonstrationen „Gegen Asylchaos und Politikversagen" in ostdeutschen Städten wie Erfurt oder Magdeburg stellen nur die wahrnehmbare Spitze einer Vielzahl lokaler Mobilisierungen dar, deren Zahl und Eskalationsverlauf nur schwer zu überschauen ist. So entstehen lokal, entlang des Debattenverlaufs um die Unterbringung von Flüchtlingen. Es sind rassistische Mobilisierungen, deren Auslöser und Ausmaß von vielfältigen Faktoren abhängt, die hier nur skizziert werden können.

Faktor Politik

Wo politisch verantwortliche Bürgermeister und Landräte ihren Widerwillen oder ihre Unfähigkeit signalisieren, den Zuzug von Flüchtlingen als Herausforderung anzunehmen und sich stattdessen auf das übliche bürokratische Procedere oder institutionell-rassistische Verfahrensweisen zurückziehen, bieten sich Anknüpfungspunkte für rassistische Mobilisierungen, die argumentativ auf einen von der Politik gestellten Referenzrahmen verweisen können.

Faktor rechte Hegemoniefähigkeit

Insbesondere für Sachsen fällt auf, dass rassistische Mobilisierungen dort über eine hohe Reichweite verfügen, wo die Normalisierung rechter Politikangebote derart weit fortgeschritten ist, dass deren Infragestellung keinen Erfolg verspricht. Die in Sachsen und andernorts anzutreffende rechte und rassistische Hegemonie isoliert antirassistische Personen und Politiken. Sie geraten unter sozialen Rechtfertigungsdruck und sind Angriffen bis hin zu offener Gewalt ausgesetzt. Hier deutet sich eine Erweiterung rechter Feindbilder an. Denn neben den Flüchtlingen selbst, alternativen Jugendlichen und seit langem aktiven Antifas/Antiras geraten zunehmend Politiker_innen die sich für Flüchtlinge engagieren ins Feindraster der Neonazis. Die Folge sind Angriffe sowohl auf ehrenamtlich engagierte Menschen in der Flüchtlingsarbeit, als auch auf flüchtlingspolitisch profilierte Politiker_innen. Zudem eignen sich rechte Gruppen Aktions-und Legitimationsformen an, von denen die Zivilgesellschaft glaubte, ein Monopol darauf zu haben. Zahlreich sind jene offen neonazistischen Gruppen die unter dem Pseudonym einer Bürgerinitiative Stimmung gegen Flüchtlinge machen, Mahnwachen und sogar, wie in Chemnitz-Einsiedel Blockaden organisieren.

Wiederkehrend gibt es Berichte über Neonazis die versuchten im Umfeld der Errichtung von Asylunterkünften Bürgerwehren zu initiieren, die sicher nicht nur ein symbolisches Sanktionsregime gegenüber Flüchtlingen aufbauen wollen. Aus alledem wird klar, dass das Berührungstabu zwischen rassistisch motivierten, anlassbezogen handelnden „Wutbürgern" und organisierten Neonazis überall dort gefallen ist, wo es um Flüchtlinge geht.

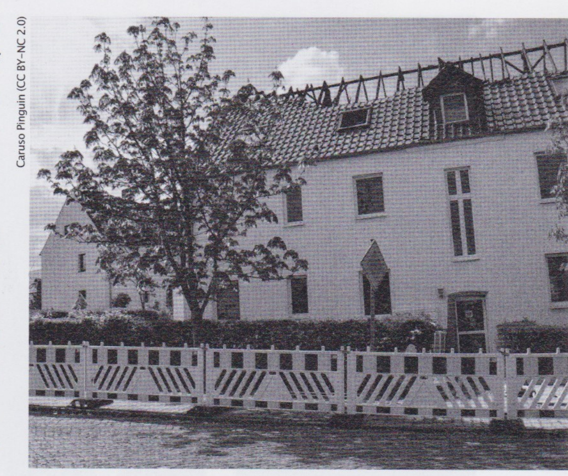
Faktor Web 2.0 Mobilisierungen

Heftig umstritten ist die Frage, welchen Einfluss Social-Media-Netzwerke auf die Reichweite rassistischer Mobilisierung haben. Zwei Deutungen sind denkbar. Einerseits fungieren Facebookgruppen wie „Nein zum Heim in ..." als Plattform für unspezifische Hassbotschaften, die keine real aktivierenden Folgen haben, sondern als Ventil für Rassismus dienen. Dass „Likes" nicht gleichbedeutend mit realer Mobilisierbarkeit von Rassismus sind, zeigte sich 2011, als auf die zahlreich entstandenen neuen lokalen rassistischen Foren in Folge der rassistischen Proteste von Schneeberg kein mobilisierender Dominoeffekt eintrat.

Andererseits bewirken Social-Media-Netzwerke eine Verstärkung rassistischer Diskurse, die sich zu realen Mobilisierungen und Gewalttaten verfestigen können. Eine wichtige Rolle spielen hierbei die im Internet zahlreich im Umlauf befindlichen Gerüchte, die besagen, die Unterbringung von Asylsuchenden ließe die Kriminalität ansteigen. Antimuslimischer Rassismus verdichtet sich in Gerüchten, dass Asylsuchende ungestraft Einkaufsmärkte ausräumen, Frauen vergewaltigen und Zootiere schächten. Für sich genommen mögen solche Gerüchte leicht durchschaubar wirken, doch in Social-Media-Netzwerken werden diese rasch zu Fakten plausibilisiert. Dies gelingt durch Beglaubigungsformen, die behaupten, ein Gerücht sei gar keines, sondern ein etwa durch einen Freund bei der Polizei verbürgter Fakt. Die Glaubwürdigkeitskrise von Medien und Politik verstärkt die Glaubhaftmachung, dass Behörden angewiesen seien, negative Berichte über das Verhalten von Flüchtlingen zurückzuhalten. Welche enorme Wirkung diese zu Fakten plausibilisierten Gerüchte haben, ist daran zu erkennen, dass sich Supermärkte, Ordnungsämter und Polizei zu Richtigstellungen gezwungen sehen.

Die extreme Rechte und die Flüchtlingsdebatte

Dass die organisierte extreme Rechte vom Charakter der gegenwärtigen Flüchtlingsdebatte profitiert, ist evident. Mit keinem ihrer Themen kann die extreme Rechte so weitreichend mobilisierend in die Gesellschaft intervenieren. Dies war zu Beginn der 1990er Jahre schon einmal so, als Neonazis im Zuge der Asyldebatte und der Wiedervereinigung einen regelrechten Bewegungsboom erfuhren. Doch damals gelang es weder dem neonazistischen Flügel der extremen Rechten, das zwischen 1990 und 1993 entstandene rassistische Potential organisatorisch zu binden, noch konnte sich eine rechtspopulistische Wahlpartei wie Die Republikaner nachhaltig etablieren. Mit der



Durch einen Brandanschlag zerstörte Flüchtlingsunterkunft in Tröglitz

Änderung des Asylrechts 1993 verlor die extreme Rechte jenes reichweitenstarke Mobilisierungsthema, welches sie nun erneut bedient.

Heutige neonazistische Gruppierungen wie Die Rechte und Der III. Weg suchen an die Kampagnenformate der 1990er Jahre durch zahlreiche regionale Demonstrationen anzuschließen, um den Boden für rassistische Dynamiken vor Ort zu bereiten. Diese Crowd-Actions militanter Neonazis stehen zu unrecht im Schatten rechter Mobilisierungen im Umfeld von Bürgerversammlungen, denn sie geben rassistischen Mobilisierungen eine radikalisierte Plattform. Bislang ist es neonazistischen Gruppen nicht gelungen, nach Heidenau einen Kampagnenort bundesweit zu fokussieren. Doch die Verläufe wie in Jüterbog und Tröglitz haben durchaus das Potential zu einem rassistischen Hotspot.

Anders als in den 90ern steht heute mit der AfD eine erfolgreiche rechte Partei bereit, die in den skizzierten Milieus vorhandene rassistische Stimmung in Wahlergebnisse umzusetzen vermag. Die AfD spielt derzeit geschickt mit der Mobilisierbarkeit von Rassismus auf der Straße, den sie inhaltlich zu radikalisieren sucht. Sie agiert als völkisch-naationalistischer Rammbock gegen die Reste des Asylrechts und alle Phänomene, die dem „linksgrünversifften" Milieu zugeschrieben werden. Für einen Mann wie Björn Höcke ist die Mobilisierung rassistischer Einstellungen auf der Straße nur eine Etappe auf dem avisierten Weg in eine andere, in eine rechte Republik. •



v.l.n.r.: Die Neonazis Dirk M., Steffen H., Klaus H. und Malte Redeker tragen den Sarg des V-Mannes Roland Sokol.

NS-SZENE

Tod eines Spitzels

Anfang Oktober 2015 veröffentlichte die „Autonome Antifa Freiburg“ ein Communiqué unter dem Titel „Hammerskin Roland: Tod eines Spitzels“. Diesem Text liegt offenbar der E-Mail-Verkehr zwischen dem Ende September verstorbenen Neonazi Roland Sokol aus Karlsbad bei Karlsruhe und Geheimdienstlern zugrunde. Nach Recherchen von „die tageszeitung“ (taz) hielt Sokol seit mindestens 2009 regelmäßigen Austausch mit einer Kontaktperson, die sich als „Michael W.“ ausgab. An dessen GMX-E-Mail-Adresse schickte er umfassende Informationen aus Neonazi-Kreisen. Metadaten aus dem E-Mail-Verkehr, die die taz ausgewertet hat, führen von „Michael W.“ zurück auf Serverstrukturen der Landesverwaltung Baden Württemberg.[1] Nach Sokols Outing als V-Mann sollen sich Neonazis aus den Kreisen der „Hammerskins“ Zutritt zu Sokols Wohnung verschafft haben, um diese nach Beweisen für dessen Spitzel-Tätigkeit zu durchsuchen. Laut eigenen Angaben haben sie dabei entsprechende Belege gefunden. Kurz danach kursierten auf diversen Hammerskin-Facebook-Pinnwänden, auf denen vorher noch pathetische Nachrufe standen, hasserfüllte Postings. Da das Communiqué der AAF das problematische Verhältnis zwischen Neonazis und Verfassungsschutz dokumentiert, wollen wir es in diesem Artikel zusammenfassen.

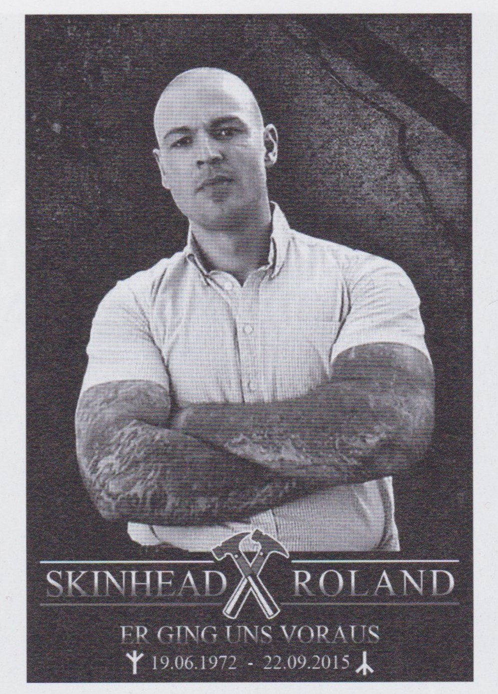
Ein Vollzeit-Neonazi

Roland Sokols Neonazi-Laufbahn verlief über seine Sozialisation im Neonaziskinhead-Milieu der frühen 1990er Jahre und als Bassist der RechtsRock-Band „Triebtäter“, über Hooliganaktivitäten von „Destroyers Karlsruhe“ bis HoGeSa, als Besucher und teilweise Organisator von hunderten Rechts-Rock-Konzerten im In- und Ausland, Akti-

vitäten bei der „Kameradschaft Karlsruhe", bei „Blood & Honour" und der „Endstufe-Crew" bis hin zu seiner Mitgliedschaft bei den „Hammerskins". Sokol pflegte regen Kontakt zu hunderten von Bekanntschaften auch überregional und international, darunter dutzende Szenegrößen in ganz Deutschland und war stets auf dem aktuellen Stand der Entwicklungen und Diskussionen der Neonazi-Kameradschafts-Szene.

Mittendrin statt nur dabei

Am 25. März 1995 sollten die RechtsRock-Bands „Triebtäter", „Feuerstoß", „Legion Ost" und „Sturmtrupp" bei einem größeren bundesweiten Neonaziskinhead-Treffen bei Gera auftreten. 231 Neonazis wurden vorübergehend verhaftet und Dutzende Ermittlungsverfahren eingeleitet. Roland Sokol befand sich unter den Verhafteten, gegen ihn wurde wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ermittelt. Unter den bei Gera Verhafteten befand sich zudem der später untergetauchte Neonaziterrorist Uwe Mundlos. Über weitere Kontakte zu Mundlos ist nichts bekannt, wohl aber zu anderen Neonazis, die von Sicherheitsbehörden als gefährlich eingestuft wurden. So zu Michael K. aus NRW[2], der vor den deutschen Strafverfolgungsbehörden in die Niederlande floh und in Terror-Gedanken schwelgte. Über Jahre hinweg kommunizierte Roland Sokol auch regelmäßig mit Mark T., der sich aus Karlsruhe in die USA abgesetzt hatte. Mark T. hatte auch in den USA Ärger mit den Strafverfolgungsbehörden und schrieb Sokol: „habe mir aber in den USA ein paar sachen zu schulden kommen lassen und die Kripo in der BRD weiss auch das ich im KKK und den Nationale Alianz war usw". Auch über den ehemaligen Neonazikader und Kroatiensöldner Michael „Homes" H. sammelte Roland Sokol Informationen. So stieß bei ihm auf Interesse, dass Michael H. plante, einen französischen Ex-Kroatiensöldner und mutmaßlichen Kriegsverbrecher an seinem neuen Wohnort im Allgäu unterzubringen. Seine internationale Kontakte reichten auch nach Skandinavien. So trat bei der Feier zu Sokols 40. Geburtstag im Juni 2012 der Neonazi-Liedermacher Mirko „Barny" Szydlowski aus Jena (inzwischen Dresden/ Chemnitz) auf. Der Liedermacher „Barny" ist für gute Kontakte zur schwedischen Neonazi-Szene bekannt, da er dort längere Zeit lebte.



Der Verfassungsschutz und „Blood & Honour"?

Im März 2006 kam es zu Razzien gegen Nachfolgestrukturen der verbotenen Neonazi-Skinhead-Organisation „Blood & Honour" (B&H) bei dutzenden Neonazis auch in Karlsruhe und Umgebung. Auch Roland Sokol und seine Ex-Frau Stefanie S. waren davon betroffen und wurden als Beschuldigte geführt. Der Grafikdesignerin Stefanie S. wurde vorgeworfen, am Layout von „Blood & Honour"-CDs mitgearbeitet zu haben. Heute arbeitet sie als Tätowiererin in ihrem Studio „Mystic Tattoo Karlsruhe". Bei dem auf die Ermittlungen folgenden Prozess im Jahr 2011 soll Roland Sokol nicht mit vor Gericht gestanden haben. Ob hier der Verfassungsschutz eingegriffen hat ist nicht bekannt. Unbeeindruckt von den Ermittlungen war Sokol in der RechtsRock-Szene weiterhin aktiv unterwegs. Mitte April 2010 trat die rechte Skinheadband „Endstufe" gemeinsam mit „Kommando Skin" vor über 300 Neonazis im Neonazi-Treffpunkt „Rössle" in Rheinmünster-Söllingen auf. Sokol war an der Organisation des Konzertes beteiligt. Kaum verwunderlich, schließlich war er gemeinsam mit Dirk „Buddy" M. Mitglied der „Endstufe Crew Baden".[3] Ende Juni 2013 war Sokol federführend bei der Organisation eines „Hammerskin"-Konzertes mit „Division Germania" und „Kommando Skin" dabei. Auch in die Durchführung eines Rechts-Rock-Konzertes Ende Dezember 2010 im „Rössle" mit „Bunker 16" (Bremen), „I.C.1", und „Sturmtrupp" war Sokol eingebunden. Er traf sich mehrfach mit dem „Rössle"-Eigentümer Günter Sick. Insbesondere Ende 2013 versuchte er ihn immer wieder zu überzeugen, das „Rössle" den Neonazis zu überlassen. So z.B. im Vorfeld eines von ihm mitorganisierten Neonazi-Konzertes Mitte November 2013 mit Michael „Lunikoff" Regener. Der Verfassungsschutz war durch seinen V-Mann Sokol damit direkt in die Aufrechterhaltung des Neonazibetriebs im „Rössle" involviert, obwohl der Geheimdienst in der Öffentlichkeit stets behauptete, alle Anstrengungen zur Schließung des größten und wichtigsten Neonazizentrums in Baden-Württemberg zu unternehmen. Das Ende des „Rössle" besiegelten nicht etwa die nahezu lückenlosen Informationen des Verfassungsschutzes, sondern öffentlicher Druck nach antifaschistischen Recherchen und überregionaler Presseberichterstattung.

Erfolgloser „Patria"-Versand

Ende November 2011 erhielt der damalige Betreiber des neonazistischen „Patria"-Versands, Franz Glasauer, eine DVD mit dem Bekennervideo des NSU. Kurz darauf wurde der Neonazi-Onlineshop durch den V-Mann Sokol übernommen. Er plante die Übernahme jedoch schon in den Wochen zuvor gemeinsam mit seinem langjährigen Kameraden Bernd Christoph aus Ulm, der die Neonazidruckerei „Lithographix" betreibt. Bernd Christoph hatte bereits seit den 1990er Jahren durch seinen „Blood & Honour" nahestehenden Rechtsrock-Vertrieb „Clockwork Records" Erfahrung in diesem Bereich und sollte für den Ausbau der Musiksparte zuständig sein. Sokol sprach gegenüber seinen „Kameraden" vom Aufbau einer Existenzgrundlage mittels des Versands, der allerdings kaum Gewinn abwarf. Ende 2013 gab Sokol den „Patria-Versand" auf.

HoGeSa-Gründung unter VS Aufsicht

Nach dem Tod von Roland Sokol erschien in einer Lokalzeitung eine gedruckte Anzeige:



Neonazis und Bekannte des V-Mannes Roland Sokol bei seiner Beerdigung.

„Wir nehmen Abschied von unserem Freund und Kameraden. In stiller Trauer, Hooligans Karlsruhe". Bereits in den frühen 1990er Jahren war Roland Sokol Teil der gewalttätigen rechten Hooligan-Szene in Karlsruhe. Er fuhr regelmäßig zu Auswärtsspielen und rühmte sich noch Jahre später mit seiner Mitgliedschaft bei den 1993 aufgelösten „Destroyers Karlsruhe" und trauerte den Zeiten der „Süddeutschen Front" hinterher, eines Zusammenschlusses von Hooligans aus Karlsruhe und Stuttgart. Sokol war Teilnehmer einer der ersten Vorläufer-Demonstrationen der „Hooligans gegen Salafisten" (HoGeSa) Ende März 2014 in Mannheim. Im Vorfeld des HoGeSa-Großaufmarschs in Köln schrieb er an den Hamburger Neonazi und Hooligan Thorsten de Vries[4]: „es ist so eine grosse Chance, dazu braucht es aber intelligente Leute, die das lenken. Am besten Unsere Leute, die national sind....KC spielt ja scheinbar, das ist mal ein Anfang, die haben sich gut entwickelt. (...) es ist ganz wichtig, dass viele politische leute dort sind. ich habe schon etliche Leute angetrieben, hinzufahren". Sokol stand in Kontakt zu Ralf „Schüttler" Schütthelm und Marc H., welche Exponenten bzw. Gründer des HoGeSa-Vorläufers aus der facebook-Gruppe „Weil Deutsche sich's noch trau'n!" waren.[5] Laut Spiegel-Online saß Sokol sogar mit am Tisch, als sich im Herbst 2013 eine Handvoll Hooligans und Neonazis in einer Kneipe im Südwesten trafen, um das Netzwerk zu gründen, das später unter dem Namen HoGeSa bekannt werden sollte.[6]

Somit dürfte der Verfassungsschutz entgegen seiner öffentlichen Behauptungen genau gewusst haben, was Ende Oktober 2014 in Köln zu erwarten war, als rund 4.500 rechte Hooligans demonstrierten und randalierten.

„Hangaround", „Prospect", „Hammerskin"

Roland Sokol suchte und fand 2012 Anschluss an das „Chapter Westmark" der „Hammerskins", das im nördlichen Baden, in Rheinland-Pfalz, in Südhessen und im Saarland verankert war. Er durchlief die üblichen Stationen vom „Hangaround"-Anwärter über die „Prospect"-Probezeit bis zur Aufnahme als Vollmitglied. Bereits nach kurzer Zeit war Sokol direkt in die Organisation eingebunden. Für Anfang November 2012 planten das „Chapter Westmark" ein großes, konspirativ organisiertes Konzert in Frankreich. Da Sokol einen Bus zum Konzert plante, erhielt er bereits im Vorfeld den geplanten Ort des Konzerts von dem europäischen „Hammerskin"-Chef Malte Redeker: „die adresse bitte NIEMANDEN vor 17 geben. auch nicht dem besten freund, dem hund, nachbars katze oder sonstwem ;-)". Sokol reichte diese Information zwar direkt an den Verfassungsschutz weiter, doch wie später beim „Rössle" führte erst eine antifaschistische Intervention zum Verlust der Konzert-Location direkt hinter der deutsch-französischen Grenze.

Der deutsche „Hammerskin"-Führer Malte Redeker hielt laut der „Autonomen Antifa Freiburg" große Stücke auf den VS-Spitzel Roland Sokol: „einen gewissen Level an Anstand und Aktivitäten halten, das kann nicht jeder, und Roland hält seit 27 Jahren dieses Level (...) und da sind praktisch alle im chapter noch meilenweit davon entfernt. roland hat seine bewährungszeit vor meinen augen zig mal mehr bewiesen, als jemand der mit mitte 20 2,3 gute jahre hat.

wenn der in 10 oder gar 15 jahren noch ähnliches level fährt, dann ziehe ich meinen hut."

Sokol fuhr regelmäßig zu deutschlandweiten Treffen der „Hammerskins", den „National Officers Meetings" (NOM). Etwa im Juli 2014 nach Berlin oder im November



Der europäische Hammerskin-Führer Malte Redeker beim Neonaziaufmarsch in Bad Nenndorf im August 2012



Roland Sokol mit Hitlergruß in Feldstetten im Dezember 1994

2014 nach Anklam. Auch an europaweiten Vernetzungstreffen der „Hammerskins", genannt „European Officers Meeting", nahm Sokol teil, beispielsweise im Mai 2013 im südfranzösischen Béziers.

Aus Angst vor dem im Zuge der NSU-Ermittlungen gestiegenen Ermittlungsdruck wurden Anfang 2013 die Chapter „Westmark" und „Mecklenburg" pro forma aufgelöst. Beide wurden unter anderen Namen weitergeführt — analog zum Vorgehen von Rockerclubs wie den „Hells Angels" bei drohenden Verbotsverfahren. Sokols Chapter „Westmark" gab sich den Namen „Chapter Westwall", die hessischen „Westmark"-Mitglieder firmierten zukünftig als „Chapter Kurpfalz" und „Mecklenburg" wurde zu „Nordmark".

Das Ende einer Spitzel-Karriere

Nachdem Sokol im September 2015 nach schwerer Krankheit verstarb, wurde seiner von zahlreichen Neonazis in sozialen Netzwerken mit pathetischen Nachrufen und Erinnerungsfotos gedacht. Insbesondere die „Hammerskins", die für ihn bereits vor seinem Tod ein Erinnerungs-Gruppenfoto angefertigt hatten, erstellten kitschige Bildchen und Fotos von altarähnlichen Aufbauten, auf denen Sokols Bild neben den gekreuzten Hämmern von einer Kerze beleuchtet wird. Malte Redeker postete „schmerzerfüllt" ein Foto von Sokol samt „Hammerskin"-Logo.

Die Beerdigung wurde maßgeblich von Angela „Gurke" D. aus Ingolstadt organisiert, die bereits seit etwa 1992 gemeinsam mit Roland Sokol Neonazikonzerte besuchte. Sie fand Anfang Oktober 2015 auf dem Karlsruher Hauptfriedhof statt. Nach einer Trauerfeier zogen um die 200 Neonazis, darunter viele Hooligans, Rocker, Neonazimusiker und „Hammerskins" zu Sokols Grab. Der Sarg wurde von den Neonazis Dirk M. (ehem. RechtsRock-Band „Feuerstoß"/„Foierstoss"), Steffen H. (ehem. RechtsRock-Band „Noie Werte"), Klaus H. (RechtsRock-Band „I.C.1") und Malte Redeker zum Grab geschoben.

Verfassungsschutz schützt Neonaziorganisationen

Nach Informationen des antifaschistischen Newsflyers „Gamma" wurde ein Verbot der „Hammerskins" im Jahr 2000, als auch „Blood & Honour" verboten wurde, durch den Verfassungsschutz verhindert und mit Schutz von V-Männern in den Reihen der „Hammerskins" begründet: „Sämtliche personenbezogenen Informationen stammen aus dem Einsatz von V-Personen — überwiegend der Landesbehörden für Verfassungsschutz. Sie sind dementsprechend als Verschlusssache eingestuft und unterliegen dem Quellenschutz." Die Mitgliedschaft von Spitzeln in Neonaziorganisationen kann also dazu führen, dass diese nicht nur vom Geheimdienst aufgebaut, finanziert und unterstützt werden, sondern auch noch staatlichen Schutz genießen. Einige Gremien kündigten mittlerweile an, den Fall Roland Sokol aufzugreifen. So erklärte ein Sprecher des NRW-Innenministeriums, man werde dem Fall Sokol nachgehen und herausfinden, was der Verfassungsschutz in Baden-Württemberg über die Anmeldung der Kölner HoGeSa-Demo gewusst hat.[7] Roland Sokol werde auch im NSU-Untersuchungsausschuss in Baden-Württemberg „eine Rolle spielen", sagte dessen Vorsitzender Wolfgang Drexler. Auch im Bundestag, wo aktuell ein zweiter Untersuchungsausschuss zum NSU-Komplex startet, will man sich laut Petra Pau von der Linksfraktion nun Sokol widmen.[8] Doch ob sich die Praktiken des Verfassungsschutzes in der Neonazi-Szene durch diese Gremien aufklären lassen, ist nach den Erfahrungen in der VS-NSU-Aufklärung mehr als fraglich. •

1 taz vom 4.10.2015: „Abschied eines Spitzels" von Konrad Litschko und Martin Kaul **2** Vgl. AIB Nr. 55: „Neonazi-Fluchtwege" **3** Die „Endstufe-Crew" ist die Support-Gruppe der Bremer RechtsRock-Band) **4** Vgl. Seite 38 **5** Vgl. AIB Nr. 103: „Patriotisches Menschenmaterial" **6** Spiegel Online, 13.10.2015: „Gewalt im Fußball: Hogesa-Gründer war V-Mann" von Christoph Ruf **7** Kölner Express, 13.10.2015: „Ein Jahr nach den Krawallen in Köln: Einer der Hogesa-Gründer war ein V-Mann!". **8** taz, 05.10.2015: „Rechtsextreme beim Verfassungsschutz: Aufklärer widmen sich V-Mann"

NS-SZENE

Einzeltäter in nationalsozialistischem Geist vereint

GASTBEITRAG DER ANTIFA BONN/RHEIN-SIEG

Der Attentäter Frank Steffen, der Henriette Reker am Samstag den 17. Oktober 2015 einen Tag vor ihrer Wahl zur Oberbürgermeisterin von Köln mit einem gezielten Stich zum Hals töten wollte und weitere vier Personen verletzt hatte, ist ein bekannter Neonazi. In den 1990er Jahren hatte der damals in Bonn-Beuel wohnende Steffen enge Verbindungen zur Neonazi-Organisation „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP), die 1995 verboten wurde. Frank Steffen fuhr mindestens zweimal zusammen mit den Neonazikadern Christian M. und Ralph Tegethoff zu den streng konspirativ organisierten „Rudolf-Heß-Märschen" in Fulda (1993) und Luxemburg (1994).[1] Wer hier mit marschierte, gehörte zum harten Kern der europäischen NS-Szene.

Das militante FAP Umfeld

Die FAP hatte in Bonn eine starke Kameradschaft, die — nach eigenen Angaben — 200 Personen organisiert hatte. Viele gewalttätige Aktionen in den 1990ern sind ihr und ihrem militanten Umfeld zuzuschreiben. Der damalige Neonazi-Kader Norbert Weidner war Vorsitzender des „Gau Rhein-Sieg" bzw. des FAP-Landesverbandes NRW. Er wurde mehrfach wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt, zuletzt zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren auf Bewährung. Als stellvertretender Landesvorsitzender der FAP fungierte Ralph Tegethoff. Bereits im Jahr 1983 wurde er mit anderen Neonazis bei Sprengversuchen mit einer Rohrbombe festgenommen, in seiner Wohnung wurden Waffen gefunden. Bundesvorsitzender der FAP war Friedhelm Busse. Bei dem früheren SS-Mann fand die Polizei 1963 ein Kilogramm Dynamit; er wurde später zu drei Monaten auf Bewährung wegen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz verurteilt. 1981 war er in einen gescheiterten Bankraub in München verwickelt. Seine Wohnung war Ausgangsort für einen versuchten Banküberfall von fünf schwer bewaffneten Neonazis. Zwei von ihnen wurden durch die Münchner Polizei erschossen, die anderen festgenommen. Busse wurde u.a. wegen Begünstigung von Bankräubern und Verstoßes gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und neun Monaten verurteilt.

Generation Terror

Viele neonazisistische Täter der 1990er Jahre wurden juristisch kaum verfolgt und ihre Taten wurden durch die Justiz oft als Taten von „verrückten Einzeltätern" verklärt und entpolitisiert. Dass zahlreiche Neonazis der 1990er Jahre heute immer noch politisch aktiv sind, zeigt zum Beispiel der heutige (Deko-)Waffenhändler Ralph Tegethoff, der Mitorganisator des jährlich stattfindenden Neonaziaufmarsches in Remagen ist und Mitglieder der inzwischen verbotenen Kameradschaft „Aktionsbüro Mittelrhein" auf seinem Privatgelände trainierte und ausbildete. Der ehemalige FAP-Aktivist Norbert Weidner ist heute in der extrem rechten „Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn" organisiert.

Frank Steffen wurde durch diese „Generation Terror" der 1990er Jahre geprägt und sein Anschlag in Köln zeigt auf gewalttätige Weise, dass sein rassistisches Weltbild über die Jahre gleich geblieben ist. Steffen, der direkt nach seiner Tat festgenommen wurde, gab selber an, dass er die Tat aus fremdenfeindlichen Motiven begangen hatte. Während noch darüber spekuliert wurde, welches Motiv hinter der Tat steckte, wussten AntifaschistInnen bereits, welchen Geistes Kind er ist: Steffen stammt aus der organisierten und militanten Neonazi-Szene der 1990er Jahre. Wie die antifaschistische Zeitschrift „Lotta" berichtete, wählte er sein Opfer gezielt aus: Er griff Henriette Reker, die Sozialdezernentin der Stadt Köln, als Repräsentantin einer in seinen Augen verfehlten und schädlichen Asylpolitik an. Und er verübte seine Tat zu einem Zeitpunkt, als er mit der größtmöglichen Aufmerksamkeit rechnen konnte: am Tag vor der Kommunalwahl, bei der Henriette Reker als Oberbürgermeisterin kandidierte. Medienberichten zufolge vernichtete er zuvor sämtliche Dokumente in seiner Wohnung und entsorgte seine Computer-Festplatten.

Einer der Aktivisten

Dass Frank Steffen kein kleines Licht innerhalb der Neonaziszene der 1990er Jahre war, beweist seine Teilnahme an den konspirativ organisierten Fahrten zu den „Rudolf-Heß-Märschen" in Fulda und Luxemburg. Er hatte gemeinsam mit circa 40 weiteren Neonazis tausende Kilometer zurückgelegt, um den NS-Funktionär Rudolf Heß zu ehren. Laut der „Lotta" hatte Steffen Kontakt zur 1992 verbotenen „Nationalistischen Front" (NF). Dies geht aus einer internen Liste der Neonazi-Gruppe hervor, der sogenannten „NF-Liste", deren Echtheit von ExpertInnen bestätigt wurde. Steffen wurde auf dieser Liste genannt, woraus aber nicht



Frank Steffen (2.v.l. mit schwarzem Hemd) und Norbert Weidner (2.v.r.) beim Neonaziaufmarsch zum Gedenken an Rudolf Heß 1993 in Fulda.

unmittelbar zu folgern ist, dass er auch NF-Mitglied war. Auch in der Haft scheint er von seinen „Kameraden" nicht vergessen worden zu sein. In dem Neonazi-Fanzine „Schwarze Fahne" findet sich in der Nummer 3/1998 ein Interview mit der RechtsRock-Band „Stahlgewitter", zu deren Gründungsmitgliedern Daniel „Gigi" Giese gehört. Giese ist auch Teil der Band „Gigi & die Braunen Stadtmusikanten". Diese brachten 2010 einen Song heraus, in dem auf die Taten des NSU Bezug genommen wird und die Morde gefeiert werden. Am Ende des Interviews werden mehrere „inhaftierte Kameraden" gegrüßt. Unter ihnen auch Steffen, der mit vollem Namen genannt wird. Die „Schwarze Fahne" wurde vom NPD-Jugendverband Junge Nationaldemokraten NRW herausgegeben. In der Ausgabe 3/1998 wurde auch Melanie Dittmer als Redaktionsmitglied geführt. Dittmer stellte vor einigen Monaten Videos ins Internet, in denen sie mit anderen Neonazis den Kampf mit Messern und Stöcken trainierte.

Die Verbindung zwischen Steffen und der Band „Stahlgewitter" dürfte über den Neonazi Frank Krämer, 1998 Gründungsmitglied der Band und aktives FAP Mitglied[2], zu erklären sein. Dieser beschrieb in einer Stellungnahme auf dem Neonazi-Online-Forum Altermedia Deutschland, dass Steffen zum harten Kern der FAP Bonn gehört haben soll. So habe er als damaliger Anhänger der FAP in Rhein-Sieg den späteren Attentäter Steffen auf „Kameradschaftsabenden" der FAP-Bonn getroffen.

Auf allen Augen blind

Nach dem Attentat auf Henriette Reker in Köln zeigte sich, dass es kaum ernsthaftes Interesse von Verfassungsschutz (VS) oder Polizei gab, den politischen Hintergrund der Tat genauer zu beleuchten. Am Tag des Attentats erklärte die Polizei, dass sie in alle Richtungen ermittle. Chef-Ermittler Wagner wörtlich: „Derzeit haben wir keine Erkenntnisse, ob er in einer Partei oder Organisation aktiv ist. Auch keine polizeilichen Erkenntnisse in diese Richtung."[3] Erst zwei Tage nach dem Mordanschlag und nach der Veröffentlichung des Neonazi-Hintergrunds von Frank Steffen durch die Antifa Bonn/Rhein-Sieg bestätigte der VS lediglich die bis dahin bereits bekannten Informationen. Das Aufklärungsinteresse ist möglicherweise auch deswegen eher gering, da einige FAP Aktivisten aus Steffens Zeit als Informanten für deutsche Geheimdienste gearbeitet hatten. So zum Beispiel auch sein FAP-Führer Norbert Weidner.

Egal wo einige der aktiven und organisierten Neonazis der 1990er Jahre mittlerweile gelandet sind, es ist davon auszugehen, dass in vielen Fällen ihr Denken auch heute nationalsozialistisch geprägt ist und ihr Handeln weiter bestimmt. •

1 Antifa-Jugendinfo (Bonn) vom Oktober 1994 2 Veröffentlichung vom 2.November 2015 auf altermedia-deutschland.info: „Lügenpresse in Aktion. Dieses Mal die RheinSieg-Rundschau" 3 BILD online vom 16. Oktober 2015

NS-SZENE

Zum neu ausgerufenen „Tag der deutschen Patrioten“ (TddP) wollten am 12. September 2015 tausende Neonazis und rechte Hooligans durch Hamburg marschieren. Dieser Plan scheiterte am Verbot durch die Hamburger Polizei, die sich auf polizeilichen Notstand berief. Zwar gelang den Organisatoren trotz vollmundiger Ankündigungen kein überzeugendes Ersatz-Konzept, ein Blick hinter die Kulissen deckt aber bemerkenswerte Strukturen und langjährige neonazistische Seilschaften auf.

Tag der Patrioten?

Wie von vornherein angekündigt klagten sich die Neonazis durch alle gerichtlichen Instanzen. In einem Eilverfahren bestätigte das Bundesverfassungsgericht in der Nacht zu Samstag jedoch das verfügte Verbot. Trotzdem agierten am 12. September hunderte organisierte Neonazis in unterschiedlichen Städten. Der Organisationskreis um Thorsten de Vries koordinierte etwa 30 PKW und 200 mit dem Zug reisende Neonazis zwischen Hamburg, Bremen und Kirchweyhe. Zudem wurde bundesweit auf dezentrale Aktionen gesetzt, an denen sich insgesamt ungefähr 500 Neonazis beteiligten. In Anbetracht des drohenden Verbots riefen sowohl de Vries als auch Marcel Kuschela, Kopf von „Gemeinsam stark Deutschland“ (GSD), bereits Tage zuvor dazu auf, dennoch nach Hamburg zu reisen. Ein „Plan B“ sei „auf dem Orgameeting in Hamburg ohne Handys besprochen [worden], und wie der Plan läuft, wissen nur die Leute die in diesem Zimmer saßen“. Die Anfahrt bliebe die Selbe und alle Teilnehmenden sollten „Richtung Hamburg“ reisen.

In Hamburg selbst war es per Bahn anreisenden Neonazis nahezu unmöglich die teils von der Polizei abgeriegelten, teils von Antifaschist_innen blockierten Bahnhöfe zu verlassen. Am stundenlang blockierten Hamburger Hauptbahnhof kam es zu einem Angriff von ca. 30 Neonazis aus Hamburg und Schleswig Holstein auf Blockierer_innen[1]. Zu den Angreifern gehörten u.a. das NPD-Mitglied Marian H. sowie Andreas K. von den „JN Hamburg Nordland“. Die Gruppe trat einer am Boden liegenden Person diverse Male gegen den Kopf, ohne dass sich die unmittelbar anwesende Polizei zum Eingreifen genötigt sah.

Versuche von Ersatzveranstaltungen in Bremen, Bamberg, Mannheim und Ludwigshafen wurden polizeilich unterbunden. Im niedersächsischen Kirchweyhe wurden circa 80 Neonazis festgesetzt, nachdem sie rassistische Parolen rufend durch den Ort gezogen waren und damit für die Absage eines antirassistischen Bürgerfestes gesorgt hatten. In Berlin griffen ca. 50 Neonazis ein linkes Wohnprojekt an. Eine Auseinandersetzung mit anwesenden Antifaschist_innen hielt die Gruppe bis zum Eintreffen der Polizei auf, welche 41 Beteiligte festnahm. Eine kleine Anfrage an den Senat ergab, dass den Sicherheitsbehörden „Erkenntnisse vor[lagen], dass sich [die] Personen der „rechten Szene“ für eine Teilnahme an der Versammlung „Tag der deutschen Patrioten“ („TddP“) in Hamburg für eine gemeinsame Anfahrt in Berlin sammeln wollten“[2] und dann aufgrund des Verbotes gezielt ein Objekt der linken Szene angriffen. Auch im brandenburgischen Neuruppin kam es nach einem Angriff auf Personen und ein linkes Zentrum zu Festnahmen.

Alte Allianzen

Urheber und Drahtzieher des „TddP“ ist Thorsten de Vries. Der mehrfach vorbestrafte Neonazi ist seit Mitte der 1970er Jahre aktiv, nahm als Jugendlicher an Lagern der „Wiking-Jugend“ unter Leitung von Manfred Börm teil und engagierte sich zunächst für die JN/NPD. Als regelmäßiger Teilnehmer neonazistischer Demonstrationen pflegte er Kontakte zu Szenegrößen wie Christian Worch und Thomas Wulff und organisierte teils selbst Veranstaltungen. Anfang der 1990er Jahre war er Anführer des 1992 verbotenen „Deutschen Kameradschaftsbund Wilhelmshaven“. 1995 zog de Vries von Wilhelmshaven nach Hamburg und baute dort seine Kontakte ins Milieu militanter Neonazis weiter aus. Als (Mit-)Organisator von Demonstrationen, Redner bei Veranstaltungen und Mitglied verschiedener Kameradschaften und Organisationen machte er sich norddeutschlandweit schnell einen Namen. Im Jahre 2005 betrieb er mit Volker Fuchs den Neonaziladen „Odin & Freya“ in Hamburg. Hauptsächlich engagierte er sich in jener Zeit bei der Hamburger NPD, wo sich viele militante Neonazis in Hamburg vernetzten. Nach internen Streitigkeiten und einem Parteiausschlussverfahren betrieb er mit dem ehemaligen „Blood & Honour“ (B&H)-Kader und Ex-NPD-Landesvorsitzenden Torben Klebe 2007 zeitweise das neonazistische Geschäft „East Coast Corner“ in Rostock. Nach längerer politischer Ruhepause fiel de Vries ab 2013 durch die Teilnahme am „Stammtisch Hamburg“, als Redner bei der HoGeSa Demonstration in Köln sowie als Mitglied der Facebook Gruppe „Weil Deutsche sich's noch trau'n“ wieder auf[3].

Zum „TddP“ appellierte de Vries an die „ALTEN KÄMPFER-DIE JUNGS FÜR'S GROBE“ sich zu beteiligen. Die bundesweite Koordination für die Demonstration organisierte er mittels einer Whatsapp-Gruppe, was den Behörden einen permanten Einblick in die Planungen in Echtzeit ermöglichte. In Hamburg selbst kam es zu mehreren Vorberei-

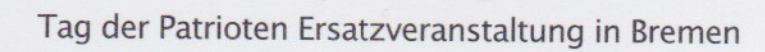




Foto: Po-Ming Cheung Photography

Tag der Patrioten Ersatzveranstaltung in Bremen

tungstreffen des Organisationskreises, an denen Gruppen wie GSD Hamburg und Bremen teilnahmen. Ort dieser Treffen war die Privatwohnung von Michael Arnold, der schon in der Partei „Nationale Liste" um Thomas Wulff und Christian Worch bis zu deren Verbot im Jahr 1994 den Posten als zweiter stellvertretender Vorsitzender innehatte. Weitere Hilfe bei der Organisation bekam de Vries von „Kameraden" aus der NPD. Der NPD-Kandidat Marius Edahl und das NPD-Mitglied Marian H. aus Hamburg stellten die Spendenkonten. Der Hamburger Neonazikader und lokale Multifunktionär Jan-Steffen Holthusen beteiligte sich ebenfalls an den Vorbereitungen. Klebe, Holthusen und de Vries kennen sich seit den frühen 1990er Jahren, alle drei waren in der im August 2000 verbotenen Kameradschaft „Hamburger Sturm" (vorher: Bramfelder Sturm) organisiert.

Am „TddP" konnte de Vries auch auf das know-how mindestens dreier ehemaliger FAP-Funktionäre zurückgreifen: Markus Privenau half bei der Koordination am Versammlungsplatz in Bremen während der in „Wiking-Jugend" und Wehrsportgruppen geschulte und wegen versuchtem Mordes verurteilte[4] Detlev Bruel sich als Späher im Umfeld betätigte. Henrik Ostendorf, Bruder des Kategorie-C-Sängers Hannes Ostendorf, ebenfalls ex-FAP und „Wiking-Jugend" Mitglied und heute Teil der rechten Hooligangruppe „Standarte Bremen" sowie Herausgeber des geschichtsrevisionistischen Zeitungsprojekts „Ein Fähnlein", koordinierte am 12. September einen Großteil der Neonazis zwischen Bremen und Kirchweyhe. Bereits bei der HoGeSa-Demonstration in Hannover organisierte er die komplette Ordnerstruktur.

Zu de Vries' „alten Kämpfern" gehören auch Ralf Schütthelm und Christian Hehl. Diese waren gemeinsam mit ihm im B&H-Netzwerk organisiert. Hehl war zudem einer der Administratoren der Facebook-Gruppe „Weil deutsche sich's noch trau'n". In dieser Gruppe waren vor allem Personen aus der rechten Fußballszene aktiv, neben de Vries und Schütthelm („Rot-Front Kaiserslautern" und Gremium MC) auch Thorsten S. („Brigade Bochum") und Heiner G. (Gremium MC). G. war bereits in den 1980er Jahren bei der Hamburger „Savage Army" organisiert[6], einer neonazistischen Schlägertruppe, die ihre Mitglieder überwiegend aus dem Fußballumfeld und der rechten Skinheadszene rekrutierte. Schon 1988 hatten diese gemeinsam mit der Dortmunder „Borussenfront" unter deren Anführer Sigfried „SS-Siggi" Borchardt die Hamburger Hafenstraße angegriffen. Auch Borchardt war in der FAP tätig und brachte es in fast zehn Jahren Partei-Engagement bis zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden. Personelle Überschneidungen der „Savage Army" gab es in den 1980ern mit dem HSV-Fanclub „Die Löwen Hamburg". Ehemalige und Mitglieder, sowohl der „Löwen" als auch der „Borussenfront", nahmen auch an der HoGeSa Demonstration 2014 in Köln teil.

Die „alten Kämpfer", von denen de Vries spricht, sind also nicht nur seiner Phantasie entsprungen. Seine alten militanten Weggefährten haben ihn zum „TddP" unterstützt. Wenn zudem alte Neonazi-Größen wie der ehemalige B&H-Kader Sascha Bothe[7] oder politische Totschläger der 1990er wie Volker K.[8], die sich in den letzten Jahren um „Geschäfte" und Familie kümmerten und öffentliches politisches Engagement eher mieden, in sozialen Netzwerken ihre Unterstützung und Teilnahme an neonazistischen Demonstrationen ankündigen, wird deutlich, dass die alten Strukturen gewillt sind, politische Kämpfe wieder auf den Straßen auszutragen.

Viele Mitglieder der militanten Parteien und Organisationen der 1990er Jahre scheinen durch die aktuellen rassistischen Mobilisierungen reaktiviert und bringen sich und ihre Erfahrungen wieder in die politischen Kämpfe der Neonaziszene mit ein. Neben den teils neu politisierten „besorgten BürgerInnen", stellen die „alten Kämpfer" weiterhin eine relevante Gruppe dar, da sie aus teils jahrzehntelanger Erfahrung schöpfen, bundesweit durch persönliche Kontakte partei- und organisationsunabhängig bestens vernetzt sind und eine hohe Gewaltaffinität mitbringen. So spielten ehemalige Aktivisten von B&H, FAP und Co. nicht nur tragende Rollen beim hier näher veranschaulichten „TddP", sondern auch bei sämtlichen Veranstaltungen unter dem HoGeSa-Banner. Doch auch sich biederer gebende Wutbürger dürfen sich der Unterstützung altgedienter militanter Neonazis sicher sein; So ist die Teilnahme u.a. ehemaliger B&H-Kader an den jüngsten rassistischen Aufmärschen der Alternative für Deutschland (AfD) gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung wenig überraschend und vielfach belegt. •

1 linksunten.indymedia.org am 15.9.2015: "[HH] Angriff von Neonazis am Hauptbahnhof am 12.09." **2** Abgeordnetenhaus Berlin, Drucksache 17 / 17 074 **3** AIB Nr. 103: „Patriotisches Menschenmaterial" **4** AIB Nr. 84: „Hamburg: Wolf im Wolfspelz" **5** AIB Nr. 76: „Drei Söhne Bremens" **6** www.nadir.org/nadir/ archiv/PolitischeStroemungen/ antifa/no **7** AIB Nr. 50: „Singen und Marschieren für Horst Wessel" und AIB Nr. 51: „Anstandshalber Starker Staat. Schily verbietet Blood & Honour" **8** Hamburger Abendblatt: „DER PROZESS UM DEN TOD DES RAMAZAN AVCI – EIN SKIN ANTWORTET DEM RICHTER: „... einfach reingetreten", 16. Mai 1986.

BRAUNZONE

Sachsen-Anhalt ist eines der fünf Bundesländer, in denen im nächsten Jahr ein neues Landesparlament gewählt wird. Schon jetzt ist abzusehen, dass die Alternative für Deutschland (AfD) auch hier von der bundesweit rassistisch geführten Debatte um Migration und Zuzug profitieren wird.

„Die Stimme der Bürger ist unser Programm!"

Die „Alternative für Deutschland" in Sachsen-Anhalt

Im Gegensatz zu anderen Landesverbänden ist bei der AfD in Sachsen-Anhalt auch nach der Abspaltung des nationalliberalen Flügels um Bernd Lucke zur neugegründeten Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA) kein weiterer Rechtsruck zu verzeichnen. Dies ist jedoch nicht auf die Dominanz gemäßigter Positionen zurückzuführen, sondern entspricht vielmehr der von Anfang an bestehenden offen (neu)-rechten Verortung des AfD-Landesverbandes unter ihrem Vorsitzenden André Poggenburg.[1] Gleichwohl stößt die AfD mit ihrer programmatischen Ausrichtung auf eine weiterhin (noch) bestehende Lücke in der bundesdeutschen Parteienlandschaft und trifft in Sachsen-Anhalt auf ein rassistisches Klima, dass sie bisher besser zu nutzen weiß als die regionale neonazistische Szene. Dies hängt zum Einen mit einer Rhetorik zusammen, durch die selbsternannte „Asylkritiker" an die Partei gebunden werden sollen — zum Anderen findet eine Abgrenzung zur extremen Rechten noch nicht einmal verbal statt.

„Wir für unsere Heimat"

Der deutschen Migrationspolitik geht es nicht mehr ausschließlich um die Aufrechterhaltung eines Einwanderungsstopps, sondern um eine Kontrolle der Migration unter sozioökonomischen Nützlichkeitsaspekten, die fortgesetzt mit Hilfe rassistischer Zuschreibungen geschieht.[2] Von der damit verbundenen Konjunktur des Rassismus profitiert aktuell die AfD. Gleichzeitig bestärken die bisherigen Wahlerfolge die Annahme, dass nicht erst eine (ökonomische) Krise mit konkreten Folgen und Maßnahmen für die davon Betroffenen eintreten muss, sondern bereits die Sorge vor Belastungen und Einschnitten rechten Wahlzuspruch begünstigt. Eben darauf setzt die Partei auch für die im März 2016 stattfindende Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. „Die zügellose Masseneinwanderung bedroht unseren bescheidenen Wohlstand und unseren inneren Frieden" heißt es in ihrem Wahlprogramm. Der AfD, die mit 36 ListenkanditatInnen zur Wahl antritt, dürfte bewusst sein, dass sie nicht aufgrund regionaler Verankerung eine durchaus realistische Chance auf den Einzug in ein weiteres Landesparlament hat, sondern von gesellschaftlich vorhandenen rassistischen und sozialchauvinistischen Ressentiments lebt. Diese brechen sich Bahn in der Ablehnung all dessen, was als „anders" wahrgenommen wird, was unterhalb der sozialen Hierarchie steht oder was „von außen" kommt. Die damit einhergehenden rassistischen und rechten Positionen bündelt die AfD in Sachsen-Anhalt unter der Parole „Die Stimme der Bürger ist unser Programm". Sie versucht diese im Sinne einer rechtspopulistischen Diskursstrategie, in der ein (ergebnis-)offener Diskurs nicht nur nicht gesucht wird, sondern dieser — wo immer möglich — verhindert werden soll, als Kampf um „freie Meinungsäußerung" zu verkaufen. Damit rückt sie den politischen Diskurs weiter nach rechts und verschafft ihren völkisch-nationalistischen Positionen eine breite Resonanz.

(Vorwahl-)Kampf in Sachsen-Anhalt

Die AfD sieht sich in Sachsen-Anhalt in einem Kampf gegen „lebensfremde Gesellschaftsexperimente", die nicht nur den „politisch-korrekten" neuen Menschen erschaffen sollen, sondern im Gegenzug gleich noch Deutschland abzuschaffen gedenken. Einem „linken Zeitgeist" solle „gesunder Menschenverstand und Heimatliebe" entgegenhalten werden. Was sich hinter solchen Aussagen verbirgt und wie die aktuelle Präsenz rechter und rassistischer Meinungen dabei bedient wird, macht ein Blick in das Landeswahlprogramm deutlich. „Unsere kulturelle Identität ist [...] der Kern unserer Existenz. Eine einseitige Konzentration auf zwölf Unglücksjahre unserer Geschichte verstellt den Blick auf Jahrhunderte, in denen eine einzigartige Substanz an Kultur und staatlicher Ordnung aufgebaut wurde." Bereits auf den ersten Seiten wird die ideologische Grundlage der AfD deutlich und kulturalistischer Rassismus sowie völkischer Nationalismus finden ihre Entsprechung. Wesentliche Bestandteile eines völkischen Nationalismus sind u.a. ein Verständnis von Nation auf der Basis ethnischer Homogenität, die Vorrangstellung der Nation bzw. Volksgemeinschaft gegenüber den Individuen, ein autoritäres Staatsverständnis sowie ein dichotomisches Freund-Feind-Den-



07.11.2015: AfD-Demonstration in Berlin.
Am Transparent v.l.n.r.: Matthias Lieschke (Kemberg, LK Wittenberg), Daniel Roi (Bitterfeld-Wolfen, LK Anhalt-Bitterfeld), André Poggenburg (Stößen, LK Burgenlandkreis), Jan Theilig (Lutherstadt Wittenberg, LK Wittenberg), Robert Farle (Halle).

ken.[3] Kulturalistischer Rassismus wiederum geht von einer angeblich tiefgreifenden und unaufhebbaren Differenz zwischen den Kulturen aus. Der AfD dient diese vermeintliche Unvereinbarkeit als Erklärung jedweder tatsächlichen oder möglichen Problemlage. „Die Herausbildung einer multikulturellen Gesellschaft auf deutschem Boden und der fehlende Mut zu unserer deutschen Leitkultur schwächen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gefährden auf lange Sicht die Demokratie selbst." Zuwanderung führe dazu, dass „unser geschichtliches Bewusstsein, unsere Kultur und unsere Lebensweise verdrängt werden" und „Parallelgesellschaften" entstünden, die Verantwortung dafür trügen, dass sich „die Sicherheitslage noch weiter verschlechtern wird." Es zeigt sich deutlich, dass sozioökonomische Themen wie Arbeit und Wirtschaft im Erscheinungsbild der AfD weiter an Bedeutung verlieren, wohingegen soziokulturelle Aspekte — ethnisiert und rassistisch aufgeladen — in den Fokus rücken.

Rassistische Mobilmachung

Im Zuge der sogenannten „Herbstoffensive" organisierte die AfD auch in Sachsen-Anhalt seit Mitte Oktober bisher 10 Demonstrationen gegen „das Politikversagen" der „etablierten Parteien" sowie „das Asyl-Chaos". Den größten Zuspruch erfuhren diese Veranstaltungen bislang in Magdeburg, wo unter starker Beteiligung aus anderen Bundesländern, zur ersten Veranstaltung etwa 2.000 Teilnehmende zu verzeichnen waren. Die AfD stellt sich selbst in die Tradition vergangener Umbrüche, um derzeit „akut bedrohte Werte" zu verteidigen. „Wir haben uns die Demokratie in der friedlichen Revolution von 1989 erkämpft, um sie mit Leben zu füllen, und nicht, um miterleben zu müssen, wie sie langsam aber stetig vergeht." Das Pluralismus in dieser Vorstellung keinen Platz findet, wird dabei auch durch die immer wieder bemühte Bezugnahme auf die „Lügenpresse" deutlich. Ohnehin werde das Recht auf Meinungsfreiheit erst eingeschränkt, „um es anschließend auf dem Altar einer abstrusen 'politischen Korrektheit' zu opfern." Die AfD bedient sich hierbei einer Strategie, die versucht rechte Thesen als Ausdruck eines Kampfes um Meinungsfreiheit gegen einen angeblich vorherrschenden linken „Tugendterror" zu verkaufen. Eine gewalttätige Entsprechung findet dieser Kampf dann nicht nur in der Anwesenheit einer Vielzahl rechter Hooligans und organisierter Neonazis auf den Demonstrationen der AfD, sondern ebenso in der Gründung von lokal organisierten „Bürgerwehren". Deren Etablierung stellt folgerichtig eine zentrale Forderung im Wahlprogramm dar. Demnach sollen „Kommunen mit besonderen Kriminalitätsbrennpunkten das Recht erhalten, eine freiwillige Bürgerwehr auf kommunaler Ebene einzuführen." Doch bis zu einem möglichen Wahlerfolg müssen „besorgte Bürger" gar nicht erst warten. Das Online-Portal „Netz gegen Nazis" zählte bis Sommer 2015 bundesweit etwa 100 solcher Gruppen alleine bei Facebook, wo regelmäßig über vermeintliche Übergriffe oder Störungen durch mehrheitlich Geflüchtete berichtet wird.[4] Dass diese Aussagen in erster Linie auf Gerüchten, Lügen und den rassistischen Vorstellungen der sie Verbreitenden zurückgehen, scheint dabei irrelevant zu sein. In Magdeburg griffen Mitglieder einer Bürgerwehr, die vor allem aus rechten Hooligans und Kampfsportlern bestand, in der Nacht zum 1. November eine Gruppe Geflüchteter an und verletzte diese so, dass ein Teil im Krankenhaus behandelt werden musste.[5] Diese Entwicklungen machen deutlich, dass es der AfD in Sachsen-Anhalt zu gelingen scheint eine rassistische Stimmung in Wort und Tat zu bedienen und weiter zu verschärfen sowie ein gewalttätig in Erscheinung tretendes Milieu von rechten Hooligans und organisierten Neonazis anzusprechen. •

1 Vgl. AIB Nr. 107: „Rechtsruck — Die AfD in den Landtagen und kommunalen Gremien" und AIB Nr. 109: „Das publizistische Maschinengewehr der Volkssouveränität" **2** Vgl. ZAG Nr. 67: „Antirassismus und Gesellschaft" **3** DISS-Journal 28: „Völkischer Nationalismus und Rechtspopulismus" **4** bnr.de: „Gefährliche Volkswächter" **5** Ebd.



7. November 2015 AfD-Demonstration in Berlin.

BRAUNZONE

„Das publizistische Maschinengewehr der Volkssouveränität"

Jürgen Elsässer und das Compact-Magazin

„Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Name ist Jürgen Elsässer und meine Zielgruppe ist das Volk. Und dieses Volk, unser Volk, das deutsche Volk ist bedroht." So beginnt die Rede Elsässers, Chefredakteur des Compact-Magazins, auf der „4. Konferenz für Souveränität" mit rund 1.000 Teilnehmenden am 24. Oktober 2015 in Berlin-Moabit. Elsässer weiß sich zu inszenieren. Nicht nur die alljährlich stattfindenden „Souveränitätskonferenzen" ziehen immer mehr Publikum, auch das Magazin scheint mittlerweile erfolgreich zu sein: Nach eigenen und nicht überprüfbaren Angaben liegt die monatliche Auflage derzeit bei 55.000, davon rund 40.000 verkauften Exemplaren.

Zu den Autoren des Magazins gehören neben Elsässer und seinem Chef vom Dienst Martin Müller-Mertens unter anderem einschlägige Autoren wie Götz Kubitschek und Martin Semlitsch (alias „Martin Lichtmesz") von der neurechten Zeitschrift Sezession, Helmut Roewer, ehemals VS-Chef in Thüringen oder der jüngst verstorbene Egon Bahr, einst führender SPD-Politiker unter der Regierung Willy Brandt, der in der Ausgabe vom Juli 2015 vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts vor einem neuen Ost-West-Konflikt warnte. Zu den Interviewgebern zählen darüber hinaus etwa der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Rainer Wendt, der in der Novemberausgabe 2015 über „genetische Grundbausteine" von Muslimen fabulierte, Björn Höcke von der AfD oder Tatjana Festerling, der die AfD zu lasch war, weshalb sie in Dresden im Juni diesen Jahres als PEGIDA-Kandidatin zur Oberbürgermeister-Wahl antrat und im ersten Wahlgang knapp zehn Prozent der Stimmen erlangte. Das Compact-Magazin schmückt sich gerne mit bekannten Stimmen, die Autorität und Seriösität verleihen sollen. In verschiedenen Ausgaben sind Reden bekannter Politiker abgedruckt, etwa von Viktor Orbán aus Ungarn oder von Vaclav Klaus, ehemals tschechischer Staatspräsident. In der Reihe „Compact-Edition" erschien 2014 der Band „Wladimir Putin. Reden an die Deutschen." Diese personelle Melange verdeutlicht auch die Reichweite von Compact — ob AfD-Funktionäre wie Björn Höcke, Alexander Gauland oder André Poggenburg, Führungsfiguren von PEGIDA, neurechte Akteure wie Kubitschek oder Vertreter der Politik autoritär regierter Länder — sie alle kommen im Magazin oder auf Compact-Konferenzen zu Wort. Die Ausgabe vom Mai 2015 zum Thema TTIP-Freihandelsabkommen und das darin enthalte-

ne Interview mit dem Gründer von Foodwatch und Buchautoren zum Thema TTIP, Thilo Bode, sind nur ein Beispiel für die Reichweite des Magazins und das Wirken jenseits rechtskonservativer Kreise.

Inhaltlich werden verschiedene Themen behandelt, die alle in den Tenor einstimmen, dass Deutschland und die EU nicht souverän seien, sondern von der USA kontrolliert: „Aufgeweckte Zeitgenossen wissen: Deutschland ist ein besetztes Land. Wir sind nicht souverän, sondern eine Militärkolonie der USA."[1] Zu den Themenschwerpunkten der vergangenen Ausgaben gehörten die Asyl- und Flüchtlingspolitik, meist in Verbindung mit dem Vorwurf an die „etablierte Politik", für den drohenden Untergang Deutschlands verantwortlich zu sein („Endstation Bürgerkrieg — Dschihadisten im Flüchtlingsstrom", „Die Königin der Schlepper — Wie Merkel Millionen ins Land holt" oder „Onkel Asyl — Wie Gauck Einwanderer lockt"), der politische Gegner, wobei man sich gerne an den Grünen abarbeitet („Grüne Kinderschänder"; „Rothfront marschiert — Die Deutschland-Hasser") und schließlich immer wieder Bezüge zum Ukrainekonflikt, der Nato und den USA („Stoppt Putin die NATO? Ein Mann will Frieden", „Der große Verrat. TTIP-Agent Gabriel"). Klassisch rechtspopulistisch nimmt das Magazin die deutsche Politik oder im Compact-Jargon die „politisch-mediale Klasse" ins Visier. Die angeblich mangelnde Souveränität und Unterwürfigkeit Deutschlands gegenüber den USA, die im Magazin unter anderem mit den Themensetzungen NSA, VW-Skandal oder TTIP verhandelt wird, sei im wesentlichen durch deutsche Politiker zu verantworten. Auch der NSU ist immer wieder Thema. In den entsprechenden Artikeln werden die vielen offenen Fragen zum NSU-Netzwerk dankbar aufgegriffen und zu einem großen Komplott der Geheimdienste verdichtet, wobei die Ideologie der Neonazis und gesellschaftlich verbreiteter Rassismus keine Rolle spielt.[2]

Mit „Mut zur Wahrheit" hat die Compact-Magazin GmbH den Anspruch, all die von der „Lügenpresse" verschwiegenen „Wahrheiten" aufzudecken und eine publizistische Gegenöffentlichkeit aufzubauen, wozu über das gedruckte Hochglanzprodukt hinaus auch noch weitere Angebote wie die Nachrichtensendung „Compact-TV Magazin" und diverse Videos im Internet, regelmäßige Veranstaltungen, ein Newsletter und schließlich die jährlichen Konferenzen gehören. Die entsprechend gewählte Rhetorik, mit der unter verschiedenen Themensetzungen eine Bedrohung Deutschlands gezeichnet wird, ist in der Regel drastisch und viele der aufgestellten Behauptungen kommen ohne Belege aus, was ja eigentlich der „Lügenpresse" vorgeworfen wird. So schreibt Elsässer im Editorial der Ausgabe 8/2015 unter dem Titel „Die zweite Besatzung Deutschlands": „Gut die Hälfte der Neuankömmlinge sind Albaner und andere Muslime aus dem Westbalkan, wo keine Minderheit mehr staatlich unterdrückt wird und die Bürgerkriege seit 15 Jahren aufgehört haben. Ein erhebliches Kontingent stellen auch Afrikaner aller Art und Tschetschenen — oft sunnitische Extremisten, die sich bei uns mehr Freiheiten zur Scharia-Ausübung versprechen als in ihrem Mutterland."

Das publizistische Netzwerk drängt auf die Straße

Seit kurzem bewirbt die Compact-Homepage rassistische und flüchtlingsfeindliche Demonstrationen, die von LeserInnen gemeldet und nach Überprüfung freigeschaltet werden. Für das letzte Novemberwochenende wurden Veranstaltungen wie „Hohenstein-Ernsthal sagt nein!", „Deutschland wehrt sich" (Schwerin) oder „Saarländer gegen Salafisten" beworben. Das publizistische Netzwerk um Compact geriert sich dabei als Sprachrohr der rechten Bewegung, die sich im vergangenen Jahr formiert hat und welche die unterschiedlichsten Akteure vereint. Öffentlicher Ausdruck dieser Bewegung sind die kontinuierlich in diversen Städten und Kommunen stattfindenden Demonstrationen, Kundgebungen oder Blockaden neu entstehender Notunterkünfte für Geflüchtete. Vorbei soll die Zeit sein, in der die diversen rechten Spektren ihre eigene Suppe kochen. Elsässer sieht das Magazin gar als „publizistisches Maschinengewehr der Volkssouveränität".[3]

Neurechte AkteurInnen, die bisher vor allem in ihren eigenen publizistischen Kreisen aktiv waren, sind nun auch bei Demonstrationen zugegen und bringen ihre Deutungen eines drohenden Bürgerkrieges unter die Leute. Ein prominentes Beispiel dafür ist Götz Kubitschek, der sowohl bei LEGIDA in Leipzig als auch bei PEGIDA in Dresden mehrere Reden gehalten hat und mehrfach zusammen mit Elsässer Veranstaltungen durchführte. Relativ neue Akteurin im Bündnis ist die AfD, die nach dem Essener Parteitag im Juli 2015 und dem Austritt eines Teils des nationalliberalen Flügels nun auch auf die Straße drängt. Neben den wöchentlichen Demonstrationen in Erfurt mit rund 8.000 Teilnehmenden konnte die AfD auch bei Demonstrationen in Magdeburg und Berlin mehrere tausend AnhängerInnen mobilisieren. In vielen weiteren Städten fanden in den vergangenen Wochen Kundgebungen und Demonstrationen mit mehreren hundert Teilnehmenden statt. Die gegenseitige Bezugnahme der jeweiligen AkteurInnen ist dabei kaum zu übersehen. So nahm an der diesjährigen Compact-Konferenz in Berlin auch der Vorsitzende der AfD in Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, auf dem Podium Platz.

Einendes Moment der rechten Bewegung ist die Forderung nach einem Rücktritt oder gar einer Verhaftung Merkels (Compact 12/2015). Dafür wünscht man sich, analog zu der derzeit auf rassistischen Aufmärschen beliebten Parole „Merkel nach Sibirien, Putin nach Berlin" eine autoritäre Figur wie Putin als Staatsoberhaupt. Dabei könne man nicht auf Wahlen setzen, so der Tenor, und so fordert auch Elsässer auf der Konferenz die Teilnehmenden auf, auf die Straße zu gehen und sich nicht spalten zu lassen: „Was wir jetzt brauchen, sind massenhafte Straßenproteste. Da genügen nicht mehr Zehntausende, wir brauchen Millionen auf der Straße. Und ich appelliere an jeden Einzelnen von Ihnen, gehen sie montags raus. (...) Es kann jetzt keine Entschuldigung geben, zu Hause zu sitzen, das Haus brennt." Konflikte zwischen den unterschiedlichen AkteurInnen schwelen jedoch weiter und dürften sich kaum mit solchen Appellen befrieden lassen. •

1 Editorial, Compact Nr. 8/2015. **2** Vgl. zur NSU-Berichterstattung in Compact die aktuelle Ausgabe 60 des Lotta-Magazins. **3** Vgl. Rede Elsässers auf der „4. Compact-Konferenz für Souveränität"

ANTIFA

Bereits in unserer letzten Ausgabe widmeten wir uns den jüngsten rassistischen Ausschreitungen in Deutschland. Der Artikel „Zwischen grenzenloser Solidarität und mörderischem Rassismus" setzte sich gleichermaßen mit dem institutionellen Rassismus der Politik, der medialen Stimmungsmache der Medien und den mit Ressentiments beladenen „besorgten Bürgern" auseinander, wie auch mit den unschwer erkennbaren Parallelen zu den rassistischen Mobilisierungen der 1990er Jahre. Zusammen mit der Wiederveröffentlichung des Textes „Ein Blick zurück in Zorn", welcher fünf Jahre nach den Pogromen von Rostock-Lichtenhagen entstand und dem Artikel der „Antifa Klein Paris", welcher sich unter anderem auf die sogenannte „Feuerwehrpolitik" der Antifa in der jetzigen Zeit bezieht, hofften wir zu der notwendigen Diskussion einen Teil beitragen zu können. Seitdem ist viel passiert und es verging keine Woche ohne Brandanschläge und Angriffe auf geplante oder bezogene Flüchtlingsunterkünfte und kein Tag ohne rassistische Demonstrationen oder körperliche Übergriffe auf vermeintliche und tatsächliche Asylsuchende.

Antifaschistische Aktion – Für die konsequente Intervention

In Gesprächen rund um die Frage was getan werden kann, um dieser rechten Bewegung die Stirn bieten zu können, begegnet man immer wieder Gefühlen der Ohnmacht, der Lähmung. Es scheint fast so, als ob bisherige Erfahrungen, Konzepte und Strategien nur schwer angewandt werden können. Meist finden die Ausschreitungen im ländlichen Raum statt, in denen antifaschistische Strukturen nur marginal vertreten, oder mit den Ereignissen überfordert sind. Wir mussten jedoch auch lernen, dass sich Provinz und Großstadt oft nicht viel nehmen, wir in Dresden ebenso wenig ausrichten konnten, wie in Freital oder Heidenau, wir in Erfurt einem ähnlich gewalttätigem Mob begegnen wie derzeit jeden Montag in Leipzig. Die Zeit rast, die rassistische Stimmung innerhalb der Gesellschaft wächst und Antifaschist_innen müssen sich der Lähmung und Lethargie stellen und realistische Herangehensweisen zur Intervention überlegen, bevor die Situation erneut eskaliert.

Dieser Text soll ermuntern, die geführten Auseinandersetzungen zu intensivieren. Dafür werden konkrete Handlungsmöglichkeiten zur Diskussion gestellt und Ideen zur Voranalyse gegeben.

Wenn wir von „Wir" sprechen, meinen wir einerseits uns als organisierte Antifaschist_innen im Allgemeinen, egal ob aus Groß- oder Kleinstadt, die es satt haben, jedes Wochenende neue Hiobsbotschaften aus #Kaltland zu bekommen, ohne adäquate Lösungsansätze vorstellen zu können. Andererseits richten sich die konkreten Überlegungen geziehlt an Bezugsgruppen, in denen der Konsens herrscht, spätestens „wenn es brennt", gemeinsam einzugreifen. Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist eine akute, für Geflüchtete lebensbedrohliche Situation, in der wir Antifaschist_innen konkret handeln müssen, d.h. im Moment einer zu erwartenden rassistischen Ausschreitung oder eines Pogroms.

Antifa heißt Austausch

Wir sind kaum handlungsfähig, wenn wir hunderte Kilometer in eine fremde Stadt fahren, ohne Vorkenntnisse über die dortige Situation, Stimmung und Bedrohungslage zu haben. Im besten Fall gibt es selbst in der ländlichsten Region Antifa-Gruppen oder antirassistische Bündnisse, auf deren Einschätzungen wir uns stützen können und mit denen wir in Kontakt treten sollten. Im schlechtesten Fall sind wir auf uns gestellt und müssen uns durch eigene Recherche einen Überblick verschaffen. Hilfreich dafür kann es sein, Genoss_innen anzusprechen, die in den jeweiligen Regionen gelebt haben um mit ihnen gemeinsam die lokale Situation nachvollziehen zu können.

Im Falle der Kleinstädte und Dörfer haben wir immer wieder feststellen können, dass sich die meisten kennen. Wir können nicht von außerhalb Strukturen aufbauen, können aber unterstützend wirken und Impulse geben, auch ohne Großstadtarroganz.

Für die Gruppen vor Ort ist es in der jetzigen Situation unabdingbar Bündnisse zu verfestigen und politische Mitstreiter_innen zu finden, um in Notlagen verlässlich zusammen handeln zu können und gleichzeitig eine ansprechbare Struktur für Auswärtige zu etablieren. Denn ohne regionale Strukturen sind Auswärtige oft handlungsunfähig.

Sind diese lokalen oder regionalen Strukturen vorhanden, ist es für Auswärtige unablässig, diese in strategische Entscheidungen einzubinden und die vorhandenen Ängste und Sorgen ernst zu nehmen. Argumente wie „Wenn ihr hier den Nazis was antut, fällt das auf die eh schon kleine regionale Szene zurück" müssen verstanden, aber auch kritisch hinterfragt werden. Richtig ist: Insbesondere wenn wir längere Anreisewege haben, können wir keinen kontinuierlichen Schutz lokaler Strukturen gewährleisten. Jedoch ist es wichtig sich die eigenen Handlungsoptionen nicht vollständig einschränken zu lassen. Oft sind es lediglich Mythen, in denen sich das politische Gegenüber sonnt, als das tatsächlich No-Go-Areas existierten. Diese Mythen müssen wir prüfen und verifizieren. Antifaschistisches Engagement wird immer konfliktbehaftet sein und auf Widerstand seitens der extremen Rechten stoßen. Das jedoch darf nicht ausschlaggebend für unser Handeln sein. Stattdessen sollten wir uns überlegen, wie wir ländliche Strukturen unterstützen können, damit antifaschistische Interventionen auch in dem kleinsten, konservativsten Dorf möglich sind. Das schließt ein, dass wir die Kontakte halten, regelmäßigen Austausch suchen und immer wiederkommen, wenn es notwendig ist.

Neben Kontakten zu lokalen Strukturen sollten wir zur Vorbereitung auch eigene Recherchen anstellen. Wichtige Fragen dabei sollten sein: Wann und wo eröffnen Unterkünfte, welche Art der Unterbringung (Notunterkunft, Heim, dezentrale Unterbringung) wird in Betracht gezogen, welche Stimmung herrscht innerhalb der Bevölkerung, gibt es bereits rassistische Initiativen und wenn ja, welches Mobilisierungs- und Gewaltpotential geht von ihnen aus? Gibt es Ansätze zivilgesellschaftlicher Willkommensinitiativen und haben wir Kontakt zu diesen? Gibt es möglicherweise sogar Kontakte zu Bewohner_innen bestehender Heime?

Im Unterschied zu den 90er Jahren gibt es heutzutage fast unbegrenzte Möglichkeiten, durch soziale Netzwerke und schnelle, sichere Kommunikation, jeden noch so kleinen Funken rassistischer Mobilmachung nach zu vollziehen. Andererseits ist eine extreme Rechte durch den technischen Fortschritt in der Lage schneller zu mobilisieren und ihre Aktionen virtuell aufzubauschen.



Tankstellen und Gewerbegebiete

Haben wir konkrete Befürchtungen, d.h. bahnen sich rassistische Ausschreitungen an, werden wir im Vorfeld Ortsbegehungen machen müssen. Diese geben uns auf der einen Seite einen Überblick über die lokalen infrastrukturellen Gegebenheiten, auf der anderen Seite ein Gefühl für die Stimmung vor Ort. Rechte Mobilisierungen können in sozialen Netzwerken ein hohes Maß an Organisation vermitteln, in der Realität können diese Zusammenschlüsse aber auch marginal sein. Andererseits können etwaige Mobilisierungen in der Realität auch bedrohlicher sein, als sie im Netz erscheinen.

In der Vorrecherche müssen wir Schwerpunkte setzen und arbeitsteilig vorgehen. Es ist unmöglich knapp 70 rassistische oder neonazistische Aufmärsche und Kundgebungen — so viele fanden in der ersten Novemberwoche 2015 statt — ausführlich zu analysieren, doch dürften wir über die Jahre einen Blick dafür entwickelt haben, wo Brennpunkte entstehen könnten.

So sollten wir die Entwicklung rund um größere Erstaufnahmeeinrichtungen besonders im Blick haben, seien es umfunktionierte Baumärkte, Turnhallen oder ähnlich große Gebäude. Unserer Einschätzung nach fühlen sich die RassistInnen von diesen besonders bedroht, da die Aufnahmekapazitäten dort noch einmal höher sind als bei regulären Asylunterkünften. Außerdem ist das Terrain um diese oft weitläufig und schwer überschaubar: Sie liegen oft am Stadtrand bzw. in Gewerbegebieten. Einem rechten Mob wird es da einfacher gelingen, anzugreifen. Wir hingegen hätten dort die Herausforderung den Überblick zu wahren und Schutz zu realisieren.

Im Rahmen der Vorrecherche ist es ebenso wichtig, aktuelle Aktionsformen der Angreifenden zu analysieren. In Heidenau wie auch jüngst an anderen bezugsfähigen Unterkünften zeichneten sich erste Proteste durch Versammlungen an populären Orten im Stadtgebiet ab. Vielfach waren es Tankstellen oder Parkplätze vor Supermärkten, die einem eher unorganisierten rassistischen Klientel Anlaufpunkte boten. Es folgten spontane Blockaden der Zufahrtswege, um ankommende Busse mit Flüchtlingen zu stoppen. Auch die Versuche in Freiberg, Zwickau oder Meerane, Flüchtlinge an sogenannten Drehkreuzen an der Weiterfahrt zu hindern, sollten wir genauestens verfolgen, um bestehende Mobilisierungen begreifen zu können.

Die Ausschreitungen folgen einem ähnlichen Muster.

In Rostock-Lichtenhagen wie auch in Heidenau hat sich die Lage über Tage hinweg zugespitzt und ist dann aufgrund von „Erfolgen" seitens des Mobs eskaliert. Diese „Erfolge" dürfen wir nicht außer Acht lassen, denn auch wenn es anfangs nur 50 Rechte auf der Blockade waren, so standen wir einen Tag später mehreren Hundert gegenüber. Ein Meldesystem unsererseits ist daher unabdingbar und eine frühe Erkennung der Lage notwendig. Dass wir nicht jedes Wochenende vor ein und der selben Unterkunft stehen können, steht fest, doch sollten wir uns Richtlinien schaffen, nach denen wir eine Reise in Betracht ziehen. Dabei sollten Alarmismus vermieden und umlaufende Informationen verifiziert werden. Es ist besser, fünf mal präsent gewesen zu sein, als nur einmal eine Situation nicht erkannt oder ernst genommen zu haben, zumal wir durch jede Anreise an Erfahrung reicher und in Organisation und Auftreten sicherer werden.



Von der Erkenntnis zum Handeln

Für diejenigen, die sich entschließen, los zu fahren, sollte vorher klar sein, auf was sie sich einlassen. Wichtig ist es auch Kriterien zu entwickeln, die für die Entscheidung, zu fahren oder nicht zu fahren, bedeutend sind. In den vergangenen Monaten kam es des öfteren zu rechten Angriffen noch bevor die Heime bezogen waren. Der rechte Mob beschäftigte sich mit der Polizei, ohne dass Flüchtlinge in Gefahr gewesen sind. Wir sehen in solchen Situationen keinen konkreten antifaschistischen Interventionsbedarf, da wir dort unsere Ressourcen und Kapazitäten verschwenden, ohne jedoch Flüchtlinge in einer bedrohlichen Lage geschützt zu haben. Solche Ereignisse sollten uns dennoch als Indikator dienen. Sie geben uns die Möglichkeit, eine eventuelle rechte Mobilisierung nach Einzug von Flüchtlingen abschätzen zu können. Auch hier ist zu fragen: Wer sind die ProtagonistInnen und wer schaut zu und klatscht Beifall? Solche Attacken sind Teil einer Eskalationsspirale und sollten bei uns höchste Alarmbereitschaft auslösen.

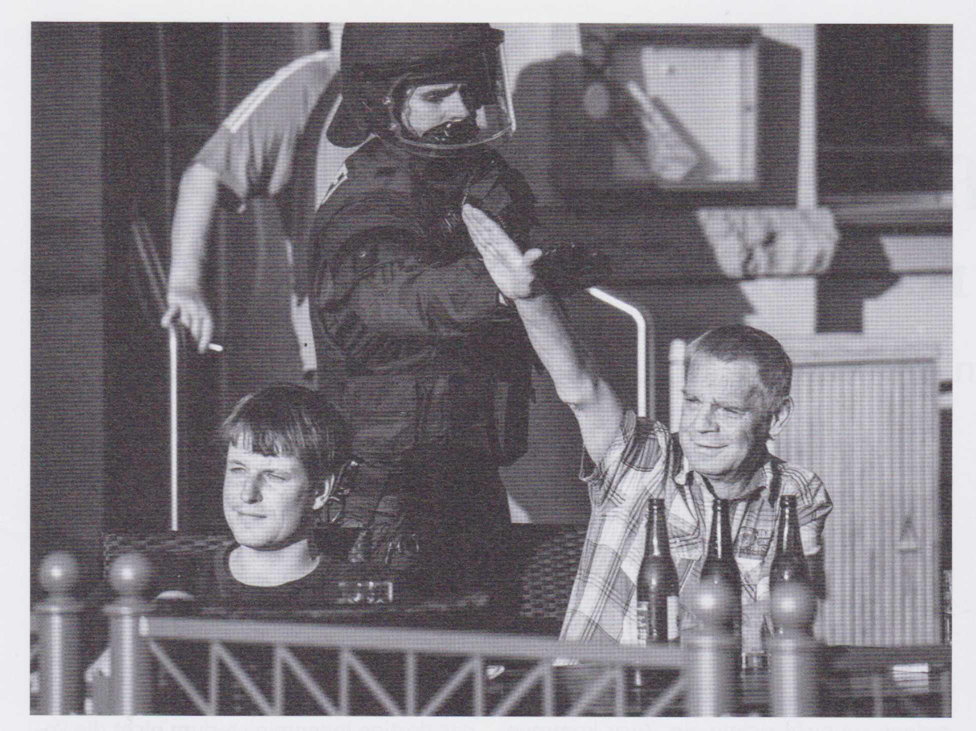
Falls wir uns entscheiden zu fahren, brauchen wir Selbsteinschätzungen und auch ein Gefühl dafür, auf was sich andere Gruppen einstellen und wie deren Konzepte sind. Notfallbündnisse müssen im Vorfeld geschmiedet und deren Entscheidungen sollten in den Bezugsgruppen diskutiert werden. Ein Notruf muss verifizier- und argumentierbar sein.

Gemeinsames Handeln nach gemeinsam beschlossenen Richtlinien kann uns allen ein sicheres Gefühl und Auftreten geben, sowie Sorgen und Ängste minimieren. Je mehr wir vor solchen Ereignissen miteinander reden und unsere Ängste thematisieren, desto weniger Worte müssen wir im Notfall auf einberufenen Treffen verlieren. Wir müssen eine Basis finden, auf der sich niemand ausgeschlossen, aber auch nicht ausgebremst oder eingeschränkt fühlt. Offensive Intervention und passiver Schutz können sehr wohl gemeinsam funktionieren. Dies allerdings nur, wenn jede teilnehmende Person im Vorfeld mit sich und den Mitstreiter_innen klärt, wie man sich an einer Intervention beteiligt. Wir verweisen dabei grundlegend auf das Prinzip der Bezugsgruppe und sehen keinen Sinn, mit einem wahllos zusammengewürfelten Haufen Entscheidungen zu treffen.

In Situationen bevorstehender rassistischer Attacken sprechen wir uns dafür aus, mehr Risiken einzugehen. In der konkreten Situation eines Pogroms sind kaputte Autoscheiben oder andere Sachschäden wohl zu verkraften. Der materielle Schaden lässt sich gemeinsam tragen. Körperliche Auseinandersetzungen sind in diesen Momenten nicht immer unumgänglich, müssen aber in Relation stehen. Vielleicht riskieren wir unsere Unversehrtheit, in dem wir uns einem Mob offensiv entgegen stellen. Im besten Fall können wir dadurch jedoch schlimmeres verhindern. Wir haben den „Luxus" es uns auszusuchen, Teil einer solchen Auseinandersetzung zu sein, die Betroffenen rassistischer Gewalt können das nicht. Ängste vor konfrontativen Situationen im Sinne einer (Selbst)-Verteidigung lassen sich durch gemeinsames Durchsprechen — oder auch das Üben von koordiniertem Agieren — abbauen oder wenigstens rationalisieren.

Manchmal lieber weg von der Professionalität und hin zur Konsequenz.

Hinsichtlich zu erwartender Repression wünschen wir uns mehr Selbstvertrauen und Rationalität. Im Moment einer Auseinandersetzung, welche auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen kann, sollten wir uns fragen, in wie weit unser Handeln schlicht Notwehr bzw. Nothilfe ist. Die gilt insbesondere in Situationen, in den die wenigen bereitstehenden Polizist_innen überfordert sind. Wir haben Handlungsspielräume und die sollten wir auch nutzen. Heide-



nau hat einmal mehr gezeigt, dass man sich allein auf diejenigen, die für den Schutz der Unterkünfte zuständig sind, nicht verlassen kann. Dafür sprechen auch die Erfahrungen aus den 1990er Jahren. Weder eine Sicherheitsfirma, deren Personal nicht selten aus den Reihen der extremen Rechten rekrutiert wird, noch die Polizei können verlässliche Partner sein. Durch die Stigmatisierung der Antifa durch den Staat und die Medien werden wir in rassistischen Ausschreitungen selbst zum Störfaktor, wenn wir den Mob an seinem Handeln aktiv hindern. wird.

Wir fassen zusammen. Um effektiv in eine pogromartige Auseinandersetzung intervenieren zu können, brauchen wir verifizierte Informationen über das Geschehen, nachhaltige Kontakte zu Strukturen in der Region, selbstkritische Einschätzungen über die Möglichkeiten unseres Handelns sowie eine gehörige Portion Selbstvertrauen.

Öffentlichkeit schaffen und Selbstermächtigung stärken

Es wäre naiv zu glauben, dass Heidenau eine einmalige Sache war. Die aktuelle rassistische Stimmung in der Gesellschaft wächst und schafft den Nährboden für weitere gewalttätige Ereignisse. Rassistische Aufmärsche finden an vielen Orten gleichzeitig statt, was zur Folge hat, das wir — als antifaschistische Bewegung — uns entweder auf eine Stadt konzentrieren oder uns aufteilen müssen.

Wenn wir zahlenmäßig schlecht aufgestellt sein sollten, bleibt uns die Möglichkeit, Öffentlichkeit zu schaffen, sei es durch Kundgebungen, Demonstrationen oder Willkommensfeste. Dadurch nötigen wir Polizei und Behörden zur Präsenz und schaffen Sensibilisierung. Darüber hinaus können wir so auch direkten Kontakt zu den Flüchtlingen aufnehmen, auch wenn dies schwer ist, sei es durch die hohe Fluktuation oder durch Konflikte innerhalb der Unterkünfte.

Wir müssen ihre Selbsthilfe stärken, Selbstermächtigung und Austausch fördern. Viele der Flüchtlinge können Genoss_innen sein, mit denen wir gemeinsame Kämpfe führen können bezüglich eines Lebens in Würde. Der Hintergrund derer, die nun in diesen Sammelunterkünften leben müssen, sollte nicht außer Acht gelassen und ihr Blick auf die Geschehnisse um sie herum nicht vergessen werden. Oftmals bedarf es keiner großen Erläuterung, was für ein brauner Mob vor ihrer Unterkunft tobt oder welche Rolle die Polizei spielt. Faschistische Gewalt und Rassismus spielen auch in vielen Herkunftsländern der Flüchtlinge eine Rolle und das autoritäre Verhalten, bzw. der ambivalente Zweck einer Polizei ist weltweit bekannt. Dazu vereint beide eine fehlende Empathie gegenüber den Fluchtursachen, wobei die Konsequenz der RassistInnen Hass und Gewalt, die der Polizei unwürdige Behandlung und Abschiebung ist.

Gräben überwinden und Kämpfe vereinen

Wir müssen wieder lernen, (Zweck-) Bündnisse einzugehen und Diskussionen möglich zu machen, in denen wir uns nicht in Kleinigkeiten verlieren. Uns geht es in erster Linie darum, rassistische Ausschreitungen zu verhindern. Wir sind aber auch politische Individuen, mit eigenen Ideen und Vorstellungen. Antifaschistische Intervention sollte kein Selbstzweck werden, auch wenn oft von „Feuerwehrpolitik" die Rede ist. Stattdessen sollte sie nachhaltig sein und uns auch außerhalb der konkreten Aktion vereinen. Uns schwebt ein dichtes Netzwerk antifaschistischer Bezüge vor, das im ländlichen Raum genauso erreichbar und handlungsfähig ist wie in Großstädten. Es braucht Plattformen, auf denen ein schneller Austausch nötiger Informationen möglich ist, so dass sich jeder Zusammenhang ermächtigt fühlt zu Handeln, mit dem Wissen um mögliche Mitstreiter_innen, deren Ansätze ähnlich ausgerichtet sind.

Liebe Mitstreiter_innen, wir befinden uns in einer sehr düsteren Zeit, deren Ende noch lange nicht absehbar ist. Rassistische Stimungsmache auf den Straßen und in den Behörden, Übergriffe und Ausschreitungen werden uns auch zukünftig beschäftigen. Lasst uns aus den 1990er Jahren lernen und uns zügig und intensiv auf kommende Ausschreitungen vorbereiten. Zwischen den Pogromen in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen lag auch fast ein Jahr. Zeit, die nur ungenügend genutzt wurde um eine überzeugende Reaktion zu organisieren.

Deshalb: Raus aus der Wohlfühlzone, dem Szene-Kiez und dem vorgewärmten Nest, rein in den Austausch, die Diskussion, die reale Vorbereitung zum Losfahren und die konsequente Intervention in Kaltland! •

GESELLSCHAFT

Die Erfassung der Fallzahlen rechter Gewalt

Eine Geschichte von Ignoranz, Zahlensalat und Strukturmängeln

MONIKA LAZAR

Rassismus hat Hochkonjunktur in Deutschland. Immer häufiger äußert sich Hass in flüchtlingsfeindlichen Straftaten. Das Bundeskriminalamt (BKA) tut sich schwer damit, die Sachlage realistisch darzustellen. So soll die Erfassung der sog. Politisch motivierten Kriminalität (PMK) die Polizei befähigen, ein genaues Lagebild zu erstellen, um zielgenau und nachvollziehbar zu handeln.

Tatsächlich aber, so stellte der Parlamentarische Untersuchungsausschuss NSU des Bundestages (PUA NSU) in seinem Abschlussbericht 2013 fest, war die polizeiliche Analyse rechtsextremer Gewalt jahrzehntelang „fehlerhaft, das Lagebild dadurch unzutreffend". (BT-Drs. 17/14600, S. 861) — mit den bekannten Folgen. Danach wurde allseits Besserung gelobt. Vier Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU ist es Zeit für einen Realitäts-Check: Werden rassistische Straftaten heute rechtzeitig erkannt, klar benannt und konsequent bestraft? Leider nicht. Nach wie vor liefert die PMK-Statistik unschlüssige Zahlen und sorgt für Verwirrung.

Die Grüne Bundestagsfraktion hat die Fallzahlen unter die Lupe genommen. Danach zeigt auch die aktuelle BKA-Statistik Widersprüche und Unzulänglichkeiten. So wusste das BKA etwa nur von 61 rassistischen Gewalttaten in Ostdeutschland im Jahr 2014, während die ostdeutschen Opferberatungsstellen 457 Taten auswiesen, mehr als das siebenfache also. Im Westen fehlt ein solides Netz zivilgesellschaftlicher Opferberatungen, daher gibt es keine Vergleichszahlen. Doch offenkundig übersehen die Behörden zahlreiche Straftaten oder ordnen sie nicht richtig ein. Zwar kommen auch zivilgesellschaftliche Stellen zu etwas voneinander abweichenden Ergebnissen, jedoch sind ihre Zahlen stets signifikant höher als die des BKA — eine beunruhigende Kontinuität.

Seit Jahren wird auch über die korrekte Zahl derjenigen Menschen gestritten, die seit 1990 durch rechte Gewalt starben. Stets liegen die Zahlen von JournalistInnen und Beratungsstellen weit höher als die der Polizei bzw. der Bundesregierung — welche zudem über die Jahre immer wieder korrigiert werden mussten. Nach der NSU-Selbstenttarnung begann unter Leitung des BKA eine Überprüfung aller möglicherweise rechten Mordfälle seit 1990. In einer ersten Stufe filterte man zunächst 745 Verdachtsfälle rechter Tötungsdelikte heraus (mit 849 Opfern). In einer zweiten Stufe konnte das BKA dann aber bei keinem (!) dieser 745 Verdachtsfälle einen „weiteren Ermittlungsansatz" für einen rechten Tathintergrund erkennen.

Wie kann das angehen? Wir fragten nach. Das hängt — so die Bundesregierung — mit der Fragestellung in dieser zweiten Stufe zusammen. Da wurde nämlich nicht mehr nach einem rechten Tathintergrund gefragt, sondern nach einem „rechtsextremistisch/-terroristischen". Das Prüfungsraster wurde damit so eng angelegt, dass von vornherein klar war: Man wird nichts finden.

Das Land Brandenburg führte eine eigene Prüfung verdächtiger Todesfälle durch, ging aber konstruktiver vor: Erstens beauftragte das dortige Innenministerium nicht die Polizei, sondern das zivilgesellschaftliche „Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien". Zweitens wurde zur Begleitung ein Expertenkreis berufen, der sich gleichberechtigt aus VertreterInnen der zuständigen Behörden und zivilgesellschaftlicher Institutionen, wie der Amadeu Antonio Stiftung oder dem Verein Opferperspektive, zusammensetzte. Das führte denn auch zu anderen Ergebnissen. So wurden in Brandenburg neun bislang unberücksichtigte Todesfälle identifiziert und in die offizielle Statistik aufgenommen. Damit verdoppelte sich die Zahl in Brandenburg auf 18 Fälle. Gesellschaftspolitisch bedeutsam ist, dass alle Beteiligten aus Staat und Zivilgesellschaft bei fast allen untersuchten Todesfällen zu einer gemeinsamen inhaltlichen Bewertung kamen. Wo jahrzehntelang Sprachlosigkeit herrschte, gibt es nun gegenseitiges Verstehen und ein belastbares Ergebnis.

Die neun Mordfälle aus Brandenburg wurden dem BKA nachgemeldet. Das BKA hatte diese Fälle zwar auch geprüft, aber selbst keine Anhaltspunkte zur Neubewertung gefunden. Später präsentierte das BKA eine — wieder einmal nachträglich korrigierte — Übersicht: Die Bundesregierung bestätigt nun 75 Tote durch rechte Gewalt seit 1990. 48 lautete die Zahl vor der NSU-Zäsur. Danach kamen die zehn von der Terrorgruppe Ermordeten hinzu. Erstmals er-



Foto: Presseservice Rathenow

scheinen alle 17 Nachmeldungen in der BKA-Statistik (neben neun Fällen aus Brandenburg jeweils drei aus Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie je einer aus Hessen und Mecklenburg-Vorpommern). Außerdem gibt die Bundesregierung 170 versuchte rechte Morde (29 davon seit 2009) an. Auch dies gehört zu den erschreckenden, und bislang unbekannten Fakten über rechte Gewalt in Deutschland.

Bis heute ebbt die Welle rechter Gewalt nicht ab, sondern wird stärker. 2015 zählte das BKA bis Ende Oktober 637 Straftaten gegen Asylunterkünfte, mehr als dreimal so viele wie im gesamten Vorjahr (199). Und während 2014 „nur" 28 flüchtlingsfeindliche Gewalttaten registriert wurden, stieg die Zahl im laufenden Jahr bereits auf 104 Delikte. Dass die Fallzahlen dramatisch sind und die Dynamik ungebrochen scheint, konstatiert auch das BKA. Leider erlebt man bei der Erfassung dennoch ein bedenkliches Déjà-vu. Einige Anzeichen legen nahe, dass die Polizei bei Gewalt gegen Flüchtlinge — wie in den 1990er Jahren — nicht genau genug hinschaut.

Erneut weichen die Zahlen von BKA und Zivilgesellschaft deutlich voneinander ab. Während das BKA 2015 „nur" 53 Brandstiftungen gegen Unterkünfte erfasste, zählten Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL für denselben Zeitraum 92 Anschläge (Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle 2015, 30.10. 2015).

Auch werden rassistische Tathintergründe oft durch die Polizei verkannt. So verneinte das BKA bei dem Brandanschlag auf die geplante Flüchtlingsunterkunft in Tröglitz im April 2015 einen rechten Tatverdacht. Stattdessen unterstellten die Ermittlungsbehörden in Sachsen-Anhalt, dass ja ggf. auch linke Aktivisten versucht haben könnten, ihren politischen Gegner zu „diskreditieren".

Beim Brandanschlag auf eine Unterkunft in Escheburg (Schleswig-Holstein, Februar 2015) erwies das BKA sich ebenfalls als unfähig. Monate nachdem das zuständige Gericht den Anschlag als „fremdenfeindlich" eingestuft hatte, hob das BKA in seinem Juli-Lagebild die Tat noch als einen „nicht politisch einzuordnenden" Anschlag hervor.

Gefährlich ist, dass die Polizei die Interaktionen zwischen rechten Straftätern und PEGIDA, AfD oder NPD ausblendet. So erläutert das BKA in seinem aktuellen Lagebild einerseits: Von 228 bekannt gewordenen Tatverdächtigen seien ein Drittel der rechtsextremen Szene und ein Fünftel einer rechtsextremen Organisation zuzuordnen. 205 von ihnen stammten aus einem Umkreis 20 km von den (bundesweit verteilten) Tatorten. Andererseits aber bleibt das BKA stoisch dabei, dass es sich primär um Einzeltäter handle und es keine Belege für eine bundesweite Steuerung durch rechtsradikale Parteien gäbe.

Da ist der Bundesrat fachlich kompetenter, wenn er in einem NPD-Verbotsantrag feststellt, dass die „Anschläge auf Asylunterkünfte eine konsequente Umsetzung der Ideologie der NPD" darstellen.

Wie sehr PEGIDA, AfD und der rechte Mob zusammenarbeiten, lässt sich mittlerweile gut erkennen. Dass rechte Schläger nämlich nicht mehr nur mit Brandsätzen und Knüppeln losstürmen, ist auch dem BKA aufgefallen. Inzwischen testen sie laut BKA gezielt neue Aktionsformen, insbesondere Blockaden — an Bahnhöfen, Autobahnen oder direkt vor Flüchtlingsunterkünften. Genau hier aber findet der Brückenschlag nicht nur zur NPD statt (die gezielt lokale „Nein zum Heim" Kampagnen steuert), sondern auch zu PEGIDA & Co., die ungeniert zu solchen Blockaden aufrufen.

Die Polizei muss noch viel tun, um ihren Auftrag aus dem PUA-NSU einzulösen. Die PMK-Erfassung liefert auch heute keine plausiblen, widerspruchsfreien Daten. Nach wie vor gibt es eklatante Strukturmängel, auch hinsichtlich der Kooperation bzw. des Datenabgleichs mit zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen. Wer aber keine validen Daten über das Ausmaß rechter Gewalt hat, der kann kein verlässliches Lagebild zeichnen, aus dem sich wirksame Gegenstrategien entwickeln ließen. Während sich die Gewalt gegen Geflüchtete quantitativ und qualitativ erkennbar zuspitzt, wurde Mitte November im Bundestag ein neuer NSU-PUA eingesetzt. Struktur, Zusammenarbeit und Anti-Rassismus-Qualifizierung der Behörden gehören zu den Themen, die die Grüne Bundestagsfraktion dort auf die Agenda setzen wird. Das sind wir den vielen Opfern rechter Gewalt schuldig. •

Zur Autorin:
Monika Lazar ist Bundestagsabgeordnete und Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie ist stellvertretendes Mitglied des neuen Parlamentarischen Untersuchungsausschusses NSU im Bundestag.

GESELLSCHAFT

Im Zusammenhang mit der andauernden Debatte um Flüchtlinge und Zuwanderer kam es zu menschenverachtenden Aussagen aus den Reihen der CSU. Mit ihrer rassistischen Rhetorik will sie vor allem Wähler_innen am rechten Rand bedienen.

„Geistige Brandstiftung“

Die Hetze der CSU gegen Flüchtlinge

MICHAEL LAUSBERG

Die CSU-Regierungsvertreter wettern seit Jahren gegen Asylbewerber aus dem ehemaligen Jugoslawien und Albanien und gegen sogenannte Armutsmigrant_innen aus Bulgarien und Rumänien. Damit werden Einwanderer aus Bulgarien und Rumänien pauschal — in homogenisierender Wahrnehmung — als Armutsmigrant_innen stigmatisiert. Ihr Vorsitzender Horst Seehofer schrieb in der CSU-Hauspostille „Bayernkurier“ von einer „massenhaften Einwanderung von Roma aus Südosteuropa in die deutschen Sozialsysteme“, sozusagen ein „grenzenloses Schmarotzertum“.[1] Seehofer sagte in seiner Rede beim Politischen Aschermittwoch der CSU in Passau am 18. Februar 2015: „Wir sind nicht das Sozialamt für den Balkan — diese Aussage unterstreiche ich ausdrücklich.“[2]



Im Juni 2015 legte die CSU einen 16-Punkte-Plan vor, um Flüchtlinge erst gar nicht in die BRD einreisen zu lassen. Zu den Vorschlägen gehören auch „Selektionszentren“ in Nordafrika. Horst Seehofer bemerkte beim niederbayerischen CSU-Bezirksparteitag am 18. Juli 2015: „Wir müssen diesen 40-prozentigen Missbrauch, man kann sagen den massenhaften Missbrauch, zurückführen und einstellen. (...) Wir müssen rigorose Maßnahmen ergreifen.“[3]

Andreas Scheuer, Generalsekretär der CSU, äußerte im Rahmen eines Gesprächs mit der Passauer Neuen Presse, das am 20. Juli 2015 veröffentlicht wurde: „An den Grenzen stehen 60 Millionen Flüchtlinge. Wie sollen wir dieser Massen Herr werden? Wir können nicht die ganze Welt retten.“[4] Bei dieser Aussage griff Scheuer auf Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR vom Juni 2015 zurück, wonach sich Ende 2014 weltweit knapp 60 Millionen Menschen auf der Flucht befanden. Daraus war aber kein Szenario ablesbar, in dem sich all diese Menschen auf der Flucht nach Europa oder in die BRD befänden.[5] Scheuer inszenierte also bewusst dieses Angstszenario, dass sich als uniforme Bewegung 60 Millionen Flüchtlinge an den deutschen Grenzen befänden. Dies knüpft an die altbekannte Metapher an, dass „Flüchtlingsströme Deutschland überfluten wollen“. Kurz danach startete Seehofer den Versuch, die deutsche Bevölkerung und Flüchtlinge gegeneinander auszuspielen. In einer Rede vor dem Bayerischen Landtag am 22. Juli 2015 hieß es: „Bevor wir in Leistungskürzungen für die Bevölkerung gehen, die hier lebt, ist es unsere Pflicht, diesen nennenswerten — ich sage das auch vor diesem Parlament —, diesen massenhaften Missbrauch des guten Asylrechts, das im Grundgesetz geschützt ist, einzudämmen und abzustellen.“[6]

Nach dem Aufruf der Sozialgenossenschaft „Bellevue de Monaco“ protestierten mehrere tausend Menschen am 27. Juli 2015 in München unter dem Motto „Mia san ned nur mia“ gegen die Abschreckungspolitik der CSU-Staatsregierung. Die Teilnehmer_innen kritisierten vor allem die von der CSU geplanten „Selektionslager“ für Flüchtlinge in den Landkreisen Rosenheim und Passau.

Als am 5.September 2015 die deutsche Regierung mit Beteiligung von CSU-Ministern der Einreise von 8.000 in Ungarn festgehaltener Flüchtlinge zustimmte, verurteilte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann die Entscheidung als „völlig falsches Signal innerhalb Europas“.[7]

Seehofer kündigte Anfang Oktober 2015 an, neu ankommende Asylbewerber_innen direkt in andere Bundesländer weiterzuleiten: „Hinzu kommen ausdrücklich auch Maßnahmen der Notwehr zur Begrenzung der Zuwanderung, wie etwa Zurückweisungen an der Grenze zu Österreich und un-

mittelbare Weiterleitung neu eintreffender Asylbewerber innerhalb Deutschlands."[8]

Wenige Stunden nach den Anschlägen von Paris stellte Markus Söder (CSU) mit dem Tweet „#ParisAttacks ändert alles. Wir dürfen keine illegale und unkontrollierte Zuwanderung zulassen" völlig zusammenhanglos einen Zusammenhang zwischen Flüchtlingen und Terrorismus her. Dies erntete Kritik aus allen Fraktionen im Bundestag. Söder hielt dem entgegen: „Die deutsche Regierung muss zuvorderst an ihre eigenen Leute denken." Die Regierungsmitglieder hätten sich dazu verpflichtet, das deutsche Volk zu schützen: „Sie verpflichten sich nicht, dies für die ganze Welt zu tun." Seehofer stellte sich vor Söder und forderte: „Wir müssen uns umgehend wieder Klarheit verschaffen, wer in unser Land kommt, wer durch unser Land fährt und wer sich hier aufhält."[9]

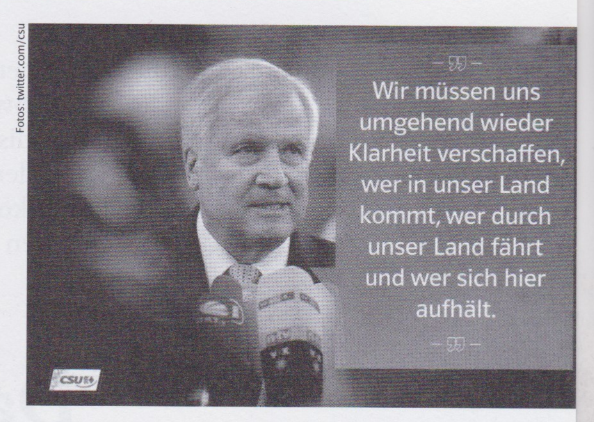
Horst Seehofer forderte in der Flüchtlingspolitik von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) kategorisch eine Kurskorrektur: „Wie man es dreht und wendet, an einer Begrenzung, einer Obergrenze führt kein Weg vorbei".[10] Horst Seehofers Hauptforderungen in der Flüchtlingsdiskussion waren eine Obergrenze für Asylsuchende, Transitzonen an den Grenzen Bayerns, eine schnellere Bearbeitung der Asylanträge sowie schnellere Vertreibung abgelehnter Asylsuchender. Nach jüngsten Meinungsumfragen sinkt die Beliebtheit der Kanzlerin in Bayern, während Seehofers Werte auf ein Rekordhoch gestiegen sind. Daraus schloss Seehofer: „Wir sind von dem Sinkflug (der Union) nicht erfasst. Die Basis denkt wie wir."[11]

Markus Rinderspacher, SPD-Fraktionsvorsitzende bemerkte im Bayerischen Landtag zu der rassistischen Agitation der CSU: „Wir brauchen einen politischen Diskurs, in dem auf geistige Brandstiftung verzichtet wird, da dies reale Feuerteufel nach sich zieht."[12]

Die Zornedinger CSU-Ortschefin Sylvia Boher schrieb Mitte November im Partei-Mitteilungsblatt „Zorneding-Report", Bayern werde derzeit von Flüchtlingen „überrannt": „Das, was wir heute erleben, ist eine Invasion". Migrant_innen aus Eritrea bezeichnete sie als Militärdienstflüchtlinge. Als der Pfarrgemeinderat diese Äußerungen missbilligte, bezeichnete der CSU-Ortsverbandsvize Johann Haindl den aus dem Kongo stammenden katholischen Pfarrer als „Neger". Die oberbayerische CSU-Bezirksvorsitzende und Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) schloss auf öffentlichen Druck Parteiausschlussverfahren gegen die Zornedinger Parteispitze nicht aus. „Wir prüfen Ordnungsmaßnahmen — von der Rüge bis zur Amtsenthebung", sagte sie.[13]

Im Jahre 2014 wurden offiziell 77 Übergriffe auf Flüchtlinge und 35 Brandanschläge auf deren Unterkünfte gezählt, diese Zahl wird vermutlich 2015 nochmal rasant ansteigen. Nach einem Brandanschlag in Franken stellte Heribert Prantl zu Recht fest: „Wer heute hetzerische Reden verharmlost, leistet Beihilfe zur Herstellung von Agitationscocktails. Und wer, wie 1992, von Wogen, Wellen und Massen von Flüchtlingen spricht, soll seine Hände nicht in Unschuld waschen."[14]

Die Taktik der CSU besteht darin, mit rassistischen Aussagen den rechten Rand zu bedienen, um diese immer größer werdende Gruppe für die Koalition einzunehmen und der AfD, die bei Meinungsumfragen bei 8 Prozent liegt, das Wasser abzugraben. Flüchtlinge werden dabei als Gefahr dargestellt, anstatt die Fluchtursachen zu bekämpfen. Konkrete Fluchtursachen (Kriege, Gewalt, regionale Bürgerkriege aufgrund der westlichen Interventionen in den vergangenen Jahrzehnten, deutsche Waffenlieferungen) werden bewusst in der Debatte unterschlagen. Dass die eigentliche Gefahr der teilweise rassistische Umgang mit der Situation der Flüchtlinge und die dramatisch zunehmenden Anschläge auf Unterkünfte sowie die rechten Gewalttaten sind, ist nur ein Nebenschauplatz. Die Situation der



Fotos: twitter.com/csu

Flüchtlinge wird gezielt von der CSU für parteipolitische Zwecke instrumentalisiert.

In der taz stellte Tobias Schulze mit Recht fest: „Was schizophren wirkt, ist nichts anderes als die alte CSU-Strategie des Sowohl-als-auch: Einerseits erledigt sie ohne großes Aufheben ihren Job als Regierungspartei und sorgt dafür, dass Flüchtlinge ein Dach über dem Kopf haben. Dazu passt auch, dass Bayern als einziges Bundesland die Unterbringungskosten der Kommunen übernimmt. Andererseits fischt die Staatsregierung mit Verbalrassismus am rechten Rand um Wählerstimmen und lässt so fleißig abschieben wie niemand sonst."[15]

Als nach dem 2. Weltkrieg Millionen Flüchtlinge aus dem Osten des ehemaligen Deutschen Reiches in die Bundesrepublik kamen, hetzte die CSU nicht gegen diese Gruppe. Dies lag vor allem an der Tatsache, dass diese „Volksdeutsche" waren und nicht „Ausländer" wie 2015. •

Zum Autor:
Michael Lausberg, Dr. phil (Politikwissenschaften), studierte Pädagogik, Philosophie, Politikwissenschaften und Neuere Geschichte sowie den Aufbaustudiengang Interkulturelle Pädagogik an den Universitäten Aachen, Köln und Amsterdam. Seit 2007 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) und zudem als freier Publizist tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Theorie, extreme Rechte, Rassismus, Antiziganismus sowie Migration. Regelmäßige Veröffentlichungen im Migazin, in hagalil, Netz gegen Nazis, im DISS-Journal, bei Kritisch Lesen und in der Tabula Rasa.

1 www.derwesten.de/politik/csu-will-merkel-bei-parteitag-wegen-fluechtlingen-unter-druck-setzen-id11304786.html **2** https://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/seehofer-zu-asyl-und-fluechtlingen-101~_origin-a14fe005-4d83-4542-b503-778252131d9c.html **3** Ebd. **4** www.pnp.de/region_undlokal/stadt_und_landkreis_passau/passau_stadt/1749952_Scheuer-zur-Asylpolitik-Koennen-nicht-die-ganze-Welt-retten.htm **5** Paul, J.: Flucht nach Deutschland und Europa, in: DISS-Journal 30.(2015), S. 7-8 **6** https://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/seehofer-zu-asyl-und-fluechtlingen-101~_origin-a14fe005-4d83-4542-b503-778252131d9c.html **7** www.tagesspiegel.de/politik/newsblog-zu-fluechtlingen-csu-sauer-auf-die-kanzlerin-linke-geben-usa-schuld-an-krise/12282848.html **8** Abendzeitung München, 8.10.2015 **9** http://www.mz-web.de/politik/-terror-von-paris-sote-soeder-zusammenhang-terror-fluechtlinge,20642162,32421910.html#plx927164031 **10** www.derwesten.de/politik/csu-will-merkel-bei-parteitag-wegen-fluechtlingen-unter-druck-setzen-id11304786.html **11** Ebd. **12** SZ, 17. Juli 2015, S. 37 **13** http://www.sueddeutsche.de/bayern/zorneding-das-schwarze-loch-der-csu-1.2717296 **14** SZ 13.12.2014, S. 4 **15** www.genios.de/presse-archiv/artikel/TAZ/20150903/-dachzeiletobias-schulze-ueber-die/T150903.5226261.html

GESCHICHTE

Betrachtet man die nördlichen Fluchtrouten von Nationalsozialisten nach dem Zweiten Weltkrieg fällt auf, dass über Schweden wenig bekannt ist. Dabei sind deutsche, baltische und skandinavische Nationalsozialisten ebenso wie Faschisten aus anderen Ländern nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nach Schweden geflohen. Davon gingen viele weiter in andere Länder wie Argentinien, Kanada oder sogar Island. Ökonomische und logistische Unterstützung erfuhren sie dabei von gut organisierten Netzwerken der schwedischen extremen Rechten.

Das „Hilfskomitee für Deutschlands Kinder“

Schwedische Unterstützung deutscher Nationalsozialisten nach 1945

VON TOBIAS HÜBINETTE

Eine Organisation, die in diesem Zusammenhang eine Rolle spielte, ist das „Hjälpkommittén för Tysklands barn“ (HTB), das „Hilfskomitee für Deutschlands Kinder“ oder „Hilfswerk für deutsche Kinder“, das eng mit der „Stillen Hilfe“ verknüpft war. Die „Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte“ war ab 1946 zunächst ein loses Netzwerk rund um Helene Elisabeth von Isenburg, das Nazis bei ihrer Flucht oder in der Gefangenschaft unterstützte. Ab 1951 trat die „Stille Hilfe“ auch öffentlich auf. Obwohl das HTB als öffentlich agierende Organisation das Ziel vorgab, Geld für Kinder in Not in Ost- und Westdeutschland zu sammeln, weiß man kaum etwas darüber, wo das gesammelte Geld letztendlich verblieben ist.

Das „Hjälpkommittén för Tysklands barn“ wurde 1945 von Mitgliedern und SympathisantInnen der schwedischen Mittel- und Oberschichtspartei „Sveriges nationella förbund“ (SNF) gegründet, der einstigen Jugendorganisation der schwedischen Konservativen Partei, die sich jedoch 1934 von ihr abgespalten hatte. Die SNF steht stellvertretend für eine spezifisch schwedische Version eines radikalen Konservatismus und Faschismus. Das „Hilfskomitee“ war im Gegensatz zu fast allen anderen Organisationen der schwedischen extremen Rechten von Beginn an von Frauen dominiert. Unter den GründerInnen fanden sich diverse bekannte Frauen aus der schwedischen Oberschicht und Aristokratie, darunter auch die Gräfin Lili Hamilton, die 1893 als Margareta Matilda Liliane Schard in Deutschland geboren worden war und später den schwedischen Graf Percy Hamilton geheiratet hatte.

Gräfin Hamilton war Sprecherin und öffentliches Aushängeschild des HTB während der gesamten Existenz der Organisation, auch wenn sie formell lediglich als Kassenführerin fungierte, während der schwedische Oberst Arthur G. Nordensvan (1883—1970) offiziell Vorsitzender war. Nordensvan war während der Volksabstimmung im Saarland 1935 Kommandeur des schwedischen Saar-Bataillons, das für die Beobachtung der Abstimmung zuständig war. Auch er war als Aktivist der extremen Rechten in Schweden bekannt. Die Gräfin Hamilton starb 1962 bei einem Autounfall in Stockholm. Neben ihr waren auch weitere Mitglieder der schwedischen Aristokratenfamilie Hamilton in extrem rechte Aktivitäten sowohl vor, als auch während und nach dem Zweiten Weltkrieg involviert. Zwei Familienmitglieder unterstützten Nazideutschland als Freiwillige.

Geschäftsführer des HTB war der Ingenieur Carl Ernfrid Carlberg (1889—1962), ein Multimillionär und Hauptgeldgeber der schwedischen extremen Rechten. Als Büro der Organisation diente ein Haus in der Innenstadt von Stockholm, das Carlberg gehörte und als „Braunes Haus“ bekannt war.

Gräfin Lili Hamilton, Mitbegründerin des „Hilfskomitees“ und Trägerin des Bundesverdienstkreuzes



Unverkäufliches Werbeexemplar

Die **EUROPÄISCHE NATIONALE**

RUNDBRIEF DER DEUTSCHEN SOZIALEN BEWEGUNG IN DER E. S. B.

Herausgeber: Deutsche Soziale Bewegung in der E.S.B.
Verantwortlich: Karl Heinz Priester, Wiesbaden, Oestricher Straße 6 - Fernsprecher 24384 - Postscheckkonto: DEN-Bücherdienst Frankfurt am Main 85152

Der Rundbrief geht nur an die Freunde und Mitarbeiter der D. S. B. und ist nicht zur allgemeinen Veröffentlichung bestimmt. Veröffentlichungen jeder Art — auch im Auszug — sind nur mit Genehmigung des Herausgebers gestattet.

3. Jahrgang 1. Dezember 1952 Nummer 27

SVEN HEDIN †

Am Morgen des 26. November verschied in seinem Stockholmer Heim der große schwedische Forscher Sven Hedin im Alter von 87 Jahren. Mit dem schwedischen Volke trauert gemeinsam eine Welt um einen ihrer größten Männer und Forscher. Im besonderen Maße ist es Deutschland, das den Verlust seines ehrlichsten Freundes erlitten hat. Noch in den Tagen des Zusammenbruches 1945 war er es, der die Worte fand: „Es lebe Deutschland".

Bis zuletzt arbeitete Sven Hedin, Mitglied der schwedischen Akademien und zahlreicher ausländischer wissenschaftlicher Gesellschaften, an seinem großen Werk über Asien, das er viele Jahrzehnte durchreist und erforscht hat. Mangelnde Ritterlichkeit und geistige Armut kleiner Machthaber haben den Plan des edlen Schweden zunichte gemacht, das von ihm geliebte deutsche Volk noch einmal

Seit langem gibt es eine europaweite Zusammenarbeit der extremen Rechten, so auch zwischen Deutschland und Schweden.

Wegen der engen Beziehungen sowohl zu Carlberg als auch zur SNF wurde das HTB als eine extrem rechte Organisation eingeordnet und stand auch unter Beobachtung des schwedischen Geheimdienstes. Gleichzeitig wurde das HTB öffentlich von der Mutter des damaligen Königs Carl XVI. Gustaf, der deutschgeborenen Sibylla von Sachsen-Coburg-Gotha, öffentlich unterstützt. Sie war ebenfalls als Sympathisantin der extremen Rechten in Schweden bekannt. Ihr Vater, der Herzog Carl Eduard, war während des Nationalsozialismus Präsident des gleichgeschalteten Deutschen Roten Kreuzes.

Das HTB sammelte offiziell Geld, Essen und Kleidung für das besiegte Deutschland. Obwohl darunter alle Besatzungszonen und später sowohl die DDR als auch die BRD fielen, ging ein Großteil der ökonomischen Unterstützung nach Westdeutschland. Das Geld wurde auf den unterschiedlichsten Ebenen gesammelt: Es kam von reichen Familien aus der schwedischen Elite, die schon Nazideutschland unterstützt hatten, von extrem rechten fundamentalistischen Lutheranern, die zu diesem Zweck bei eher unpolitischen Gläubigen Geld sammelten, von verschiedenen Sektionen des schwedischen Roten Kreuzes, die von Frauen der Oberschicht dominiert wurden, von extrem rechten und konservativen Industriellen, die mit großen Unternehmen in Verbindung standen und schließlich auch von Teilen der durchschnittlichen schwedischen Bevölkerung, die nichts über den politischen Charakter des HTB wussten und Deutschland aus humanitären Motiven helfen wollten.

Von 1944 bis zur Auflösung der Organisation 1962, als sowohl die Gräfin Hamilton als auch der Ingenieur Carlberg starben, hatte das HTB rund 45.000.000 schwedische Kronen gesammelt. Heute entspricht dies in etwa dem Wert von 50 Millionen Euro. Das HTB baute 23 Häuser in Westdeutschland, ebenso wie eine Kirche in Kooperation mit dem Diakonischen Hilfswerk der Evangelischen Kirche Deutschland. 1954 erhielt die Gräfin Hamilton sogar das Bundesverdienstkreuz von Dr. Eugen Gerstenmaier vom Diakonischen Hilfswerk überreicht. Obwohl das HTB mit der „Stillen Hilfe" zusammenarbeitete und in der schwedischen Presse als „Naziorganisation" gehandelt wurde, scheute das Diakonische Hilfswerk nicht vor einer Kooperation zurück. Es wird vermutet, dass über diese Zusammenarbeit die Adoption von Waisenkindern der deutschen NS-Elite durch schwedische Adoptiveltern diskutiert und schließlich auch umgesetzt wurde, allerdings sind dazu keine Details bekannt.

Wofür wurde nun diese enorme Geldmenge verwendet, abgesehen von dem Geld, das an deutsche Kinder in Not ging bzw. das dafür verwendet wurde, die Kirche und die sogenannten „Schwedenhäuser" in Deutschland zu bauen? Das HTB hatte eine Unterorganisation, „Tyska officershjälpen" (etwa „Unterstützung deutscher Offiziere"), die zusammen mit der „Stillen Hilfe" Geld, Essenspakete, Bücher und Kleidung an Witwen und Kinder von Männern der NS-Elite verteilte, die hingerichtet oder untergetaucht waren, Suizid begangen hatten oder im Gefängnis saßen. Unterstützung erhielten etwa Emmy Göring und auch Angehörige der inhaftierten Kriegsverbrecher in Spandau. Gräfin Hamilton fungierte sogar in den 1950er Jahren als stellvertretende Vorsitzende der „Stillen Hilfe". Das HTB arbeitete auch mit deutschen Exilorganisationen in Argentinien und Chile zusammen und verteilte Gelder in den südamerikanischen Ländern. Durch diese Verbindung ist zu vermuten, dass eine Menge des Geldes, wenn nicht gar das meiste der Finanzierung der sogenannten „Rattenlinien" diente. Auch wenn es keine Belege dafür gibt, scheint es naheliegend, dass darüber hinaus auch Gelder zur Finanzierung extrem rechter Organisationen in Deutschland, wie dem deutschen Ableger der „Europäischen Sozialen Bewegung" mit guten Verbindungen nach Schweden, die „Deutschen Reichspartei", dem „Verband deutscher Soldaten" oder den diversen Publikationen von Dr. Gerhard Frey, verwendet wurde.

In seinem 1961 erschienenen Buch Nynazismen (Neonazismus) schreibt der antifaschistische Journalist Armas Sastamoinen (1909–86) über diese möglichen Verbindungen des HTB zu den „Rattenlinien".[1] Darin beschreibt er die Zusammenarbeit des HTB mit dem Deutschen Hilfswerk in Argentinien und die Verbindungen zum NS-Fluchthilfenetzwerk des berüchtigten Hans Ulrich Rudel. Leider sind dies alle Informationen, die wir heute über das HTB haben. Eine Organisation, die nur vereinzelt Spuren in den Archiven Deutschlands und Schwedens hinterlassen hat und deren Geschichte noch nicht geschrieben ist. Dennoch scheint es naheliegend, dass das HTB aufgrund der enormen Geldmenge vielleicht sogar als ein Hauptfinanzier der extremen Rechten der Nachkriegszeit insbesondere in Westdeutschland, aber auch in den Nazinetzwerken im Exil auf der iberischen Halbinsel, in Lateinamerika sowie im Nahen Osten betrachtet werden kann. •

1 Weitere Veröffentlichungen zum Thema Unterstützernetzwerke bzw. Verbindungen zwischen Schweden und den Nationalsozialisten sind das Buch „Purgatorium" des schwedischen Historikers Mants Delands, ein Radiofeature des Journalisten Bosse Lindquist und die Bücher des Journalisten Bosse Schön über die schwedischen Freiwilligen bei der Waffen SS.

REPRESSION

Fast 20 Wochen saß der Bremer Antifaschist Valentin im Gefängnis. Er soll an Auseinandersetzungen zwischen Neonazi-Hooligans und Ultras beteiligt gewesen sein.

Repression in Bremen

GASTBEITRAG DER KAMPAGNE
„GEGEN NAZIS UND REPRESSION – FREIHEIT FÜR VALENTIN"

Nordderby in Bremen. Werder Bremen spielt gegen den Hamburger SV. Immer wieder kommt es bei dieser fußballerischen Begegnung zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Fans. Doch am 31. März 2015 — das gab es in Bremen seit langem nicht mehr — greifen während des Spiels Neonazis und rechte Hooligans eine Gruppe antifaschistischer Ultras an. Sie sind auf dem Weg zum Stadion und werden unvermittelt aus der Kneipe „Zum Verdener Eck" attackiert. An vorderster Front sollen laut Augenzeug_innen u.a. Marcel Kuschela und Hannes Ostendorf beteiligt gewesen sein. Marcel Kuschela alias „Captain Flubber" tritt als Führungsperson im rechten Hooligan Verein „Gemeinsam sind wir stark" auf und war zeitweilig Mitglied der Hooligan-Band „Vollcontact". Hannes Ostendorf ist Sänger der RechtsRock-Band „Kategorie C" (Vgl. AIB Nr.107).

Die Ultra-Gruppen „Infamous Youth, Ultra Team Bremen, Caillera und L'Intesa Verde", die sich im Stadion aufhielten, entschlossen sich dazu, das Stadion vor Abpfiff zu verlassen, um ihre Freund_innen draußen zu unterstützen. Es kam auf der Straße oberhalb des Stadions zu einem Prügeleinsatz der Polizei. Diese trieb die Ultras in Richtung der Neonazis und rechten Hooligans, die sich immer noch in der Kneipe aufhielten. Es kam zu Schlägereien. Eine dieser Auseinandersetzungen helt ein Anwohner auf einem Handyvideo fest. Auf diesem Video will die Bremer Polizei u.a. Valentin erkannt haben. Er wurde am 1. Juli 2015 in Untersuchungshaft genommen. Auch bei anderen Bremer Ultras wurden die Wohnungen von Spezialkräften gestürmt und Hausdurchsuchungen durchgeführt.

Insgesamt hat die Polizei zum jetzigen Zeitpunkt circa 30 Verfahren gegen antifaschistische Ultras eröffnet, die an den Auseinandersetzungen um das „Verdener Eck" beteiligt gewesen sein sollen. Von Ermittlungsverfahren gegen Neonazis und rechte Hooligans ist hingegen nichts bekannt. Das mediale Echo war für Bremer Verhältnisse ungewöhnlich heftig. Der Weser-Kurier schreibt über „Hemmungslose Gewalt beim Nordderby"[1], die Bremer BILD Zeitung titelt zur Inhaftierung von Valentin „Irrer Fussballschläger in Haft". Und auch die Ermittlungsarbeit der Polizei erreicht für Bremen bis jetzt unbekannte Dimensionen. So veranlasste Polizeipräsident Lutz Müller die Bildung einer eigenen Ermittlungsgruppe, die sämtliche Anwohner_innen der Verdener Straße zu den Auseinandersetzungen befragte.

Taktik der Polizei war es, ähnlich wie beim Überfall von Bremer Hooligans auf eine Feier der antirassistischen Ultragruppe „Racaille Verte" in den Räumen des Bremer Fanprojekts am 20. Januar 2007, die Auseinandersetzung als unpolitische Schlägerei zwischen Gruppen innerhalb der Fanszene zu verharmlosen. Die Bremer Innenbehörde ließ verlauten: „Die Gewalttätigkeiten zwischen einigen Ultras und Hooligans haben mit Politik nichts zu tun, auch wenn sich diese Ultras nach außen einen politischen Anstrich geben. Am Ende verhalten sie sich wie Gewalttäter, denen mit polizeilichen Mitteln Einhalt geboten werden muss und auch wird."

Unbestreitbar ist nach Ansicht von Antifaschist_innen in Bremen, dass es in der Hansestadt schon seit Jahren Bemühungen der rechten Hooliganszene gibt, ihre verlorene hegemoniale Stellung innerhalb der Fanszene zurück zu erlangen. Das antifaschistische Engagement der Bremer Ultraszene ist ihnen ein Dorn im Auge. Das durch die HoGeSa bzw. „Gemeinsam Stark"-Aktionen entstandene Geflecht aus altgedienten Neonazi-Hools wie Henrik Ostendorf und Andre S. sowie Personen, die erst mit den HoGeSa-Demonstrationen (wieder) auf der Bildfläche erschienen sind wie u.a. Marcel Kuschela und Michael H., versucht mit dem Angriff auf die antifaschistischen Ultras die bereits erwähnte Hegemonie ein weiteres Mal zurückzuerlangen. Henrik Ostendorf betreibt den Internetversand „soldatenbiographien.de" und war zeitweilig Geschäftsführer des NPD-Verlages „Deutsche Stimme Verlags GmbH". Die Brüder Ostendorf zählten 1999 zu den ausgewählten Neonazi-Aktivisten, die die Hochzeitsfeier des Neonazi-Führers Thorsten Heise besuchen durften.

Beim Heimspiel gegen Eintracht Frankfurt am 2. Mai 2015 sammelten sich Neonazi-Hooligans aus Bremen und Essen unter der Führung von Henrik Ostendorf in der Bremer Bahnhofsvorstadt unter den Augen szenekundiger Beamter der Bremer Polizei. Kurz vor Spielende bewegte sich die Gruppe in Richtung Steintorviertel. Dort war schon seit dem Vormittag Martin Elsner, der Betreiber des rechten Internetversandes „Sieg oder Spielabbruch", auf seinem Fahrrad unterwegs. Seine Aufgabe bestand augen-



scheinlich darin herauszufinden, wo sich Bremer Ultras aufhielten.[2] Nach einem gescheiterten Angriffsversuch erhielten die Hooligans einen Platzverweis und wurden anschließend ohne Polizeibegleitung freigelassen. Die Einsatzleitung der Polizei bezeichnete die Vorkommnisse beim Frankfurt-Spiel später als „Laufspiele" zwischen Hooligans, Ultras und der Polizei.[3]

Valentin

Seit der Inhaftierung von Valentin am 1. Juli 2015 kam es zu weltweiten Solidaritätsbekundungen mit den antifaschistischen Bremer Ultras und Valentin, die nicht ihm sondern auch allen anderen antifaschistischen Ultras viel Kraft gaben.

In einer eigens einberufenen Pressekonferenz am 2. Juli 2015 zeigte die Staatsanwaltschaft Bremen den anwesenden Pressevertreter_innen Sequenzen aus dem Video und stellte Valentin als politisch motivierten Gewalttäter dar. Um seine Inhaftierung zu rechtfertigen wurden zudem verschiedene schon laufende Ermittlungsverfahren gegen ihn zu einem Verfahren zusammengefasst. Während der Pressekonferenz hob der Sprecher der Staatsanwaltschaft hervor, dass Valentin während der Proteste gegen die Neonazidemonstration in Rostock am 1. Mai 2014 Steine geworfen haben soll, einer dieser Steine habe einen Pressefotografen getroffen.

Die von Valentin's Anwalt Horst Wesemann gestellten Haftverschonungsanträge wurden vom zuständigen Gericht mit unterschiedlichen Begründungen abgelehnt: Einmal diente die angebliche Wiederholungsgefahr als Grund, ein anderes Mal die breite Unterstützung aus der linken Szene. Da auch die Bremer Juso's und die Grüne Jugend die Freilassung von Valentin fordern, lud Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) Vertreter beider Organisationen am 5. August 2015 zu einem Gespräch in die Innenbehörde und sagte im anschließenden Pressegespräch mit Radio Bremen „...da wo Gewalttaten begangen werden, wo es wirklich massiv zur Sache geht, da gibt es auch kein Pardon bei uns. Weder links noch rechts und deswegen bleibt es auch bei diesem Haftbefehl, und bei dem Vorgehen der Polizei."[4] Diese hier deutlich werdende recht verwässerte Gewaltenteilung, angesichts der gesetzlich klar getrennten Zuständigkeiten von Innenressort, Justiz und Polizei, kritisiert auch Horst Wesemann in einer Stellungnahme.[5]

Es drängt sich immer mehr die Vermutung auf, dass die Bremer Innenbehörde an Valentin und den Ultras ein Exempel statuieren will. Innensenator Mäurer möchte sich als durchsetzungsfähig inszenieren — beim letzten Anti-Terroreinsatz gegen die salafistische Szene in Bremen ist ihm dies nicht gelungen. Die Neonazi-Hooligans, die am Überfall 2007 auf das Bremer Fanprojekt beteiligt waren und zum Teil einschlägig vorbestraft sind, wurden alle nur zu Geldstrafen verurteilt.

Gegen Neonazis und Repression

Mit unserer Kampagne gegen Neonazis und Repression wollen wir Ultras unterstützen, die aufgrund ihres antifaschistischen Engagements von staatlicher Repression betroffen sind. Der Fokus liegt im Moment auf der Unterstützung von Valentin. Mit der Demonstration vom 15. August 2015, an der sich über 800 Menschen beteiligten, ist es der Kampagne gelungen, ein deutliches Zeichen zu setzen gegen den Versuch von Neonazis, antifaschistisches Engagement aus dem Weserstadion zu drängen.

Nachdem Valentin in der Bremer JVA für 21 Tage von anderen Gefangenen isoliert wurde und an keinen Gemeinschaftsaktivitäten teilnehmen durfte, wurde er in die JVA Hameln verlegt. Als Begründung für diese Maßnahme dient ein in seiner Zelle gefundenes Mobiltelefon.

Nach 134 Tagen wurde Valentin am 11. November 2015 unter Auflagen aus der Untersuchungshaft entlassen. Er muss mindestens einmal die Woche an einer Anti-Gewaltberatung teilnehmen, darf sich bei Heimspielen nicht dem Bremer Weserstadion nähern und auch nicht zu Auswärtsspielen des SV Werder Bremen anreisen. Die Bremer Staatsanwaltschaft hat Widerspruch gegen die Aufhebung der U-Haft eingelegt.

Der Prozess gegen Valentin wird wahrscheinlich Ende des Jahres beginnen. •

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Bremen
IBAN: DE71 2001 0020 0481 9122 06
BIC: PBNKDEFF
Postbank Hamburg
Verwendungszweck/Reference: Freiheit für Valentin

1 Weser Kurier: „Hemmungslose Gewalt beim Nordderby", 22. April 2015 **2** Einen detaillierten Überblick bietet u.a. der Artikel Rechte Hooligans attackieren Werder-Ultras auf antifa-bremen.org **3** POL-HB: Nr.: 0277: „Polizeiliche Bilanz zum Fußballeinsatz der Polizei Bremen Werder gegen Frankfurt", 03. Mai 2015 **4** Zitiert nach Radio Bremen: Interview von „Buten und Binnen", 05. August 2015 **5** Presseerklärung als Verteidiger des „Valentin", Rechtsanwalt Horst Wesemann, 7. August 2015.

SCHWEIZ

Die rechtspopulistische Schweizerische Volkspartei (SVP) konnte bei den Nationalratswahlen am 18. Oktober 2015 fast 30 Prozent der Stimmen auf sich vereinen und wurde damit wieder zur stärksten Partei in der großen Kammer.

SVP – Die etablierte Protestpartei

VON BJÖRN RESENER

■ Schon das offizielle Wahlkampfvideo „Welcome to SVP" lässt vermuten, dass Niemand in der Partei an diesem Erfolg gezweifelt hatte. Statt politischer Inhalte wurde sich über sich selbst lustig gemacht: SVP-Patriarch Christoph Blocher schneidet mit der Nagelschere den englischen Rasen seiner Luxusvilla und befördert seinen halbnackten Körper danach per Bauchklatscher in den Pool. Sein Kronprinz Roger Köppel sitzt auf dem WC und liest dort heimlich die linke Wochenzeitung (WOZ). Zwischendurch hüpfen junge Tänzerinnen zu Dorfdisco-Dancefloor-Beats durch das Bild. SVP-Bundesratskandidat Thomas Aeschi schießt sich mit K.O.-Tropfen ab, um zu verdeutlichen, wie ernst er die Vergewaltigungsvorwürfe gegen seinen Zuger Parteikollegen Markus Hürlimann nimmt. Und der Banker Thomas Matter schaufelt Geldscheine in eine Waschmaschine. Hier wirbt eine Partei um Wähler, die sich diesen schrillen Unsinn leisten kann.

Phantom „Asylchaos"

Die sogenannte Flüchtlingskrise dominierte die Berichterstattung von der ersten bis zur letzten Wahlkampfwoche, und bei diesem Thema ist das Profil der SVP ohnehin bekannt. Dabei hatte die Schweiz bis zum Wahltermin keinen Anlass, die schon zu Jahresanfang veröffentlichten Prognosen für Asylgesuche nach oben zu korrigieren. Geflüchtete mieden die Alpenrepublik lange, weil sie sich in Deutschland und Skandinavien bessere Chancen auf eine Perspektive ausrechneten. Erst seit einigen Wochen verzeichnet auch die Schweiz eine zunehmende Zahl Asylsuchender. Die Gesetzesverschärfungen in Deutschland und Schweden zeigen offenbar Wirkung.

Die Schweiz hatte Ende September selbst eine Asylgesetzrevision beschlossen. Hauptziel war es, die Mehrheit der Asylgesuche in höchstens 140 Tagen erledigen zu können und Geflüchtete aus vermeintlich sicheren Herkunftsstaaten entsprechend schnell abzuschieben. Die betroffenen Asylsuchenden werden im Zeitraum der Bearbeitung in zentralen Bundeslagern untergebracht. Weil auch die Rekurs- und Verfahrensfristen mit der Gesetzesänderung deutlich verkürzt wurden, bekommen die Geflüchteten dort kostenlose Rechtsbeistände. Daran stört sich wiederum die SVP. Sie kündigte im Wahlkampf an, die beschlossene Asylgesetzrevision mit einem Referendum zu bekämpfen. Sie will damit auch verhindern, dass der Bund gegen lokalen Widerstand Bundeslager eröffnen kann.

Budgetierte Abschottung

Bei der Verteilung bereits anerkannter Flüchtlinge in den Gemeinden blockiert die Partei ebenfalls. So erlangte etwa die kleine Aargauer Gemeinde Oberwil-Lieli Mitte September über die Landesgrenzen hinaus Bekanntheit. Da wurde öffentlich, dass sie lieber 19.000 Franken pro Jahr bezahlt, als Geflüchtete aufzunehmen. Als die Kantonsregierung eine Gesetzesrevision veranlasste, um die Kosten für diesen Ablasshandel ab kommendem Jahr zu verzehnfachen, reservierte der SVP-Gemeindepräsident Andreas Glarner sogar 290.000 Franken im 2016er Budget der Ortschaft. „Die Flüchtlinge an den Grenzen Europas müssen alle wieder umkehren", kommentierte er in die Kamera des Ersten Deutschen Fernsehens (ARD). Einen guten Monat später wurde der SVP-Hardliner von den Wählern mit einem Sitz im Nationalrat belohnt.

In der SVP-Propaganda wird das angebliche „Asylchaos" geschickt mit einem anderen Kernthema verknüpft. Denn die Partei bekämpft auch die Annäherung an die EU. Sie stört sich insbesondere an der Personenfreizügigkeit innerhalb Europas. Tatsächlich sank die Zustimmung zu den bilateralen Verträgen im Zuge der europäischen „Flüchtlingskrise" weiter. Dabei besteht zwischen beiden Themen kein unmittelbarer Zusammenhang. Nun wittert die SVP auch bei diesem Anliegen wieder Morgenluft. Auf die Frage, was die Partei mit der neu gewonnenen Macht tun wolle, sagte SVP-Präsident Toni Brunner: „Wir möchten die Umsetzung der Massenzuwanderungsinitiative vorantreiben (und) eine zusätzliche Anbindung an die EU verhindern". Mit einer „Selbstbestimmungsinitiative" möchte sie sich zudem gegen die Übernahme „fremden Rechts" zur Wehr setzen. So sollen etwa die Entscheide des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) für die Schweiz nicht mehr verbindlich sein.

Die politische Linie der SVP ist eine kuriose und nicht immer widerspruchsfreie Mischung aus nationalkonservativem und wirtschaftsliberalem Gedankengut. Denn auch wirtschaftspolitisch vertritt die Partei Hardliner-Positionen und orientiert sich an der neoliberalen Dreifaltigkeit von Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung. Nur im Agrarbereich verteidigt die SVP hart-







Welcome to SVP:
1. Christoph Blocher, 2. Thomas Matter, 3. Roger Köppel von der SVP in ihrem Werbespot.

näckig die staatlichen Subventionen ihres Stammklientels. Hier fusst auch ein entscheidender Unterschied im oftmals gezogenen Vergleich mit der FPÖ oder dem französischen Front National. Das Trio Blocher, Hans Fehr und Hans-Rudolf Abächerli prägten ihren konfrontativen Stil erst ab Mitte der 80er Jahre. Zuvor war die SVP eine zentristische Kleinpartei, die sich konsensorientiert für die Partikularinteressen von Landwirtschaft und Gewerbe einsetzte. Die Partei hat also keine Wurzeln im Faschismus oder Nationalsozialismus.

Asylpolitische Zäsur

Heute bezeichnet der Spiegel die Partei als „die erfolgreichsten Rechtspopulisten Europas". Und das Rekordergebnis der SVP bei den Nationalratswahlen vom 18. Oktober ist tatsächlich als Rechtsrutsch zu bewerten. Doch das spezielle politische System der Schweiz hält die Wirkungsmächtigkeit dieses Wahlsieges in engen Grenzen. Im 200 Köpfe umfassenden Nationalrat kommen die Rechtspopulisten gemeinsam mit der FDP[1] und den kleinen Rechtsparteien[2] auf eine knappe Mehrheit von 101 Sitzen. Allerdings gibt es noch den 46 Sitze umfassenden Ständerat. Und in der kleineren Kammer konnte die SVP nur fünf Sitze gewinnen. Neue Gesetze sind ohne Mehrheiten in beiden Kammern nicht zu machen. Die SVP wird sich also nicht nur mit der FDP, sondern auch mit anderen Mitte-Parteien arrangieren müssen. Bei wirtschaftsliberalen Anliegen wie der Rentenaltererhöhung, dem Ausstieg aus der Energiewende oder Steuersenkungen dürfte es für sie einfach werden. Doch auf parlamentarischem Weg werden Initiativen, die eine zunehmende Abschottung innerhalb Europas zum Ziel haben, nicht umzusetzen sein.

Für Asylsuchende könnte sich die Situation jedoch drastisch verschlechtern. SVP-Parteichef Toni Brunner kündigte am Tag nach der Wahl bereits an, „geschlossene Zentren für renitente Asylbewerber" schaffen zu wollen. Für derartige Forderungen könnten sich jetzt Mehrheiten finden. Claude Longchamp, Leiter des Umfrageinstituts GFS in Bern behauptet: „Es hat innerhalb der Parteien eine Bewegung nach rechts gegeben." Das trifft besonders für die Christliche Volkspartei (CVP) zu. Gemeinsam mit der CVP hätten SVP und FDP auch im Ständerat eine Mehrheit. In asylpolitischen Fragen ist ein solches Bündnis nicht unwahrscheinlich. Im Wahlkampf forderte die CVP bereits Gutscheine statt Sozialhilfe für vorläufig Aufgenommene.

Für immer Protestpartei

Am 9. Dezember 2015 wählt die Bundesversammlung aus vereintem National- und Ständerat die neue Regierung. Bisher befand sich lediglich das Departement für Verteidigung von Bundesrat Ueli Maurer in der Hand der SVP. Sehr wahrscheinlich bekommt die Partei nun einen zweiten Regierungsposten zugestanden.[3] Aber auch das ist für SVP und FDP nicht ohne Absprachen mit weiteren Parteien durchzusetzen. Dafür muss sie konsensfähige Kandidaten statt Hardliner ins Rennen schicken.

Allerdings wird sich die SVP auch mit einem zweiten Bundesrat weiterhin als Opposition gegen die Classe Politique präsentieren. So kann sie Probleme anprangern, ohne sie lösen zu müssen. Und wenn sie ihre Interessen im Gesetzgebungsverfahren nicht durchsetzen kann, wird sie auch in Zukunft mit populistischen Referenden auftrumpfen. Ihre polarisierenden Ideen, gepaart mit ihrer schier grenzenlosen Finanzkraft, werden die Schweizer Politik auch in den kommenden vier Jahren vor sich her treiben. •

1 Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz und die Liberale Partei der Schweiz fusionierten 2009 zur FDP.Die Liberalen.
2 Zwei Sitze gingen an die im Tessin aktive Lega di Ticinesi, ein weiterer Sitz an das ebenfalls identitäre Mouvement Citoyens Genevois (MCG) aus Genf. 3 Im Idealfall wird der Schweizer Bundesrat nach der sogenannten „Zauberformel" gebildet: Die drei Parteien mit der größten parlamentarischen Vertretung bekommen in der Regierung je zwei und die viertgrösste Partei einen Platz.

GRIECHENLAND

Militanter Neonazismus in Griechenland

Einblicke in ein verwobenes Milieu

VON MAIK FIELITZ

Mehr als zwei Jahre sind vergangen, seitdem der antifaschistische Rapper Pavlos Fyssas von dem Anhänger der Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) Giorgos Roupakias im Rahmen eines koordinierten Angriffs im September 2013 ermordet wurde. Dieser kaltblütige Akt löste nicht nur eine antifaschistische Mobilisierungswelle aus, sondern auch erstmals staatliches Vorgehen gegen die über 30 Jahre weitgehend unbehelligt agierende Organisation. Alle 18 damaligen Abgeordneten sowie die Befehlsgeber und Schläger der paramilitärischen ‚Stoßtruppen' müssen sich seit April 2015 für die Leitung und/oder Beteiligung an einer kriminellen Organisation verantworten.

Die gewalttätige Praxis der Chrysi Avgi war über Jahre hinweg der Fixpunkt für den organisierten Neonazismus in Griechenland. Ideologisch im Nationalsozialismus gefestigt und bestens vernetzt mit internationalen Neonazigrößen, nahm die Chrysi Avgi eine Art Alleinvertretungsanspruch für gegenwärtigen NS-Aktivismus ein und konnte sich mit Verbindungen zu den Erben der 1974 beendeten Militär-Junta auch über das subkulturell ausgerichtete Neonazimilieu hinaus in der extremen Rechten verankern. Die wiederholt wechselnden Loyalitäten der bis heute intakten Parteispitze hielten lange die Balance zwischen der Akzeptanz in der extremen Rechten und der Anerkennung in militanten, aktionsorientierten Kreisen.

Nicht erst mit dem Einzug der Chrysi Avgi in den Athener Stadtrat (2010) und das nationale (2012) wie europäische Parlament (2014) geriet dieses Verhältnis ins Wanken. Bereits seit den 1990er Jahren distanzierten sich zunehmend Aktivisten der ersten Stunde, nachdem sich der einstige Ideologiezirkel und Schlägertrupp zu einer Partei konstituierte. Es traten in der Folge neue Akteure in Erscheinung, die durch ihre offene Gewaltanwendung und -androhung sowie die Kampfansage an die post-diktatorische Demokratie dem parlamentarischen Weg der Chrysi Avgi eine Absage erteilten und stattdessen einen erlebnisorientierten Aktivismus bevorzugten, der kaum trennbar von der neonazistischen Subkultur ist.

Trotz dieser bereits lang anhaltenden Heterogenisierungsprozesse wird national wie international das neonazistische Spektrum oft mit der Chrysi Avgi vorschnell gleichgesetzt, wodurch interessante Nuancen im (sich wandelnden) Selbstverständnis und in der Interaktion zwischen verschiedenen Akteuren der extremen Rechten Griechenlands außer Acht bleiben. Im Folgenden sollen daher die Verstrickungen und die kurzen Wege im militanten Neonazismus dar-und Gruppierungen vorgestellt werden, die bislang im Schatten der Chrysi Avgi standen. Die jüngsten Anschläge und der zunehmend sichtbare Aktivismus militanter Kleingruppen rufen Glaubwürdigkeitsprobleme bei der Chrysi Avgi hervor und stellen gleichzeitig antifaschistische Gruppierungen vor neue Herausforderungen.

Tendenzen der Dezentralisierung im griechischen Neonazismus

Für griechische Neonazis führte in den 1980er und 1990er Jahren kein Weg an der Chrysi Avgi vorbei. Ioannis Giannopoulos, ein führender „Veteran des griechischen Nationalsozialismus", erklärte, dass er „keine andere Wahl" als den Beitritt zur Chrysi Avgi hatte, um sich Anfang der 1990er Jahre für die Sache des Nationalsozialismus zu betätigen.[1] Als geschlossener ideologischer Zirkel und gewaltaffine Miliz konnten sowohl aktionsorientierte Jugendliche als auch in die Jahre gekommene NS-Nostalgiker gebunden werden. Dabei orientierte man sich stark an internationalen Entwicklungen der NS-Szene und schuf eine Synthese aus deutschem Nationalsozialismus und ‚rassen'-basiertem Hellenismus.

Durch einen erhöhten Zulauf im Zuge einer (staatlich initiierten) nationalistischen Kampagne zur Namensgebung des Nachbarlandes Makedonien öffnete sich Chrysi Avgi neuen nicht-neonazistischen Unterstützerkreisen und nahm einen Bewegungscharakter an. Mit dem Ende der „reinen Jahre", die laut dem Aussteiger Haris Kosoumvris durch die Abkehr von zentralen Charakteristika wie Paganismus, dem offenen Konflikt mit dem politischen System und der

Wandgemälde an der Technischen Universität Athen zum Gedenken
an den Rapper und Antifaschisten Pavlos Fyssas (Killa P).

institutionalisierten Rechten sowie dem offenen Bekenntnis zum Nationalsozialismus gekennzeichnet waren,[2] gingen zentrale Größen des griechischen (Neo)Nationalsozialismus auf Distanz. Interne Parteiklüngel und zweifelhafte Geschäfte im Rotlichtmilieu forcierten diesen Prozess. Nichtsdestotrotz blieb die Position der Chrysi Avgi in der Szene bis in die 2000er Jahre hinein unhinterfragt, wobei sie ihre Glaubwürdigkeit über subkulturelle Bindungen in Neonazi-Musiknetzwerke wie Blood&Honour und Hooliganismus herstellte (Vgl. AIB Nr. 103).

Eine gemäßigtere Rhetorik im Wahlkampf 2012 und die taktische Lossagung von zentralen Grundfesten der NS-Ideologie provozierten szeneinterne Kämpfe um die Einschätzung, inwiefern Chrysi Avgi noch für eine national(sozial-)istische Revolution kämpfe. Der als „tragisch" wahrgenommene „ideologische Wandel; die Aufgabe der Ideen, die über drei Jahrzehnte standfesten, neonationalsozialistischen Nachwuchs [angezogen haben]"[3], lösten im parteifernen Neonazispektrum ein Umdenken in der Beziehung zur Chrysi Avgi sowie in Fragen der strategischen Ausrichtung aus.

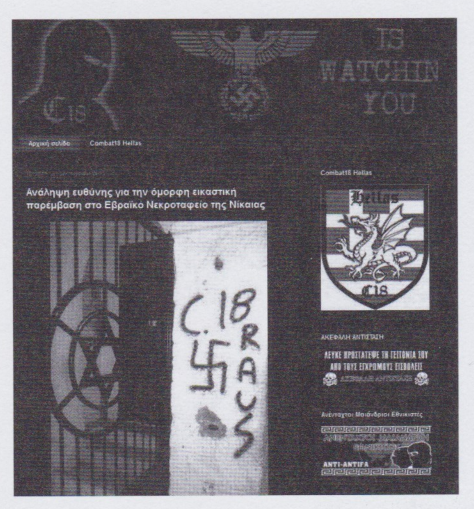
Gerade ‚national-revolutionäre' Gruppierungen wie die seit 2003 bestehende Mavros Krinos (Schwarze Legion) drückten der Chrysi Avgi das in Neonazikreisen verpönte Label Rechtsaußen (akrodexia) auf und charakterisiert sie im Akkord mit gemäßigt oppositionell agierenden Akteuren als „Anhängsel der bürgerlichen Klasse."[4] Enttäuscht von der Aufgabe des gewalttätigen Aufstands und der Anpassung an die Gegebenheiten der parlamentarischen Demokratie wird besonders die Parteielite angegriffen und der hierarchische Aufbau hinterfragt, der Selbstbereicherung und familiäre Oligarchien hervorbringe.

Neue Organisations- und Interaktionsformen

Ähnlich wie in anderen europäischen Ländern — und besonders beeinflusst vom deutschen Vorbild der Kameradschaften — bildete sich aus den Abspaltungen von der Chrysi Avgi ein parteifernes Spektrum heraus, das sich in regionalen Kleingruppen organisierte und die Hegemonie der Chrysi Avgi szeneintern infrage stellte. Rückblickend auf jenes Projekt der „nationalistischen Autonomie" kommt die Gruppierung Ideapolis in einem Positionspapier zu dem Schluss, dass die festgefahrenen Strukturen der Chrysi Avgi den Ruf nach einem neuen Organisationsmodell forcierten, das sich nicht von realpolitischen Überlegungen korrumpieren lässt, sondern viel mehr auf ideologische Reinheit und aktionistische Schlagkraft baut.[5] Daraus bildete sich einerseits die bereits erwähnte Gruppierung Mavros Krinos, die sich zum publizistischen Auffangbecken von enttäuschten Chrysi Avgi-Anhängern entwickelte. Andererseits trug die Gründung des landesweit operierenden Netzwerks „Autonome Nationalisten" mit mehr als einem Dutzend regionalen Unterorganisationen zur Ausdifferenzierung des organisierten Neonazismus bei. Ab Mitte der 2000er Jahre galten beide Organisationen als Speerspitze des ‚autonomen' Widerstands. Obwohl diese zahlenmäßig bei weitem nicht so sehr ins Gewicht fallen wie in Deutschland, standen ihre Aktionen doch der Gewalttätigkeit ihrer Vorbilder wenig nach.

Im Gegensatz zur Chrysi Avgi verstehen die ‚Autonomen Nationalisten' den Nationalsozialismus griechischer Prägung als eine führerlose „Grassroots-Ideologie", gespickt von einem omnipräsenten Antisemitismus und metaphysischen Einflüssen.[6] Gerade die Beziehungen zum bürgerlichen Staat und dessen Institutionen sowie die damit zusammenhängende Wahl der Mittel unterschieden sie deutlich von der Chrysi Avgi. Sie befürworten dezentrale Strukturen, verbinden lebensweltliche Orientierungen mit politischer Agitation und übernehmen die Symbolik antifaschistischer Subkultur. In ihrer programmatischen Schrift „Nostalgiker der Zukunft" knüpfen sie an gängige national-revolutionäre Positionen an, die sich gegen Kapitalismus und Kommunismus richten und propagieren eine nationale Revolution, die mit einer starken Ästhetisierung von Gewalt verbunden ist.[7]

Mit dem Niedergang des Autonomen Netzwerks 2012 und einer weiteren Abspaltungswelle von der Chrysi Avgi bildete sich eine neue Generation ‚autonom' neonazistischer Gruppierungen heraus. Stellvertretend stehen dafür die „Nonkonformen Mäander-Nationalisten" (AME), die anfangs be-



Screenshot der C18-Website, auf der sie sich zu einem antisemitischen Anschlag bekennen

sonders durch Sprühereien auffielen, sich zunehmend jedoch auch in Brandstiftungen und Bombenbauen versuchen. Von der personellen Stärke her unbedeutend ist es doch besonders die drastische Form der Mittel oder der Anschlagsziele, die sie in den Fokus der Öffentlichkeit rücken. Sie fühlen sich dem führerlosen Widerstand verpflichtet, organisieren sich in kleinen regionalen Zellen und dokumentieren all ihre Aktionen auf ihrem Blog. Die Anschlagsziele sind dabei in erster Linie besetzte Häuser sowie jüdische Denkmäler und Friedhöfe.

Seit Anfang 2015 agieren militante Neonazis ebenso unter dem Label Combat 18 Hellas, wobei die Grenzen zur AME verschwimmen und beide Organisationen zusammen Anschläge durchführen. Eine erste Aktion unter dem Kürzel C18 war die Schändung des Denkmals Pavlos Fyssas am 25. Februar 2015, das mit mehreren Hakenkreuzen versehen wurde, und der Angriff mit Molotowcocktails auf das soziale Zentrum Pasamontana in Korydallos. Interessant ist in diesem Zusammenhang die bewusst-provokative Wahl des Fyssas-Denkmals kurz vor Prozessbeginn gegen die Chrysi Avgi, welche zwei Botschaften impliziert: Einerseits gibt man der Chrysi Avgi zu verstehen, dass sie ihr frühes Werk fortführen und andererseits richtet sich die Aktion an Antifaschist_innen, indem betont wird, dass von nun an nationalistische Parteien für Antifaschist_innen „das geringste Problem sein werden."[8] Es folgten Brandanschläge auf weitere besetzte Häuser, bei de-

nen es glücklicherweise nur Sachschaden gab. Ebenso aufschlussreich ist die Rhetorik in der Selbstdarstellung und in den Bekennerschreiben, welche eine deutliche Provokation gegen die Chrysi Avgi darstellt. So unterschreiben C-18 Aktivisten ihre Kommuniqués immer mit dem jahrelang von der Chrysi Avgi reproduzierten Goebbels-Zitat „Wir kommen zurück und die Erde wird beben" und benennen im Gegensatz zur Chrysi Avgi den Autor und versuchen das Zitat nicht aus dem Zusammenhang zu reißen.

Chrysi Avgi im Spiegel des militanten Neonazismus

Trotz der sich ausdifferenzierenden Politikansätze zwischen der zunehmend parlamentarisch agierenden Chrysi Avgi und ihrem auf Eskalation setzenden Neonazi-Umfeld gibt es verschiedene Meinungen, wie der Wahlerfolg der Chrysi Avgi aus der Sicht von NS-Aktivisten einzuschätzen sei. Generell treten hier zwei Argumentationen gegeneinander an: Einerseits betonen Gruppen wie die AME, bei der es personelle Überschneidungen mit der Chrysi Avgi gibt, dass sie trotz der ideologischen Unterschiede und der persönlichen Probleme mit der Parteiführung grundsätzlich solidarisch sind und für die gemeinsame Sache kämpfen.[9] Andererseits artikulieren immer mehr Gruppen eine offene Feindschaft gegen die Chrysi Avgi, „die öfter ihre ideologische Ausrichtung als ihre Unterwäsche wechselt."[10]

Gerade subkulturelle Gruppierungen und Foren nehmen in der Kritik an der Chrysi Avgi kein Blatt vor den Mund. So wird vom neonazistischen Online-Forum Altermedia Hellas wiederholt skandalisierend mit Begriffen wie Schande und Verrat hantiert, um Chrysi Avgi im neonazistischen Milieu zu delegitimieren. Bis in die späten 2000er Jahre hinein steuerte sie selbst noch Berichte und Analysen für die Webseite bei und nutzte sie zur Agitation in der Neonazi-Szene. Nun sieht sie sich Anschuldigungen mangelnder Standfestigkeit und bedingungsloser Unterwerfung unter ein als feindselig verstandenes politisches System ausgesetzt.[11] Die Feindseligkeiten richten sich besonders gegen Parteifunktionäre, wobei zentrale Slogans der Chrysi Avgi mittlerweile gegen sie verwendet werden. So wird der populistische Slogan „Dreckskerle, Verräter, Politiker" nun auf die Chrysi Avgi selbst gemünzt und somit ihre Verbundenheit mit dem politischen System unterstrichen. Die ‚systemische Wende' und somit das Einlassen auf parlamentarische Standards wird als „Eintauchen in die Logik Zions"[12] gedeutet, womit eine deutliche, kaum umkehrbare Trennlinie zwischen militantem Neonazismus und Chrysi Avgi gezogen wird.

Die Diskrepanz in der Einschätzung, ob Chrysi Avgi weiterhin Teil eines sich als nationalsozialistische Bewegung verstehenden Netzwerkes ist oder bereits als Sinnbild einer Anpassung an systemische Kräfte verstanden werden kann, wird weiterhin durch das staatliche Eingreifen verkompliziert. So sind ‚autonome Nationalisten' faktisch ebenso betroffen gewesen von Hausdurchsuchungen und Repressalien und bauen auf demselben Märtyrermythos zweier im November 2013 erschossener Neonazis auf wie die Chrysi Avgi. Sie fordern in diesem Kontext die „Einheit der Nationalisten"[13] — allerdings jenseits von Parteistrukturen.

Ausblick: Kampf um die Hoheit im organisierten Neonazismus

Die extreme Rechte Griechenlands im Allgemeinen und der neonazistische Flügel im Besonderen müssen sich seit der Etablierung der Chrysi Avgi zur drittstärksten Partei im krisengeschüttelten Griechenland mit einem klassischen Dilemma extrem rechter Politik auseinandersetzen: der Öffnung zu bürgerlichen Wählerkreisen bei gleichzeitiger Beibehaltung interner Standfestigkeit. Dieser Spagat gelang durch das Austarieren verschiedener Diskursebenen und der Selbstdarstellung einerseits als Teil des nationalistischen Spektrums, das bis in die bürgerliche Mitte geht, und andererseits als etablierte Pionierin des griechischen Neonazismus. So bestätigte die Parteispitze wiederholt, dass sie weder Aussagen aus der Vergangenheit revidieren oder direkte Aktionen bereuen, noch sich von ihrer ideologischen Überzeugung abkehren werde. Jenseits der propagierten Standhaftigkeit passte die Partei (zumindest nach außen hin) ihr Auftreten an und integrierte einst als kompromissbereit verpönte Ideologiefragmente wie die starke Stellung der orthodoxen Kirche oder fragwürdige Repräsentanten rechter bürgerlicher Parteien, was Unmut in der NS-Szene hervorrief.

Der wahre Bruch betrifft allerdings das Verständnis, inwieweit die staatlichen Institutionen der gemeinsamen Sache dienlich sein können, oder ob eine Anpassung an parlamentarische Spielregeln bereits als Verrat verstanden wird. Während beispielsweise die AME eine deutliche Wahlempfehlung für die Chrysi Avgi aussprach, den Wahlerfolg 2012 „mit Optimismus und Freude" begrüßten und gar den „Freunden der Chrysi Avgi" ihre Anerkennung aussprachen,[14] werteten NS-Größen wie Aristotle Kalentzis die Teilnahme an den Wahlen als unvereinbar mit dem eigenen Ansatz. Ihm zufolge unterstützte Chrysi Avgi mit dem Einzug ins Parlament 2012 „ein kollabierendes politisches System", das es in dieser Phase zu zerschlagen gelte.[15]

Die Institutionalisierung der Chrysi Avgi lässt eine weitere Zersplitterung und Radikalisierung des militanten Milieus erwarten. Trotz der Widersprüchlichkeit in der Positionierung zu aktuellen Entwicklungen um die Chrysi Avgi ist doch die Reaktion organisierter Neonazis auf die zunehmende Anpassung der Chrysi Avgi hilfreich, um parteiinterne Neuausrichtungen einschätzen zu können. Dabei kam es offensichtlich zu einer internen Neubewertung der Lage der extremen Rechten in Griechenland, womit der Kampf um die Hoheit im NS-Spektrum eröffnet ist. •

1 http://mavroskrinos.blogspot.gr/2014/07/blog-post_2.html 2 Kosoumvris, Haris (2004): Die Entmystifizierung des Mythos Chrysi Avgi, S. 158-171. 3 http://ristorante-verona.blogspot.gr/2013/05/1952013.html 4 http://mavroskrinos.blogspot.gr/2007/09/blog-post_5473.html 5 www.ideapolis.info/2013/06/blog-post_27.html 6 Gruppe Totaler Widerstand (2015): Nationalsozialismus. Die Basisideologie. 7 Netzwerk Autonomer Nationalisten (2011): Nostalgiker der Zukunft. 8 http://combat18hellas.blogspot.de/2015/02/pasamontana.html 9 http://maiandrioi.blogspot.gr/2012/06/blog-post_19.html 10 http://mavroskrinos.blogspot.de/2015/01/blog-post_94.html 11 www.altermedia.info/hellas/2013/01/12/c-nooth-aoath-assiae-oi-dhei-oo-oocieei-euiia-oco-aioetho 12 http://ristorante-verona.blogspot.com/2013/06/blog-post_5.html 13 http://maiandrioi.blogspot.gr/2013/11/blog-post_3.html 14 siehe Fußnote 9. 15 http://mavroskrinos.blogspot.gr/2014/12/blog-post.html

SCHWEDEN

Rassistische Eskalation

Die Entwicklung des Rechtspopulismus in Schweden ging weitaus langsamer von statten als in den Nachbarländern Dänemark und Norwegen. Erst mit Einzug der Schwedendemokraten ins schwedische Parlament 2010 nahm der Rechtspopulismus ernsthaft Fahrt auf. Die Folge war ein immer stärker werdender politischer Rassismus, der das politische System und die Bevölkerung im Land testet und herausfordert. Im Sommer und Herbst dieses Jahres eskalierte auf der Straße, wie auch im Parlament, die Situation. Während tausende Schutz suchende Menschen im Land ankamen, reagierten die etablierten Parteien mit massiver Verschärfung der Asylpolitik, wuchs die Unterstützung der Schwedendemokraten enorm und dutzende Asylunterkünfte gingen in Flammen auf.

Der sozialdemokratische Ministerpräsident Stefan Löfven und seine Stellvertreterin von den Grünen Åsa Romson verkündeten am 23. November 2015 neue Verschärfungen in der Asylgesetzgebung. Beim Verlesen der neuen Regeln bekam Romson feuchte Augen und war den Tränen nahe.

Viele sexistische und erniedrigende Kommentare über die schwache Gefühlswelt der Frau waren die Folge. Es gab auch Stimmen, die sagen, Romson hätte die Tränen heuchlerisch herausgedrückt um eine Botschaft zu signalisieren. Die Botschaft sollte heißen: „So sind wir eigentlich nicht".

Ein wirklicher Grund für die Tränen Romsons wird Erschöpfung gewesen sein. In den letzten Jahren und insbesondere Monaten wurde das politische System in Schweden stark gefordert und auf die Probe gestellt. Die Hauptherausforderung besteht in dem immer weiter ansteigenden Erfolg des politischen Rassismus im Land. Im Gegensatz zu den skandinavischen Nachbarländern gab es in Schweden auch in den etablierten Parteien ein Bekenntnis zu Schweden als Einwanderungsland. Mit diesem Hintergrund stellen die neuen Verschärfungen der Regierung tatsächlich ein Novum in der schwedischen Politik dar. Und auch der Erfolg der RechtspopulistInnen von den Schwedendemokraten ließ länger auf sich warten und ähnelt erst seit 2014 dem rechtspopulistischem Erfolg in den Nachbarländern.

Die Schwedendemokraten wurden in den späten 1980er Jahren, in einem Zusammenschluss aus verschiedenen Teilen der alten Neonaziszene, gegründet. Dieser Vergangenheit als eindeutige Neonazipartei blieb sich die Partei lange treu, bis um die Jahrtausendwende langsam damit begonnen wurde, sich vom Neonazi Image zu entfernen. Mittlerweile ist es der Partei gelungen, diesen Schritt zu vollziehen und hauptsächlich als rechtspopulistische Partei wahrgenommen zu werden. 2010 zogen sie mit dem seit 2005 amtierenden Chef Jimmie Åkesson erstmals in das schwedische Parlament ein. Vier Jahre später konnte der Anteil an den abgegebenen Stimmen mit 12,9 Prozent, mehr als verdoppelt werden. Bei Umfragen im September und November 2015 haben sich die Werte für die Partei bei 17 Prozent eingependelt und scheinbar stabilisiert.

Der Erfolg bei den Wähler_innen spiegelt sich aber noch nicht im parlamentarischen Einfluss wieder. In Dänemark und Norwegen undenkbar, gibt es Schweden tatsächlich ein Bewusstsein der etablierten Parteien, dass mit den Schwedendemokraten nicht koaliert wird.

Die Parlamentswahl 2014 hatte somit auch die Bildung dreier verschiedener Fraktionen als Folge. Die Sozialdemokraten, die Grünen und die Linkspartei bilden den linken Block während u.a. die Konservativen und Liberalen beim rechten Block beheimatet sind. Die abgeschlagenen Schwedendemokraten sind die dritte Fraktion. Kurz nach der Wahl gelang es dem Oppositionsblock der Rechten ihr Finanzbudget durchzudrücken — mit Hilfe der Schwedendemokraten.

Die Regierung drohte mit Neuwahlen. Die Opposition gab nach und es kam zur sogenannten Dezemberübereinkunft. Diese Übereinkunft garantierte, dass die nächsten 8 Jahre das Budget der jeweils größten Koalition durchkommt, ohne auf die Hilfe der Schwedendemokraten zurückzugreifen.

Gerade in der liberalen und konservativen Presse gab es sehr kritische Stimmen zu diesem Abkommen. Und am 9. Oktober 2015 erklärte die Spitze der Konservativen Partei, Anna Kinberg Batra, dann auch, dass die Dezemberübereinkunft ab sofort als für tot angesehen werden sollte.

Eine Woche später, nachdem die Übereinkunft der Parteien wieder aufgehoben wurde, machten die Schwedendemokraten auf einer vielbeachteten Pressekonferenz öffentlich, dass sie sich von nun an auf Propaganda anstatt parlamentarische Arbeit konzentrieren würden. Das Hauptziel dieser Propaganda würde die Forderung nach einer Volksabstimmung über die Aufnahme von Flüchtlingen sein. Es wurden Flyer an die schwedischen Haushalte verteilt und auch Flyer in griechischen Flüchtlingslagern verbreitet, in denen Flüchtlinge davor gewarnt wurden, nach Schweden zu kommen. Die Reklamefläche einer Metrostation in Stockholm wurde gemietet und mit dem englischen „Excuse" vollgehängt. Adressaten waren ausländische Touristen, denen gegenüber entschuldigt werden sollte, dass es bettelnde Roma in Stockholms Straßen gibt. Eine antirassistische Demonstration stürmte wenige Tage darauf die Station und entfernte einen Großteil der rassistischen Propaganda.

Der politische Druck der Schwedendemokraten wäre wirkungslos verpufft, hätten



Foto: Victor Svedberg — Socialdemokraterna (CC BY-NC-ND 2.0)



Foto: Per Pettersson (CC BY 2.0)

links: Åsa Romson verkündete die Verschärfung der Asylgesetze
rechts: Jimmie Åkesson und die Schwedendemokraten forcierten den Rechtsruck in Schweden

nicht andere Parteien Aspekte von ihnen aufgegriffen. Der Thinktank „Tiden" zeigte im Oktober auf, dass Liberale und Konservative Leitartikel Themen und Forderungen übernommen haben, die bis dahin nur von den Schwedendemokraten besetzt waren (z.B. befristete anstatt permanente Aufenthaltserlaubnis für Flüchtlinge).

Die Verkündung der Verschärfungen der Asylpolitik vom 23. November ist, genau wie die Tränen von Åsa Romson, als ein Nachgeben gegenüber dem indirekten Druck der Schwedendemokraten zu sehen.

Mit der befristeten Aufenthaltserlaubnis als Regelfall, Passkontrolle als Vorbedingung zur Einreise nach Schweden und einer starken Verschärfung von Regeln der Familienzusammenführung, ist es den Schwedendemokraten gelungenn einen großen Teil ihrer Forderungen zur Asylpolitik durchzusetzen. Es ist nur logisch, dass Jimmie Åkesson jetzt noch weiter geht und als nächstes Projekt die Registrierung der politischen Haltungen von Muslimen in Schweden anpeilt.

Der Rechtsruck spitzt sich aber nicht nur auf parlamentarischer Ebene dramatisch zu. Einigen RassistInnen reicht Politik als Aktionsfeld nicht mehr aus. Seit Anfang 2015 werden immer wieder Brandanschläge auf (geplante) Asylunterkünfte verübt. Im Takt mit dem zunehmenden Erfolg der Schwedendemokraten und den tausenden Flüchtlingen, die im Land ankamen, nahmen auch die Angriffe auf Asylbeweber_innen und deren Unterkünfte zu.

21 Brandanschläge wurden von März bis November 2015 verzeichnet — 11 davon alleine im Oktober. Ganze zwei mutmaßliche Täter konnten bis jetzt dingfest gemacht werden. Die beiden wurden vor einer Asylunterkunft in Börlange, betrunken und mit Benzinkanistern ausgerüstet, festgenommen.

Es gibt Diskussionen, inwieweit rassistische Internetplattformen, wie Flashback. com, die Täter_innen zu solchen Taten angestiftet haben könnten. Aber auch die Schwedendemokraten geraten in die Kritik. Im südschwedischen Lund machte die Ortsgruppe Adressen von geplanten Asylunterkünften öffentlich. Wenige Tage später brannte eine der Unterkünfte nieder.

Es dauerte bis zum 29. Oktober bis sich Jimmie Åkesson auf seiner Facebookseite von diesen Angriffen distanzierte. Trauriger Höhepunkt sind die rassistischen Morde von Trollhätten. Ein 21 jähriger Mann ging maskiert und mit einem Schwert bewaffnet in die Cafeteria der Kronanschule und erstach einen 15 jährigen Schüler und einen 20 jährigen Aushilfslehrer. Er verletzte noch mindesten vier weitere Schüler_innen und einen Lehrer schwer, bis er selbst von der Polizei erschossen wurde. Noch am selben Tag wurde bekannt, dass der Täter Material im Internet verbreitete, das Hitler und Nazideutschland glorifizierte, dass er den Islam und die schwedische Einwanderungspolitik kritisierte und bei seinen Morden extra nach Menschen mit dunkler Hautfarbe gesucht hatte. Am Abend des dritten Dezember verstarb ein weiteres Opfer. Der 42 jährige Integrationslehrer hatte sechs Wochen schwer verletzt im Krankenhaus gelegen. •

Opferperspektive e.V. (Hrsg.)
Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt — An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren
Dampfboot Verlag 2015, 381 Seiten,
19,90 € , ISBN 987-3-89691-947-2

Es ist eine Art Bilanz, das Buch der Opferperspektive zu den 15 Jahren Arbeit — aber nicht nur. Es ist nicht weniger als ein Leitfaden für die Beratung und politische Arbeit gegen das große Schweigen und Wegsehen bei rechter Gewalt. Jeder der vier Abschnitte „Rechte Gewalt", „Rassistische Diskriminierung", „Beratung von Opfern rechter Gewalt" und „Akteure und Aktivistinnen" enthält mehrere voneinander unabhängige Beiträge. Durch den aktuellen Anstieg rechter Gewalt und die neonazistische Mobilisierung gewinnen „historische" Beiträge große Aktualität — wie etwa die Beschreibung der Situation Anfang der 1990er Jahre und die Organisierung gegen rechte Hegemonie im Beitrag „Warnschüsse wären in diesem Fall gerechtfertigt gewesen".

Überhaupt erfüllt das Buch die Aufgabe, das Rad nicht immer wieder neu erfinden zu müssen mit Bravour. Es ist sowohl Handlungsanleitung wie auch Analyse und Reflexion und erkennt dabei die wichtige Funktion militanter Gegenwehr gegen neonazistische Organisierung und Gewalt an.



Dass die Wurzeln rechter Gewalt weitverzweigt in der Gesellschaft ankern, ist zwar keine neue Erkenntnis, wie sehr jedoch rassistische Diskriminierung unseren Alltag bestimmt und welche Auswirkungen dies auf die Persönlichkeit der Betroffenen hat, ist für „Weiße" nicht wahrnehmbar. Der Abschnitt zur rassistischen Diskriminierung schafft es neben der Vermittlung theoretischer Grundlagen, Einblick in die alltägliche Diskriminierungserfahrung zu geben und die Bedeutung, die der Überwindung des Gefühls der Hilflosigkeit zukommt, aufzuzeigen.

Im dritten Teil wird dann das Konzept der Beratung von Opfern und Zielgruppen rechter Gewalt ausgearbeitet. Dieser praxisbezogene Teil umfasst von der Ausarbeitung des Arbeitsansatzes bis zu Tipps für den Umgang mit der Bedrohung durch Neonazis das breite Spektrum der Beratungsarbeit.

Der letzte Teil des Buchs widmet sich der politischen Auseinandersetzung gegen rechte Hegemonien — logischerweise auf Brandenburg bezogen, was jedoch die Bedeutung der Beiträge für andere Bundesländer kaum schmälert. Da wäre die Repression, Kriminalisierung und Diffamierung linker Projekte durch den Verfassungsschutz in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zu nennen, dessen Vorgehen sich von anderen Ländern nicht prinzipiell unterscheiden dürfte. Diese Übertragbarkeit der „Brandenburger Verhältnisse" macht die Beiträge für andere Regionen aufschlussreich.

Ein gelungener Aufbau, die gute Zusammenstellung sowie die Abwesenheit quälenden Jargons machen dieses Buch ermüdungsfrei lesbar. •



„Grauzonen — Rechte jugendliche Lebenswelten in Musikkulturen"
Berlin 2015, 48 Seiten, 2,50 €.
Erhältlich bei: ASP — Agentur für soziale Perspektiven e.V., Lausitzer Straße 7, 10999 Berlin oder zum download unter: http://aspberlin.de/mediapool/gz_broschuere_web_s1-7_kl.pdf

Die „Agentur für soziale Perspektiven" (ASP) legt im Rahmen eines Projektes nun die erste Broschüre mit dem Titel „Grauzonen —Rechte jugendliche Lebenswelten in Musikkulturen" vor. Im Vorwort heißt es: „Unser Projekt will die inhaltlichen und strukturellen Schnittstellen zwischen extrem rechten, rechten und vermeintlich unpolitischen Szenen und Milieus ausarbeiten."

Die Autor_innen beschreiben zunächst ihren Zugang zum Feld in dem sie die Begrifflichkeiten „Lebenswelten", „Ideologien" und „Mentalitäten" klären und in Zusammenhang mit „Ungleichheitsideologien" setzen. Dabei sind die wissenschaftlichen Bezüge jederzeit nachvollziehbar und verständlich. Ein Kurzglossar zu Symptomen, wie etwa „Ableism", „Sexismus" oder „Sozialchauvinismus" rundet diesen Teil der Broschüre ab.

Die folgende „Typisierung von Teilhabenden in rechten jugendlichen Lebenswelten" in vier Idealtypen („extrem rechter Typus", „rechter Typus", „rechtsaffiner Typus" und „nicht-rechte Typus") ist eine interessante Überarbeitung der klassischen Typisierung zu „Ausdrucksweisen, Organisierungsgrad und Ideologiedichte rechtsextremer Orientierung" der MBR Berlin. Gerade die Verdeutlichung der gemeinsamen Bezugspunkte, wie z.B. „Ungleichheitsideologien", „Männerwelten" oder „Reduktion des Politischen" ist für eine pädagogische bzw. bildungspolitische Arbeit hilfreich.

Diese Punkte werden im Folgenden analysiert und mit Beispielen aus verschiedenen rechten Lebenswelten verdeutlicht. Dabei arbeiten sich die Autor_innen nicht an jugendkulturellen Erscheinungsformen ab, sondern bringen pointierte Beispiele, zu denen Bands wie Frei.Wild, Fler, Bushido oder Krawallbrüder zählen und setzen sich vor allem mit deren Inhalten auseinander.

Alles in allem eine sehr brauchbare Handreichung, der die gleiche Aufmerksamkeit wie der „Versteckspiel"-Broschüre, die ebenfalls durch die „ASP" herausgegeben wird, zu wünschen wäre. •

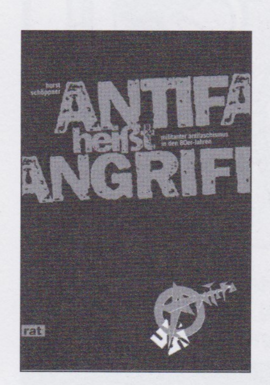
Horst Schöppner
Antifa heißt Angriff — Militanter Antifaschismus in den 80er Jahren
Unrast Verlag 2015, 264 Seiten, 16,00 €
ISBN 978-3-89771-823-4

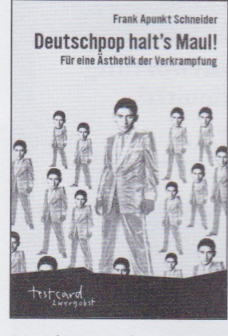
■ In den letzten Ausgaben des AIB wurden schon einige Neuerscheinungen zur Geschichte der Antifa besprochen. Nun kommt mit Horst Schöppners Buch „Antifa heißt Angriff — Militanter Antifaschismus in den 80er Jahren" die Nächste hinzu.

Einen komischen Beigeschmack hat es beim Lesen dieses guten Geschichtsbuchs, dass durch die vielen Veröffentlichungen über die Straßenantifa diese defacto historisiert wird, während in Deutschland wieder Flüchtlingsheime brennen, in einem Ausmaß wie es so vor einigen Jahren nicht absehbar war. Es ist leider so: Bücher werden in der Regel über Bewegungen verfasst, wenn es sich ausbewegt hat.

Dies hatte der Journalist Schöppner sicherlich nicht im Sinn, als er sich vor einigen Jahren daransetzte die Geschichte des militanten Antifaschismus in der BRD der 1980er Jahre zu recherchieren und aufzuschreiben. Er interviewte dafür sechs langjähriger Antifa-Vollzeitaktivist_innen. Diese waren in den militanten Kernen der aufkommenden Antifabewegung aktiv bzw. brachten den Antifaschismus erst auf das Tableau der damaligen Autonomenbewegung. Das Nachzeichnen des ambivalenten Verhältnisses dieser organisierten autonomen Antifaschist_innen zu der als organisationsfeindlich geltenden Autonomenbewegung ist eines der Glanzstücke dieses Bandes.

Neben den Interviews hat Schöppner noch zahlreiche Dokumente wie Städteberichte, Flugblätter und Zeitungsartikel aufgetrieben, die in anderen Darstellungen der Antifa-Geschichte nicht Eingang fanden. Gut dargestellt sind ebenfalls die Diskussionen von Antifagruppen darüber, was denn überhaupt Faschismus sei. Gleiches gilt für den Erzählstrang von den Überlappungen der Zeitschrift Radikal mit diesen Militanten der Antifa. Der heutigen Antifabewegung sind mehr solche Menschen zu wünschen, die sich mit einem überlegten, konsequenten und erfolgreichen Engagement den heutigen Neonazis entgegenstellen. Für alle Antifaaktivist_innen, die auch Aktionsformen jenseits der Sitzblockade in ihrem Repertoire haben, ist dieses locker geschriebene Buch ein Muss. (FK) •





Frank Apunkt Schneider
Deutschpop halt's Maul!
Für eine Ästhetik der Verkrampfung
Ventil Verlag 2015, 112 Seiten, 10,00 €
ISBN 978-3-95575-030-5

■ Frank Apunkt Schneider legt mit „Deutschland halt's Maul — Für eine Ästhetik der Verkrampfung" eine Gegengeschichte zur hegemonialen deutsch-identitären Poperzählung vor. Im Zuge sich rasant vermehrender Reproduktionsmöglichkeiten von Kunstwerken und der damit zusammenhängenden Entwicklung der modernen Kulturindustrie wird der politische Gehalt in der Warenform pop-kultureller Erscheinungen erkannt. Dieser Konstruiertheit der Warenform wohnt der Verlust von Identität und Authentizität (trotz aller immer wieder auch in Pop-Kontexten beschworenen Kategorien wie z.B. Nationalität, Geschlecht etc.) inne. Die Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschland stellt hierbei einen wesentlichen Anknüpfungspunkt für die Etablierung einer Popkultur (vor allem zunächst in der Begegnung mit Besatzungssoldaten) dar, welche die enge Welt von verordneter Identität, Herkunft und Traditionen der Volksgemeinschaft befreite. Diese Befreiung zeigte sich vornehmlich in der Nachahmung von pop-kulturellen Ausdrucksweisen (Beatmusik, bestimmte Körperhaltungen/Tanzstile, Bekleidungsstile), wobei anzumerken ist, dass sich ein „genuin deutscher" Beitrag zum Pop nicht wirklich aufzeigen lässt. In den letzten Jahrzehnten der Entwicklung des Pop werden jedoch zunehmend „deutsche Entwicklungslinien" hervorgehoben. Zunächst vereinzelt z.B. in den 1970er bzw. 1980er Jahren, zeigte sich im Zuge des Niedergangs der realsozialistischen Staaten 1989, der Vereinigung von BRD & DDR sowie der sogenannten geistig moralischen Wende Ende der 1990er Jahre (schwarz-rot-grün an der Macht mit Popsozialisation) eine immer stärker werdende deutsch-identitäre Poperzählung, wobei durchaus unterschiedliche Akzentuierungen erkennbar sind. Schneider gelingt es, diese Form der Poperzählung schwungvoll, polemisch und faktenreich zu demaskieren, wohl wissend, dass seine Erzählung weder Vollständigkeit noch den eigenen Konstruktionscharakter verbergen kann. Nichtsdestotrotz konnte er dem eigenen Anspruch gerecht werden, die Konstruktionspläne deutscher Popidentität feindlich zu übernehmen und mit ihnen einen anderen Sinn zu machen. Die ästhetische Verkrampfung, welche ein besseres Leben zumindest zu kleinen Teilen spürbar bzw. erlebbar scheinen ließ, ist einer erdrückenden Masse WIR-krampfgelöster Deutscher und entsprechender Ästhetik gewichen. Auswege aus dieser Situation scheinen nur am Rande pop-kultureller Entwicklung auf, welche sich der Herstellung, Konstruktion wie auch einer Fiktionalität von Identität und Authentizität verschreiben. Letzteres war allerdings auch nicht Thema des vorliegenden Buches, welches genau an diesem Punkt endet. •

Abonniert

das Antifaschistische Infoblatt

KONTAKT

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF 8DC1
51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM

Antifaschistisches Infoblatt
28. Jahrgang
Nummer 109 | 4.2015

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. Ulrike Müller
(Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

ABOKONDITIONEN

Preise*

• 5 Ausgaben im Abonnement	17,50 Euro
• 10 Ausgaben im Abonnement	35,00 Euro

Weiterverkauf

• ab 3 Exemplaren je	3,50 Euro
• ab 5 Exemplaren	20% Rabatt
• ab 50 Exemplaren	25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 108

TITEL
Aufstand der Wutbürger

NS-SZENE
„Manneszucht" in Leipzig. PEGIDA und die Hooligans

BRAUNZONE
Die AfD nach der Wahl

INTERNATIONAL
Rumänien: „Countering the racist discourse"



AIB 107

TITEL
Götterdämmerung — Die AfD zerreisst sich selbst

NS-SZENE
Kategorie C — auch 2015 wird rechts gerockt

BRAUNZONE
Die „Germanische Neue Medizin"

INTERNATIONAL
„White Man March" Neonazistische Allianzen in England

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe [ ]
für 5 ○ 10 ○ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle [ ] Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

[ ]

Datum, Unterschrift

Empfänger_innen

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin